NACHRICHTEN

- Aus der Kostenfalle hin zu mehr Kostenwahrheit: Kosten und Folgekosten von Siedlungen und Infrastrukturen
- Raumentwicklung im Dialog von Wissenschaft und Praxis
- Geld regiert die Welt
  Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung
- Kulturlandschaftsentwicklung und räumliche Planung
- Geschichte der Raumplanung
  Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik
- Raumentwicklung und Immobilienwirtschaft
- WGL-Senat empfiehlt Weiterförderung der ARL
- Neuerscheinungen

3 2008

AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG

Inhalt

Zur Diskussion

- Aus der Kostenfalle hin zu mehr Kostenwahrheit: Kosten und Folgekosten von Siedlungen und Infrastrukturen 1
- Raumentwicklung im Dialog von Wissenschaft und Praxis 5

Raumforschung/-entwicklungspolitik

- COMMIN.org
  Im Fokus: Vielfalt der Planungssysteme im Ostseeraum 7
- Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte 10
- Das Umweltgesetzbuch – Fortschritt oder Rückschritt für den Umweltschutz? 11
- Sichern – ordnen – entwickeln: Neues RROP für den Großraum Braunschweig 12
- Difu richtet Servicestelle „Kommunaler Klimaschutz“ ein 13
- Eco-Cities als Antwort auf den Klimawandel? 13
- ESPON-2006: Mehrwert für Deutschland!? 13
- Charta „Wirtschaft und Raum“ für stärkeres regionales Engagement des Unternehmertums 13
- Neues Exzellenzinstitut soll Spitzenwissenschaftler aus aller Welt anziehen 14
- 52. IFHP-Kongress „Housing beyond its walls: Planning for an Affordable and Sustainable Habitat“ 14
- Otto-Borst-Preis 2009 15
- Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen 15
- Veranstaltungshinweise 18
- 4R – Raumwissenschaftliches Netzwerk
  - KULAkon – DFG fördert Verbundprojekt zur Konstituierung von Kulturlandschaft 21
  - IfL ist Partner im EU-Projekt DERREG 21
  - IRS unterzeichnet den „Letter of intent“ für die Forschungsplattform zum Klimawandel 21

ARL-Zeitschriftenschau 22

ARL-Forschung

- Neue Themen im Forschungsschwerpunkt „Bevölkerung, Sozialstruktur, Siedlungsstruktur“ 26
- LAG-Leitungstreffen 2008 27
- Eisenhüttenstädter Impressionen 28
- AK „Standortwettbewerb von Regionen“ sucht Bearbeiter regionaler Fallstudien 31

ARL-Veranstaltungen

- Wissenschaftliche Plenarsitzung 2008
  Geld regiert die Welt – Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung 32
- 100. Sitzung der LAG Baden-Württemberg
  Festveranstaltung in Stuttgart 44
- Kulturlandschaftsentwicklung und räumliche Planung
  26. Fortbildungsveranstaltung von ARL und Bayerischem Wirtschaftsministerium 47
- Geschichte der Raumplanung
  Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik 49
- Expertenworkshop „Wasser und Raumplanung“ 50
- ARL und Royal Town Planning Institute planen britisch-deutsche Zusammenarbeit 51
- Raumentwicklung und Immobilienwirtschaft 52
- Energiewende und Klimawandel als zukünftiger Rahmen nachhaltiger Stadtentwicklung 54
- Kooperationsworkshop
  Hochwasserrisikomanagement in der Regionalplanung 55
- Ankündigungen:
  - Call for Papers
    Bessere Planung durch Koordination – Zum Verhältnis zwischen räumlicher Gesamtplanung und raumbedeutsamen Fachplanungen
    Wissenschaftliche Plenarsitzung am 18. und 19. Juni 2009 in Mainz 57
  - 14. Konferenz für Planerinnen und Planer NRW
    Entwicklungen in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens 58

ARL-Neuerscheinungen 59

ARL-Intern

- WGL-Senat empfiehlt Weiterförderung der ARL 63
- Neue Korrespondierende Mitglieder 63
- Versammlung der Ordentlichen Mitglieder 64
- Chinesische Delegation zu Gast im Sekretariat 65
- Personalien 66

FRU

- Städte und Regionen im Klimawandel
  Werner-Ernst-Preis 2008 verliehen 67
- Werner-Ernst-Preis 2009
  18. FRU-Förderpreis-Wettbewerb
  Internationale Ausschreibung 69
- Mitgliederversammlung des FRU in Berlin 70
- FRU-Infobörse 72

NACHRICHTEN DER ARL

Technische Redaktion: Maria Hein, Oliver Rose

Druck: poppdruck, 30851 Langenhagen

Die NACHRICHTEN der ARL erscheinen viermal im Jahr.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

September 2008

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
30161 Hannover, Hohenzollernstraße 11
Tel.: 0511 / 3 48 42 - 0
Fax: 0511 / 3 48 42 - 41
E-Mail: ARL@ARL-net.de
www.ARL-net.de

Red.: 0511 / 3 48 42 - 26
E-Mail: Rose@ARL-net.de

Aus der Kostenfalle hin zu mehr Kostenwahrheit: Kosten und Folgekosten von Siedlungen und Infrastrukturen

1 Folgekostenabschätzungen und Kosten-Nutzen-Analysen in der Raumplanung

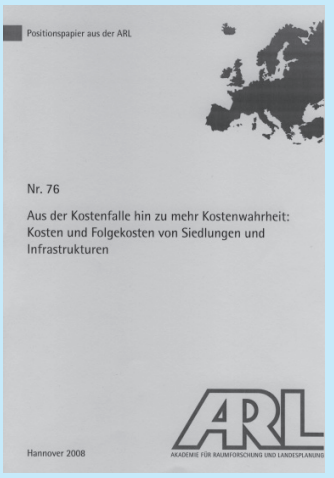
Wie gestaltet sich langfristig die Kosten-Nutzen-Bilanz einer Baulandentwicklung auf der grünen Wiese? Wirkt sich die kommunalpolitische Durchsetzung eines Vorrangs der Innenentwicklung gegenüber einer städtebaulichen Außenentwicklung auf den Haushalt einer Gemeinde positiv oder negativ aus? Kann eine restriktive Siedlungspolitik der Landes- und Regionalplanung, die ländliche Gemeinden konsequent auf ihre Eigenentwicklung beschränkt und Siedlungserweiterungen vorrangig auf die Zentralen Orte der Region lenkt, sowohl Infrastrukturkosten senken als auch günstige Bedingungen für regionales Wachstum schaffen? Welcher Siedlungsentwicklungspfad erweist sich unter den Bedingungen des demographischen Wandels für eine Region in Bezug auf ihre Infrastruktur als zukunftsfähig und kostensparend?

Auf diese drängenden Fragen kann in den meisten Gemeinden und Regionen Deutschlands aktuell keine überzeugende Antwort gegeben werden, da eine systematische Abschätzung zukünftiger Folgekosten und Nutzen der Siedlungsentwicklung in der Regel nicht erfolgt. Weder in der kommunalen Praxis noch in der Regionalplanung werden bisher ausreichend Folgekostenabschätzungen und Kosten-Nutzen-Analysen für Einzelvorhaben oder alternative Siedlungspfade von Gemeinden bzw. Regionen durchgeführt. Eine vermehrte Nutzung von Kosten-Nutzen-Analysen in der Infrastrukturplanung fordert deshalb unter anderem der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages (2007, S. 3).

Da in Zukunft immer mehr Regionen in Deutschland von einer sinkenden Bevölkerungsbasis betroffen sein werden und schon lange in vielen Planungsregionen rückläufige durchschnittliche Siedlungsdichten zu verzeichnen sind, wird es für Kommunen und Regionen umso wichtiger, bereits im Vorfeld der Aufstellung von Bauleit- und Regionalplänen die Folgekosten geplanter städtebaulicher Entwicklungen zu dimensionieren, um sie mit dem erwarteten Nutzen abzugleichen. Sinkende Siedlungsdichten und rückläufige Zahlen wichtiger Nachfragergruppen sind mit erheblichen Folgen für die Finanzierung der infrastrukturellen Basisversorgung der Bevölkerung verbunden. Denn mit wachsender Siedlungs- und Verkehrsfläche bei stagnierender oder gar zurückgehender Bevölkerung muss je Einwohner ein zunehmender Bestand an technischen, aber auch sozialen Infrastrukturen finanziert werden. Sinkende Siedlungsdichten erhöhen die Infrastrukturkosten nicht nur in den Kernstädten. Insbesondere der Peripherraum ist betroffen, da hier bereits niedrige durchschnittliche Siedlungsdichten dominieren. Verschlechtert sich hier das Verhältnis von zu betreibender Infrastruktur und Gebührenzahlern weiter, sind erhebliche Kostensteigerungen vorprogrammiert und verschlechtert sich die volkswirtschaftliche Bilanz.

Nicht von ungefähr leitet die Raumplanung ihren Koordinationsauftrag aus dem Erfordernis ab, zu wirtschaftlichen und kostensparenden Siedlungsstrukturen durch Abstimmung kommunaler Bauleitpläne beizutragen. Gehört allerdings die Abschätzung der Umweltfolgen alternativer Entwicklungs-

Die Mitglieder des Informations- und Initiativkreises (IIK) Regionalplanung der ARL haben sich in den letzten Monaten intensiv mit den Kosten und Folgekosten von Siedlungen und Infrastrukturen befasst. Hier stehen die raumwissenschaftliche Forschung und die räumliche Planung noch ganz am Anfang. In einem ersten Schritt haben IIK-Mitglieder in einem Diskussionspapier die Ergebnisse der vorliegenden und zurzeit laufenden Untersuchungen ausgewertet. Auf dieser Grundlage ist am 19.10.2007 in Düsseldorf ein Workshop in Zusammenarbeit von ARL, BBR und Bezirksregierung Düsseldorf durchgeführt worden, der vorrangig an Vertreter aus Politik und Verwaltung adressiert war (siehe ARL-Nachrichten 4/2007, S. 42-43). Die Ergebnisse der Veranstaltung hat der IIK sorgfältig ausgewertet. Schritt drei ist das Positionspapier Nr. 76 aus der ARL „Aus der Kostenfalle hin zu mehr Kostenwahrheit: Kosten und Folgekosten von Siedlungen und Infrastrukturen“, mit dem die Mitglieder vor allem Politik und Planungspraxis für die Kosten-Thematik weiter sensibilisieren wollen und das wir hier abdrucken. Es liegt auch in englischer Sprache vor. Beide Fassungen können von der Website (www.ARL-net.de) heruntergeladen werden.



Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

varianten schon lange zur akzeptierten Kernaufgabe der Raumplanung, wird die Notwendigkeit einer Abschätzung von Kostenfolgen – insbesondere im Bereich der infrastrukturellen Daseinsvorsorge – erst in jüngster Zeit zu ihren vordringlichen Aufgaben gezählt. Der neue Stellenwert von Kostenargumenten ist insbesondere den Herausforderungen des demographischen Wandels geschuldet. Nach einem Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 28. April 2005 soll sich die Regionalplanung frühzeitig auf eine generelle Abnahme, Alterung und Internationalisierung der Bevölkerung einstellen, eine entsprechende Anpassung der Angebote öffentlicher Daseinsvorsorge unterstützen und dabei kosteneffizienter arbeiten. Den Kostenzusammenhang zwischen Siedlungsentwicklung und Infrastrukturversorgung thematisieren auch die Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland (MKRO 2006): „Die Träger der Landes- und Regionalplanung sollen darauf hinwirken, eine Raum- und Siedlungsstruktur zu schaffen, die eine effiziente und kostengünstige infrastrukturelle Versorgung gewährleistet."

2 Bisheriger Kenntnisstand

Fiskalische Betrachtung von Baulandstrategien für Kommunen

Aufbauend auf Untersuchungen von Gutsche (Gutsche 2004; Gutsche 2006) im Raum Hamburg zeigt eine Untersuchung für die Region Stuttgart (Verband Region Stuttgart 2006), wie sich unter den Rahmenbedingungen des kommunalen Finanzausgleiches in Baden-Württemberg und der Berücksichtigung zukünftiger demographischer Entwicklungen die finanzielle Bilanz von Baugebieten in unterschiedlichen Gemeindetypen darstellt.

Wesentliche Eingangsparameter bei den Kosten sind in den untersuchten Fällen nicht die Erschließungskosten – diese werden über Beiträge abgerechnet –, sondern vielmehr die laufenden Kosten für Straßenbeleuchtung, öffentliches Grün, Reinigung, Winterdienst, Instandsetzung, Spiel- und Sportplätze, Betriebs- und teilweise Personalkosten der Gebäude für Schulen und Kindergärten (evtl. Bäder) sowie die Umlagen. ÖPNV und Schülertransporte sind hier nicht untersucht, da diese nicht in den Aufgabenbereich der Kommunen fallen. Diese Kosten fallen dauerhaft an und werden im kommunalen Haushalt nicht einzelnen Baugebieten zugeordnet. Sie sind – bis auf die Umlagen –zudem durch kommunale Entscheidungen bestimmt. Dabei ist allerdings zwischen den kaum veränderbaren langfristig wirkenden Kosten für die technische Infrastruktur und den leichter änderbaren Kosten für die soziale Infrastruktur (wenn politisch durchsetzbar) zu unterscheiden.

Bezüglich der Erlöse, zu denen in erster Linie die Grundsteuer B, der Einkommensteueranteil, die Schlüsselzuweisungen, Zahlungen aus dem Ausgleichsstock, der Familienlastenausgleich sowie Grundstückserlöse zählen, ist festzustellen, dass diese bis auf die Verkaufserlöse von Grundstücken eher durch übergeordnete Entscheidungen beeinflusst werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Verkaufserlöse nur einmalig (nämlich beim Verkauf der Grundstücke) anfallen.

Von besonderer Bedeutung für eine langfristige und nachhaltige Finanzierbarkeit der technischen Infrastruktur ist insbesondere die Frage der Siedlungsdichte. Dichte Strukturen und die Innenentwicklung sichern die Infrastrukturauslastung, sind volks- und betriebswirtschaftlich effizient und vermeiden Sprungkosten. Auch die Zuzugsquote sowie die Dauer bis zur Komplettbelegung eines Baugebietes haben spürbare finanzielle Wirkungen. Allerdings sind die Wanderungsdynamiken schwer prognostizierbar und bei zu vielen Bauflächen besteht das Risiko, Binnenwanderungen anzuheizen.

Kostenfolgenabschätzung auf regionaler Ebene

Zentrale Voraussetzung für eine kostensensible Raumplanung sind Werkzeuge zur Kostenfolgenabschätzung. Nur so lässt sich eine volkswirtschaftliche Bilanz mit mittel- oder langfristigen Betrachtungszeiträumen erstellen und eine sinnvolle Bewertung vornehmen. Im Vergleich zu Erfahrungen im Ausland werden in Deutschland bislang eher selten Folgekostenanalysen in der Regionalplanung durchgeführt.

Der Vergleich unterschiedlicher Entwicklungspfade hat für verschiedene Regionen gezeigt, dass demographisch bedingte Mehrkosten für eine akzeptable Infrastrukturversorgung der Bevölkerung durch die Einflussnahme auf die regionale Siedlungsentwicklung wie auch eine konsequente Anpassung des Infrastrukturbestands begrenzt werden können (BBR 2007; Siedentop et al. 2006a, b, Gutsche et al. 2008). Regionale Modellrechnungen verdeutlichen, dass ein „Weiter so" der Siedlungsentwicklung bei der technischen wie der sozialen In-frastruktur unausweichlich in die „Kostenfalle" führt. In Regionen mit stark rückläufiger Bevölkerung besteht für viele Einrichtungen der Daseinsvorsorge die Gefahr, dass Grenzen betriebswirtschaftlicher Tragfähigkeit und/oder Auslastungsnormen (z. B. Mindestschülerzahlen pro Klasse bzw. Schule) unterschritten werden. Häufig werden betroffene Einrichtungen geschlossen. Aus verteilungspolitischer Sicht ist dieser Weg problematisch, stellt er doch einen Bruch mit dem Vorhalteprinzip dar. Bisher hatte die Raumplanung das Ziel verfolgt, zentrale Versorgungseinrichtungen flächendeckend und mit zumutbaren Entfernungen bereitzustellen, auch wenn diese weniger ausgelastet sein sollten. Insofern muss eine volkswirtschaftliche Bilanzierung auch unter Berücksichtigung externer ressort- und trägerübergreifender Effekte, wie z. B. der Verkehrskosten, erstellt werden.

Will die Raumplanung eine drastische Verschlechterung des Angebots und der Erreichbarkeit verhindern, muss sie den Anpassungsprozess von Angeboten der Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel aktiver koordinieren. Von der Regionalplanung wird in Deutschland eine bereichsübergreifende Koordination des Anpassungsprozesses aber erst in wenigen Modellvorhaben betrieben. Dass dies eine lohnende Aufgabe für die Raumplanung darstellt, dokumentieren Ergebnisse des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge" (BBR 2007) in den Regionen Dithmarschen/Steinburg und Mecklenburgische Seenplatte. In diesem Vorhaben wurden

für vier Bereiche der Daseinsvorsorge (Schule, Kinderbetreuung, Pflege, ÖPNV) in Netzwerkstrukturen integrierte Angebotsstrategien entwickelt und im Hinblick auf Veränderungen des Versorgungsgrades, der Versorgungsnormen und der Kostenentwicklung verglichen.

- Das im Vergleich zur sozialen Infrastruktur weitaus höhere Remanenzkostenproblem technischer Infrastrukturen wird durch die starke Dominanz der Kapitalkosten verursacht. Bei allen betrachteten technischen Infrastrukturen erreicht der Kapitalkostenanteil Werte von über 60 %. Dies ist Ausdruck der im Vergleich zu sozialen Infrastrukturen weitaus höheren Fixkostenintensität der Vorhaltung von technischen Infrastrukturen. Bei Straßen und Fernwärme erreichen Kapitalkostenanteile sogar Werte von bis zu 90 %. Neben den Kapitalkosten sind die Betriebskosten an den Gesamtkosten in relevantem Umfang beteiligt. Verwaltungs- und Instandhaltungskosten erreichen dagegen nur Anteile von jeweils unter 10 %.
- Soziale Infrastrukturen zeigen ein höheres Maß von Anpassungsfähigkeit an veränderte siedlungs- und bevölkerungsstrukturelle Gegebenheiten. Dabei stellt sich die Kindertagesstätten- und Pflegeinfrastruktur als vergleichsweise gut, die Sport- und Schulinfrastruktur dagegen als schwieriger an Bevölkerungsrückgänge anpassbar dar. Allerdings ist die Frage der politischen Durchsetzbarkeit im Einzelfall schwierig. Zudem sind Gesamtbetrachtungen z. B. zwischen den Betriebs- und Unterhaltungskosten für Schulen und den Kosten für den Schülertransport anzustellen, die sich nicht auf die einzelnen Finanzierungsträger beschränken dürfen.
- Die Kostenlasten für technische Infrastrukturenleistungen sollten weitgehend von den privaten Nutzern getragen werden. Dies würde zu Kostenwahrheit und Kostenklarheit beitragen. Bei der Schmutzwasserentsorgung und der Trinkwasserversorgung liegt die Kostenträgerschaft bereits vollständig beim Nutzer. Aber auch bei der Regenwasserentsorgung und Straßeninfrastruktur übersteigt der Kostenanteil der Gemeinden selten Werte über 20 %. In der Regel wird diese Kostensozialisierung durch die starke Neubautätigkeit von Ein- und Zweifamilienhäusern noch verstärkt. Die hohen Kosten gering verdichteter und dispers verteilter Siedlungsstandorte müssen von den Bewohnern kompakter Siedlungsformen anteilig mitgetragen werden. Langfristig ist zu erwarten, dass so auch Kostenklarheit und Kostenwahrheit bei den Infrastruktur-Anschlusskosten entsteht.
- Bezüglich der technischen Infrastruktur spielt insbesondere die Frage der Siedlungs- und Nutzungsdichte eine zentrale Rolle. Angesichts zunehmender Privatisierungen der technischen Infrastruktur (Telekommunikation, Energie, Wasser) ist bereits heute erkennbar, dass betriebswirtschaftlich kalkulierende Versorger nicht mehr an allen Stellen im Raum gleichartige Ausstattungsniveaus anbieten, sondern Preise und Verfügbarkeiten zunehmend voneinander abweichen. Als Beispiel sei die vielfach nicht vorhandene Verfügbarkeit von High-Speed-Internetangeboten im ländlichen Raum genannt. Hier sind Mindestdichten und Mindestanschlusszahlen erforderlich, die schlussendlich eine Rekonzentration befördern oder die Notwendigkeit unterschiedlicher Ausstattungsniveaus auslösen. Aktuell wird dieses z. B. bei der Ausstattung der Peripherräume mit DSL-Infrastrukturen oder Gasversorgungsnetzen deutlich.
- Grundsätzlich führt die Schließung unterausgelasteter Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht automatisch zu einer Reduzierung der Kostenbelastung. Am Beispiel der Schulentwicklung kann dies dokumentiert werden. Die Schließung von Schulstandorten führt zu einer Verringerung der Kosten für das Lehrpersonal, die Schulleitung sowie die Gebäude- und sonstigen Personal- und Sachkosten des Schulträgers. Für die Schulentwicklungsplanung sind diese Kostenargumente oft ausreichend, um Schulen zu schließen, die nicht mehr ausreichend mit Schülern ausgelastet werden können. Bezieht man in den Kostenvergleich aber auch andere Kostenarten ein, so ändert sich das Bild schlagartig. Die Kosteneinsparungen der Schulschließung werden größtenteils durch die Mehrkosten aufgezehrt, die durch einen erhöhten Aufwand für Schülertransport entstehen, da die Kinder der geschlossenen Schulen nun zu weiter entfernten Standorten befördert werden müssen (Gutsche 2006, Gutsche 2008). Dies bedeutet, dass der Erhalt von nicht ausgelasteten Schulstandorten nicht zwangsläufig teurer sein muss als eine Schließung, da mit dem Erhalt dieser Schulen anfallende Schließungsfolgekosten, insbesondere im Bereich der Schülerbeförderung, vermieden werden können.

3 Fazit

Um in Zukunft eine kostensparende Siedlungsentwicklung zu fördern, sollte die Regionalplanung nicht nur verstärkt eine Abschätzung von Kostenfolgen alternativer Siedlungsentwicklungspfade durchführen oder diese von den Kommunen einfordern, sie muss auch ihre Anstrengungen in Bezug auf eine integrierte Siedlungs- und Infrastrukturplanung im Rahmen der Fortschreibung und Neuaufstellung von Regionalplänen intensivieren. Die meisten rechtsgültigen Regionalpläne schöpfen ihren Koordinierungsauftrag sowohl in Bezug auf die Entwicklung des Angebots der öffentlichen Daseinsvorsorgeeinrichtungen als auch im Hinblick auf eine integrierte Siedlungs- und Infrastrukturplanung nicht ausreichend aus. Dies ist unter anderem auf folgende Umstände zurückzuführen:

- Standortgenaue GIS-gestützte Infrastrukturkataster, in denen die Einrichtungen und ihre Kapazitäten laufend aktuell gehalten werden, betreiben Träger der Regionalplanung nur in den seltensten Fällen. Zwar liegen häufig Informationen über die Standorte vor, Aussagen zu Kapazitäten oder Auslastungsgrade fehlen jedoch.
- Methoden zur Abschätzung der Konsequenzen des demographischen Wandels und der regionalen Siedlungsentwicklung für die Infrastrukturnachfrage und die Infrastrukturauslastung sind in der Raumplanungspraxis noch nahezu unbekannt. Zwar liegen – wie oben erwähnt – (Einig, Siedentop 2006; Gutsche et al. 2008; Siedentop et al. 2006a; Verband Region Stuttgart 2006) Informationen, Modelle und Berechnungsansätze vor, allerdings sind diese noch so komplex, dass ihre Anwendung im konkreten Fall selten erfolgt.

- Ein gravierendes Hemmnis für ein intensiviertes Engagement der Regionalplanung in der Infrastrukturplanung sind Widerstände auf Seiten der Gemeinden und Landkreise, die dieses Politikfeld als ihren Hoheitsbereich ansehen und häufig kein Interesse an Interventionen der Regionalplanung haben. Wenn zusätzlich die Länder die öffentliche Daseinsvorsorge nicht als Aufgabengebiet der Regionalplanung anerkennen, ist der Spielraum der Regionalplanung sehr eingeschränkt.
- In Bezug auf Flächenbedarfsabschätzungen und mögliche Infrastrukturfolgen kommunaler Baulandentwicklung werden Gemeinden erst in wenigen Regionen aktiv durch die Regionalplanung beraten. Häufig fehlen flächendeckende Datengrundlagen wie z. B. ein umfassendes Baulandkataster. Eine Moderation des Anpassungsprozesses der Infrastrukturanbieter hat die Regionalplanung erst in wenigen Ausnahmefällen übernommen. Dieses hat auch mit der oft unzureichenden Personal- und Mittelausstattung der Regionalplanung zu tun.
- Die Raumplanung sollte ihre Kenntnisse gezielt einsetzen, um eine räumliche Bevölkerungsverteilung zu fördern, die optimal den bereits vorhandenen Bestand von Infrastrukturen ausschöpft. Dazu sind die Instrumente der Zentralen Orte und Entwicklungsachsen, die konsequente Begrenzung nicht Zentraler Orte auf die Eigenentwicklung sowie die Steuerung der Standorte für den Einzelhandel konsequent anzuwenden. Nur so lässt sich angesichts der demographischen Entwicklung und der Globalisierung eine dezentrale Infrastruktur langfristig tragfähig erhalten.
- Die Regionalplanung trägt aber auch selbst zu Koordinationsdefiziten bei. In vielen Regionalplänen wird keine ausreichende Abstimmung räumlicher Fachplanungen betrieben. Die Legenden ihrer Festsetzungskarten enthalten bezogen auf die technischen Infrastrukturen vorrangig nachrichtliche Übernahmen (Einig 2008). Nur in wenigen Fällen werden Inhalte der Fachplanungen in eigene verbindliche Festlegungen überführt, was zur Folge hat, dass eine raumordnungsrechtliche Steuerung von Standorten und Trassen durch die Regionalplanung nicht ausgeübt wird. Noch kritischer ist die Situation bei der sozialen Infrastruktur zu bewerten. Zeichnerische Standortdarstellungen von Schulen, Krankenhäusern oder anderen wichtigen Daseinsvorsorgeeinrichtungen fehlen in den meisten Regionalplänen, weil die zuständigen Träger dieses als ihre Hoheit betrachten und die Kooperation bis hin zur Datenbereitstellung verweigern. Zudem unterstützen die Träger der Landesplanung eine regionalplanerische Befassung nur in seltenen Fällen. Zukünftig bedarf es einer deutlich aktiveren Rolle der Regionalplanung in der Infrastrukturplanung. Sie muss sich mit den Fachplanungen und ihren Hintergründen intensiver auseinandersetzen, um auf Augenhöhe in den Prozess der Standortentscheidungen mit eintreten zu können. Außerdem muss die Raumordnung als überörtlich agierende Querschnittsdisziplin ihre Koordinationsaufgabe gegenüber den räumlichen Fachplanungen vermehrt wahrnehmen und den Anpassungsprozess der Daseinsvorsorge bereichsübergreifend koordinieren, um zu gesamtwirtschaftlichen Optima beizutragen. Sie sollte alle verfügbaren Kenntnisse zur Infrastrukturauslastung und zur räumlichen Versorgungsqualität der Nutzer in den Prozess der Formulierung von Ausstattungsstandards und Standorten einbringen, um so dem gesetzlichen Auftrag einer nachhaltigen Raumentwicklung mit gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Teilbereichen sowie der Sicherung einer dezentralen Siedlungsstruktur im Gesamtraum (ROG, §§ 1 und 2) auch unter Kostengesichtspunkten gerecht zu werden.

Hierzu bedarf es allerdings noch der Entwicklung und Weiterentwicklung geeigneter Methoden und Modelle, die ausreichend exakt, aber im örtlichen und im regionalen Kontext anwendbar und nicht zu komplex sind. Dazu zählt ein Monitoring der Standorte, ihrer Ausstattung und Auslastungen sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge, um zielgenauer planen zu können. Auf dieser Grundlage kann sich die Regionalplanung als Moderator des Anpassungsprozesses von Einrichtungen der Daseinsvorsorge profilieren. Denn die bisher fast ausschließlich für isolierte Bereiche der Daseinsvorsorge vorgenommenen Anpassungsstrategien bedürfen einer übergreifenden Koordination, wie sie insbesondere die Raumplanung zu leisten vermag. Zudem sollte die Raumordnung die Erkenntnisse und Zusammenhänge offensiv kommunizieren, weil ein „Laisser-faire“ für alle Beteiligten in die „Kostenfalle“ führt.

Literatur

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein MORO-Forschungsfeld. In: MORO-Informationen, Nr. 2/1 und 2/2, Bonn, http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_23558/DE/Veroeffentlichungen/MORO/.

Einig, K. (2008): Fachplanungskoordination durch Raumordnung – Eine vergleichende Institutionenanalyse von Festlegungen zur Ver- und Entsorgungsinfrastruktur in Regionalplänen. In: Tietz, H.-P.; Hühner, T. (Hrsg.): Zukunftsfähige Infrastruktur und Raumentwicklung – Handlungserfordernisse für Ver- und Entsorgungssysteme. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Hannover, in Vorbereitung.

Einig, K.; Siedentop, S. (2006): Infrastrukturkostenrechnung. Eine Methodik zur Folgekostenabschätzung in der Regionalplanung. In: Raumplanung, Nr. 126/7, S. 115-119.

Friedrich, S.; Perret, F.; Baumgartner, R. (2004): Siedlungsentwicklung angesichts knapper Finanzen. In: Baublatt, Nr. 101, Dezember, S. 2-4.

Gutsche, J.-M. (2004): Auswirkungen neuer Wohngebiete auf die kommunalen Haushalte. In: Die Gemeinde. Zeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein. Jg. 56. H. 9/2004. S. 186-193.

Gutsche, J.-M. (2006): Kurz-, mittel- und langfristige Kosten der Baulanderschließung für die öffentliche Hand, die Grundstücksbesitzer und die Allgemeinheit. Abschlussbericht zu einem Forschungsprojekt für das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein. Hamburg.

Gutsche, J.-M. (2008): Diskursive Erarbeitung regionaler Anpassungsstrategien der Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel. Erfahrungen aus einem Modellvorhaben der Raumordnung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1-2, S. 127-140.

Ministerkonferenz für Raumordnung (2005): Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Beschluss der 32. Ministerkonferenz für Raumordnung vom 28.4.2005 in Berlin.

Ministerkonferenz für Raumordnung (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Berlin.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages (2007): Demographischer Wandel und nachhaltige Infrastrukturplanung. Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Drucksache 16/4900.

Reidenbach, M. u. a. (2007): Neue Baugebiete: Gewinn oder Verlust für die Gemeindekasse? Fiskalische Wirkungsanalyse von Wohn- und Gewerbegebieten. Berlin.

Siedentop, S.; Schiller, G.; Gutsche J.-M.; Koziol, M.; Walther, J. (2006a): Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten. Bilanzierung und Strategieentwicklung. In: BBR-online-Publikationen, Nr. 03/2006, Bonn.

Siedentop, S.; Schiller, G.; Gutsche, J.-M. (2006b): Infrastrukturkostenrechnung in der Regionalplanung. Ein Leitfaden zur Abschätzung der Folgekosten alternativer Bevölkerungs- und Siedlungsszenarien für soziale und technische Infrastrukturen. Reihe „Werkstatt Praxis“, Nr. 43, Bonn.

Verband Region Stuttgart (2006): Neubaugebiete und demographische Entwicklung – Ermittlung der fiskalisch besten Baulandstrategie für die Kommunen in der Region Stuttgart. In: Schriftenreihe, Nummer 25.

Raumentwicklung im Dialog von Wissenschaft und Praxis

Notwendigkeit des Dialogs

Raumentwicklung ist ein Wort mit zwei Bedeutungen.

Einerseits versteht man darunter die Veränderungen in unserem Lebensraum – wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen, Umweltveränderungen. Diese Raumentwicklung ist nicht auf Dialog angewiesen, sie geschieht.

Andererseits kann Raumentwicklung aber auch den zielorientierten, gestaltenden Einfluss auf Wirtschaft, Gesellschaft oder Umwelt in einem bestimmten Raum meinen, eine öffentliche Aufgabe, für die die Begriffe Raumordnung und Landesplanung vor weniger als hundert Jahren geprägt wurden. Hier sollte man besser von Raumentwicklungspolitik als nur von Raumentwicklung sprechen. Und hier betritt auch die Wissenschaft die Bühne: Gute Raumentwicklung ist auf gute Raumentwicklungspolitik angewiesen und diese auf den Dialog mit der Wissenschaft, auf deren Erkenntnisse, Prognosen und Politikberatung.

Was den Begriff „Praxis“ im Zusammenhang der Raumentwicklungspolitik angeht, möchte ich mich nicht in die politik- bzw. verwaltungswissenschaftlichen Irrgärten hineinbegeben, in denen das Zusammenspiel von planender Verwaltung, entscheidender Politik und Bürgerschaft thematisiert wird oder das Zusammenspiel von kommunaler und regionaler Ebene, Land, Bund und EU oder das Spannungsverhältnis zwischen der überfachlichen Raumplanung und den Planungen der einzelnen Fachressorts. Ich spreche pauschal von „der“ Praxis und begründe die Notwendigkeit des Dialogs mit der Wissenschaft mit zwei spiegelbildlichen Argumenten:

a) Raumentwicklungspolitik ist auf Raumwissenschaft, bzw. die raumbezogenen Erkenntnisse der einzelnen Wissenschaften angewiesen. Wirkungsanalysen, etwa zu Förderprogrammen, sind die Basis rationaler, lernender Politik. Wer sollte sie erstellen, wenn nicht die Wissenschaft in ihrem breiten Spektrum von der universitären Forschung bis zum Beratungsunternehmen?

b) Raumwissenschaft ist aber ihrerseits auf den Dialog mit der Praxis angewiesen. Wer Handlungen empirisch erforschen oder normativ anleiten will, muss die Handelnden, ihre Motive und Restriktionen, kennen und verstehen lernen. Praxisrelevanz ist Zukunftssicherung für die Forschung, direkt: sie sichert Beachtung, indirekt: sie sichert Finanzmittel.

Schwierigkeit des Dialogs

Doch der Dialog von Wissenschaft und Praxis ist kein Selbstläufer. Zu unterschiedlich sind – in idealtypischer Zuspitzung – die handlungsleitenden Spielregeln:

- Die Wissenschaftler wollen Erkenntnisse, Annäherungen an die Wahrheit gewinnen, die Praktiker Macht und Einfluss, um ihr Verständnis von Gemeinwohl zu realisieren.
- Der (gute) Wissenschaftler bekennt freimütig sein „Ich weiß, dass ich nichts weiß“, der Praktiker ist im politischen Wettbewerb der geborene Besserwisser.
- Der Wissenschaftler strebt nach dem Allgemeinen, den geltenden Gesetzen hinter der Flucht der Erscheinungen, der Praktiker will „nur“ konkrete Probleme hier und jetzt lösen, und das ist schließlich schwer genug.

Anlässlich der 100. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg am 10. Juli 2008 in Stuttgart (ausführlicher Bericht s. unter der Rubrik ARL-Veranstaltungen) referierte der Präsident der ARL, Prof. Dr. Heinrich Mäding, zum Thema „Raumentwicklung im Dialog von Wissenschaft und Praxis“. Dabei hob er die Notwendigkeit, aber auch die Schwierigkeiten dieses Dialogs hervor und ging auf die Bedeutung der ARL insgesamt sowie ihrer Landesarbeitsgemeinschaften ein. Wir drucken hier den Vortrag von Präsident Mäding in gekürzter Form ab.

- Der Wissenschaftler braucht Ruhe und Zeit, der Praktiker steht permanent unter Zeitdruck. Für die Politiker sind es vor allem die Wahlperioden, die den Takt vorgeben, während die Wissenschaft im Dienste der Raumentwicklungspolitik oft – zu Recht – die sehr langfristigen Trends thematisiert, den demographischen Wandel oder den Klimawandel.
- Der Wissenschaftler will Kollegen überzeugen, der Praktiker Gremien, letztlich das „Volk".
- Fortschritt der Wissenschaft macht die Weltsicht immer komplexer, aber der Politiker braucht einfache Wahrheiten für seinen Erfolg. Die Wissenschaft wird für ihn eigentlich immer unhandlicher.

Diese Liste von Unterschieden ließe sich weiter komplettieren.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Diesen Graben im Feld der Raumforschung und Raumplanung zu überwinden, wurde 1946 die Akademie für Raumforschung und Landesplanung als personelles Netzwerk aus Wissenschaftlern und Praktikern gegründet. Sie hat einerseits die Aufgabe, interdisziplinäre, anwendungsorientierte Forschung zu betreiben und andererseits, die oben beschriebene doppelte Transferleistung zwischen Wissenschaft und Praxis zu organisieren, speziell auch Politikberatung zu leisten, gefragt und ungefragt. In der gerade positiv abgeschlossenen Evaluierung ist sie als eine europaweit einzigartige, unverzichtbare Plattform gewürdigt worden, von gesamtstaatlicher Bedeutung, verzahnt mit der internationalen Scientific Community.

Stetiges Anliegen der ARL ist es, den wissenschaftsoffenen Praktiker und den praxisinteressierten Wissenschaftler in ihren Arbeitsgremien zusammenzubringen. Die Zusammenarbeit dieser Gruppen soll einen Mehrwert hervorbringen, der anders nicht zu erzielen wäre. Und so wie die raumrelevante Praxis nach Ebenen, Ressorts und Tätigkeitsschwerpunkten sehr differenziert ist, ist es auch die Raumwissenschaft: Zu ihr zählen eben nicht nur gelernte Raumplaner und Geographen, sondern ebenso spezialisierte Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler, Soziologen, Juristen, Ökologen, Land- und Forstwirte. Zu den Sprachbarrieren zwischen Wissenschaft und Praxis treten die zwischen den Disziplinen.

Aber gewonnen wird die Offenheit für ein breites Themenspektrum. So hat die ARL in den letzten Jahren sich u. a. befasst

- mit den großen und räumlich unterschiedlichen Herausforderungen des demographischen Wandels und des Klimawandels,
- mit der inhaltlichen Konkretisierung und instrumentellen Unterstützung politischer Leitziele wie „gleichwertige Lebensverhältnisse" oder „Nachhaltigkeit",
- mit dem Problem-Mix und Policy-Mix in unterschiedlichen Raumtypen, etwa Ländlichen Räumen oder Metropolregionen.

Die ARL wird traditionell von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung in Diskussions- und Erarbeitungsprozesse zur Raumentwicklungspolitik eingebunden. Beispiele auf Bundesebene sind die Leitbilder der Raumentwicklung aus dem Jahre 2006 oder die laufende Novellierung des Raumordnungsgesetzes. Die ARL verfügt mit ihrem personellen Netzwerk über die dafür notwendigen Kompetenzen.

Landesarbeitsgemeinschaften

Die wichtigsten Arbeitsformen der ARL sind die temporären Arbeitskreise, in denen ein bestimmtes Thema raumübergreifend und interdisziplinär ausgeleuchtet wird, und die dauerhaften Landesarbeitsgemeinschaften, in denen ein bestimmter Raum themenübergreifend und interdisziplinär bearbeitet wird. Dieses Konzept hat sich in langer Übung hervorragend bewährt. Es sind vor allem die Landesarbeitsgemeinschaften, in denen die übergreifenden Trends ihre Bodenberührung finden und die Politikwirkungen von EU, Bund und Land regionsspezifisch aufgearbeitet werden. Nicht nur das Städtesystem ist in Baden-Württemberg anders als in Mecklenburg-Vorpommern und der Ländliche Raum in Niedersachsen anders als in Nordrhein-Westfalen, sondern auch die Kompetenzzuordnung und institutionelle Ausgestaltung. Arbeitsgruppen verschiedener Landesarbeitsgemeinschaften haben in den letzten Jahren wiederholt identische Fragen parallel bearbeitet und so diese regionale Unterschiedlichkeit analytisch herausgearbeitet, aber eben auch Politikempfehlungen landesspezifisch zugespitzt.

Prof. Dr. Heinrich Mäding, Berlin

@ Umfangreiche Linksammlung auf der ARL-Website

Die ARL bietet in der Rubrik „Links" ihrer Website (**www.ARL-net.de**) eine umfangreiche Linksammlung an. Die darin enthaltenen Themenbereiche richten sich mit ihrer Auswahl verschiedener Webseiten vor allem an Personen, die mit raumwissenschaftlichen Fragen und mit der Praxis räumlicher Planung befasst sind.

Sie finden hier folgende Unterrubriken:

- **Hochschulinstitute in Deutschland und Europa**
- **Außeruniversitäre Einrichtungen in Deutschland und Europa**
- **Informationsdienste der Regionalplanungsstellen in Deutschland und Europa**
- **Weitere Behörden und Institutionen in Deutschland und Europa**
- **Bibliotheken, Kataloge, Datenbanken, Fachverlage**
- **Raumwissenschaftliche Foren und Portale**
- **Veranstaltungskalender**

COMMIN.org

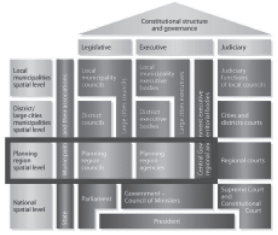
Im Fokus: Vielfalt der Planungssysteme im Ostseeraum

Unterschiedliche historische Entwicklungen sowie verschiedene Staatssysteme haben im Ostseeraum auch zu einer Vielfalt der Planungssysteme geführt. Eine Übersicht bietet die Website www.COMMIN.org, die im Rahmen des von der ARL geleiteten BSR INTERREG IIIB - Projektes COMMIN (2004–2007) erarbeitet worden ist. Zu vielen Fragestellungen der Raumwissenschaft und der raumplanerischen Praxis werden umfangreiche Informationen auf Englisch sowie in der jeweiligen nationalen Sprache bereitgestellt.

Einen Schwerpunkt bilden die Planungssysteme für die Staaten *Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Russland, Polen, Schweden und Weißrussland*. Umfangreiche Texte, Darstellungen und Pra-

Latvia: Fact sheet for planning levels -REGIONAL

Planning level	Type of plan
Planning region	Riga Planning Region's Spatial Plan (2005–2025)



Facts

Legal basis
Spatial Planning Law (adopted 02.05.2002, as amended 10.04.2003, 27.01.2005, 29.03.2007); Cabinet Regulations no.236 „Regulations for the Spatial Planning of a Planning Region" (adopted 05.04.2005); Riga Planning Region Development Council's decisions no.3 (11.04.2003), no.6 (02.05.2003), no.9 (02.02.2007). Plan is valid from 10.02.2007.

Competences
Riga Planning Region Development Council (RPRDC) prepares the spatial plan of the relevant planning region and the amendments, approves the prepared plan; ensures public participation; provides information on compliance with the valid plan. The National Regional Development Council (NRDC) evaluates the plan. The Ministry of Regional Development and Local Government (MRDLG) supervises, and co-ordinates and provides technical instructions for the development of spatial plans, evaluates the conformity of the plan with the National Spatial Plan and the normative documents.

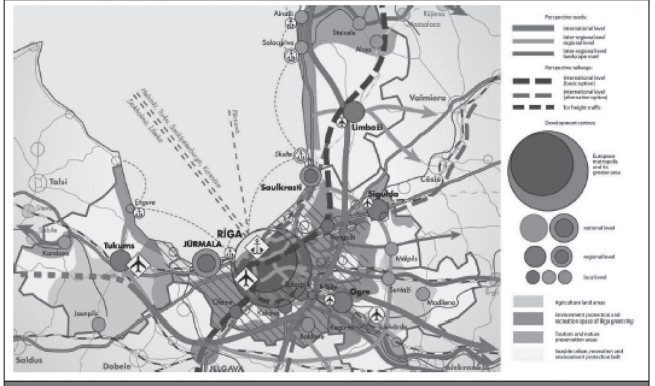
Binding force
Planning region's spatial plan is binding for district and large cities self-governments and for local self-governments of a respective district in cases if there is not a valid district spatial plan of that district.

Tasks and contents
Planning region's spatial plan specifies the development possibilities, directions and restrictions of the planning region's territory. It comprises of four parts – Description of Actual Spatial Structure, Spatial Development Perspective, Spatial Planning Guidelines and Report on Development of Spatial Plan. The strategic assessment process' Environment Report is also attached to the plan.

Process, duration, participation
RPRDC adopted the decision on the inception of the development of spatial plan (11.04.2003), approved Project Leader, Managing Group, Coordination Group from municipal, ministerial and state institutions representatives, and 11 Thematic Working Groups with invited experts, Work Plan and Terms of References. The Foundation "Riga Planning Region Agency" ensured the preparation of the spatial plan. Public participation was organised in two phases (4 and 8 weeks). Information and opinions from the listed institutions were asked and collected. Information on how, where and when public can take part (in discussions with written proposals) and be acquainted with materials was published in official newspaper "Latvijas Vēstnesis", regional and local newspapers and on the Agency's Internet home page. NRDC and MRDLG reviewed and RPRDC adopted (02.02.2007) the spatial plan.

Duration of validity
Long-term plan for 20 years.

Details of the plan



Characteristics

Location of the area
Riga region associates 75 local self-governments that comprise of two large cities Riga and Jurmala and four districts – Riga, Limbazi, Ogre and Tukums. Total area is 10,352.6 km^2 or 16% of total area of the country. There live 1,095,683 (01.01.2007) inhabitants.

Initial situation
In Riga Planning Region this is a first spatial plan that covers all territory of the region; it is also a first prepared and adopted spatial plan at the planning region level in Latvia.

Particularities of the procedure and/or contents
Riga region's spatial plan is developed with the aims to obtain the long-term vision of land use for next 20 years and to create a spatial framework in such way that projects and measures listed in the region's development strategy are harmoniously linked with the structure of settlements and economics, the movements of population, employment, transport and communication infrastructure, the structure of environment values, etc. The work on the Riga region's spatial perspective has proceeded in 4 thematic directions:

- settlement pattern of the region (inhabitants, settlements, services and functional ties);
- structure of rural space (agriculture and forestry areas, nature values, landscapes, recreation and tourism areas, environmental risks areas);
- transport structure and accessibility, environmental infrastructure;
- functional structure of the region (economical development, settlements with particular development potential, development awkward places and borders).

Hints and links

Regulations for Planning Region's Spatial Planning, link to text (in English):
www.ttc.lv/index.php?&id=10&tid=60&l=LV&seid=down&itid=15535
Riga Planning Region's Spatial Plan (in Latvian): www.rigaregion.lv/pub/main.php?lapa=271&oid=274

xisbeispiele – ergänzt durch einen Ansatz für Planungssystemvergleiche – bieten ein breites Spektrum an Information zur Vielfalt der Planungssysteme im Ostseeraum.

11 Planungssysteme

Beschreibende Texte sind für jeden der 11 Staaten nach einer einheitlichen Gliederung erarbeitet worden, um u. a. die Vergleichbarkeit der Inhalte zu verbessern. Auf durchschnittlich rund 50 Seiten je Staat werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Planungssystem im Allgemeinen (u. a. Geschichte, Grundprinzipien, Aufgabenbereich, Ziele, Funktionen, Hauptelemente, Instrumente, zukünftige Herausforderungen und Veränderungen)
- Planungsrecht (u. a. Rahmenbedingungen, Rechtsbedingungen einzelner Planungsebenen, Bindungswirkung, Klagemöglichkeiten, Pflicht zur Planung)
- Einzelaspekte in den unterschiedlichen Planungsebenen (u. a. Institutionen, Aufgabenbereiche, Bindungswirkung, Prozesse, Beteiligung, Pläne, Fachplanungen)
- Interdependenzen (u. a. Hierarchie der Planungsebenen, Harmonisierungen zwischen Planungsräumen, zwischen gesamträumlicher Planung und Fachplanungen, zwischen den Fachplanungen, Berücksichtigung nachbarstaatlicher sowie Europäischer Raumentwicklungspolitik)

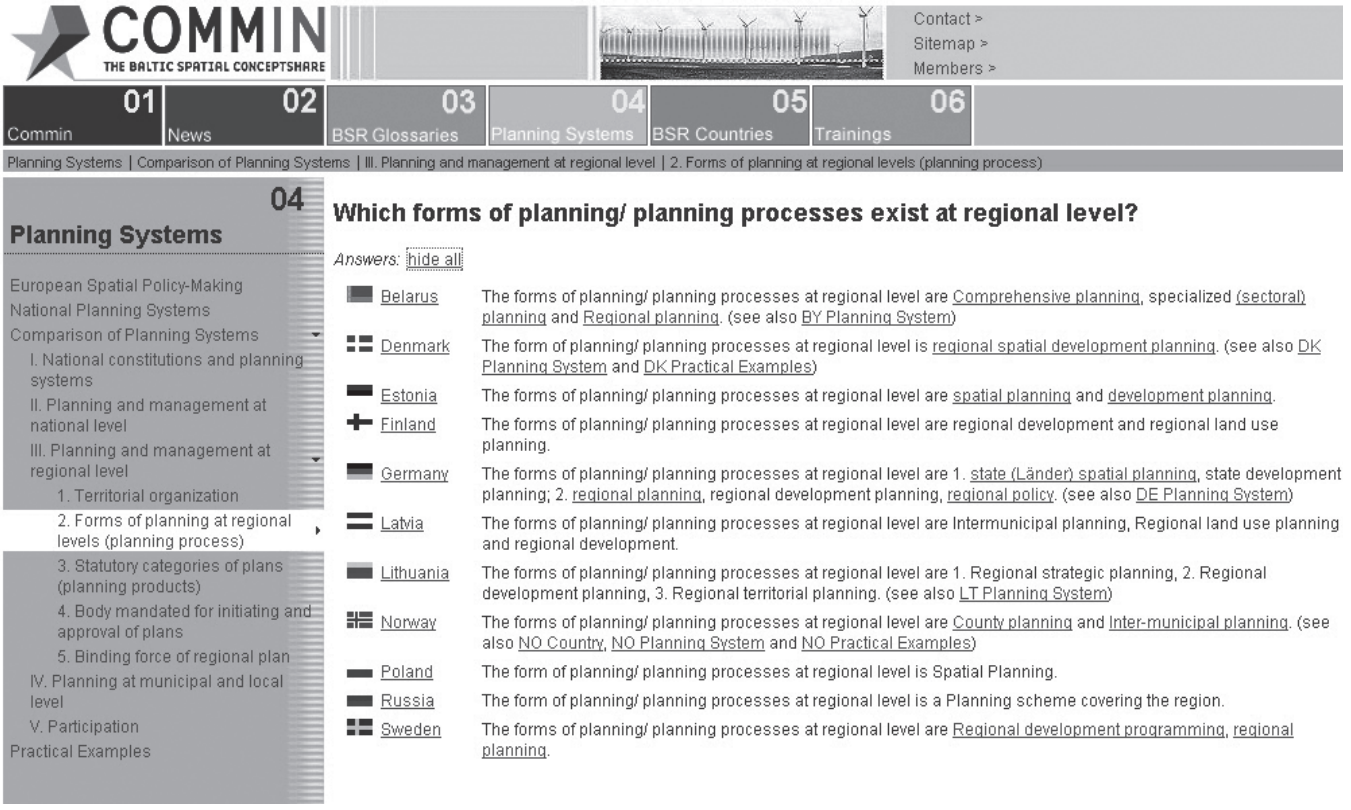
Im Detail sind die Themen für die einzelnen Staaten entsprechend den nationalspezifischen Gegebenheiten geringfügig angepasst, weiter untergliedert und ergänzt worden. Alle Texte sind in Englisch sowie überwiegend auch in der jeweiligen nationalen Sprache verfügbar. Ergänzt werden die Texte durch Tabellen, Graphiken und Diagramme. Weiterführende Informationen (z. B. Literatur, Gesetzestexte, Websites) stehen mittels Downloads oder Verlinkungen bereit.

Praxisbeispiele

60 speziell für COMMIN.org als „fact sheets" aufbereitete Beispiele aus der Planungspraxis auf den unterschiedlichen Planungsebenen in den Staaten stehen als Download (pdf) auf Englisch sowie teilweise auch in der jeweiligen nationalen Sprache zur Verfügung (Beispiel s. links). Nach vergleichbarer Struktur sind Informationen insbesondere über Planwerke sowie Planungsprozesse in Text und Bild dargestellt.

Ansatz für einen Planungssystemvergleich im Ostseeraum

Aufbauend auf den umfangreichen Informationen von COMMIN wurde von allen Projektpartnern ein Ansatz für einen Planungssystemvergleich erarbeitet und angewendet. Grundidee war hier, an die Experten aller 11 Staaten identische, konkrete Fragen zu stellen. Die Ähnlichkeit und Vielfalt der Antworten, die von den Projektpartnern in einem Workshop diskutiert und abgestimmt wurden, kann als Basis für eine weitergehende Auswertung zum Planungssystemvergleich verwendet werden.



Über 60 Fragen sind nach den fünf Themenfeldern „Staatssystem und Planungssystem“, „Nationale Planung“, „Regionale Planung“, „Lokale Planung“ sowie „Beteiligung“ sortiert und mittels Unterthemen weiter strukturiert. Eine optimierte Informationsauffindung und -weiterverwendung wird durch individuell angepasste Darstellungsmöglichkeiten der Antworten sowie durch übersichtliche Downloads als pdf- und Excel-Datei ermöglicht.

Extra: Europäische Raumentwicklungspolitik

Als Überbau für die Informationen aus den Staaten beinhaltet COMMIN.org einen englischsprachigen Beitrag zur europäischen Raumentwicklungspolitik. Neben einem historischen Abriss werden die wichtigsten Instrumente sowie die Position und Wirkungsweise der Raumentwicklungspolitik gegenüber weiteren europäischen Politikfeldern dargestellt.

Weiterverwendung der Inhalte und Fortbestand der Website

Auf COMMIN.org stehen ergänzend zur html-Darstellung alle Texte, Praxisbeispiele, Vergleiche und Abbildungen auch als Download (pdf- und Excel-Dateien) zur Verfügung. Die Thematik der Planungssysteme ist nur ein Teilbereich der Website. Ergänzend gibt es u. a. umfangreiche Glossare (s. ARL Nachrichten 01/2008) sowie Beschreibungen der Staats-, Verwaltungs- und Politiksysteme aller 11 Staaten.

Die Informationen und Elemente sind untereinander umfangreich verlinkt, damit man sich gezielt beispielsweise über raumplanerische Themen eines bestimmten Staates, über Themen für mehrere Staaten oder über die Raumplanung im Ostseeraum insgesamt informieren kann. COMMIN.org stellt hierzu über 5.000 Seiten (Downloads im Ausdruck) gut aufbereitete und frei zugängliche Antworten mit vielen Hintergrundinformationen bereit. Somit kann auf Grundlage der Website zu Planungssystemen im Ostseeraum weitere Forschung betrieben werden, Lehrveranstaltungen und Seminare können unterstützt werden oder es wird einfach ein erster Einstieg in die umfangreiche Thematik ermöglicht.

Der Fortbestand von COMMIN.org ist auch nach dem Projektende gesichert. Anregungen für konkrete Möglichkeiten zur Ergänzung (z. B. weitere Staaten und Inhalte) und Weiterentwicklung sind erwünscht und können gerne mit Mitarbeitern des Sekretariats der ARL diskutiert werden.

Dennis Ehm, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 49
E-Mail: Ehm@ARL-net.de

Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte

Gegenstand und Ziele der Tagung

Das Modellvorhaben der Bundesraumordnung (MORO ist ein Forschungsprogramm des BMVBS und des BBR) „Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion“ zielt darauf ab, einen Erfahrungsaustausch der Bundesländer untereinander und mit dem Bund unter Einbezug der wissenschaftlichen „Szene“ herzustellen, um die Weiterentwicklung der Zentrale-Orte-Konzepte voranzutreiben. Der Erfahrungsaustausch ist über eine Fachtagungsreihe realisiert worden.

Gegenstand der vorangegangenen drei Fachtagungen waren die Darstellung des Sachstandes zum Thema Daseinsvorsorge, die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge durch Private und die Sicherung der Daseinsvorsorge unter Schrumpfungsbedingungen (siehe z.B. NACHRICHTEN 2/2008, S. 6).

Im Mittelpunkt der Abschlusskonferenz, die am 12. Juni 2008 im Ernst-Reuter-Haus in Berlin stattfand, stand die Fokussierung der Ergebnisse der Fachtagungen auf das Projektthema „Fortentwicklung der Zentrale-Orte-Konzepte“. Hierdurch sollten Erkenntnisse für die Umsetzung der Raumordnung in den Bundesländern, insbesondere auch im Hinblick auf deren zukünftige Bedeutung und Weiterentwicklung, geliefert und zugleich in die Praxis transferiert werden. Die unterschiedlichen Ansätze aus den Ländern boten eine geeignete Grundlage für anregende und konzeptionell wie instrumentell zukunftsweisende Diskussionen. Dementsprechend wurde der Schwerpunkt der Veranstaltung weniger auf theoretische Erörterungen als auf den Praxisbezug und die Umsetzungsaspekte gelegt und ein breiter Kreis von Praxisvertreterinnen und -vertretern auch der regionalen Ebene einbezogen.

Einführung und Vorträge

Ministerialdirigent Manfred Sinz vom BMVBS begrüßte die Tagungsteilnehmer/innen und skizzierte die inhaltliche Position des Bundes. Er hob hervor, dass auch in Zukunft in allen Teilräumen Deutschlands die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen „diskriminierungsfrei“ gesichert sein müsse. Dies gelte insbesondere auch für Einrichtungen der Grundversorgung. Herausragende Bedeutung maß er Angeboten in den Bereichen Bildung und Mobilität zu, in denen die Qualitätsstandards teilweise noch verbessert werden müssten. Zentrale-Orte-Konzepte spielten hierbei eine wichtige Rolle. Auch in den strukturschwachen ländlichen Räumen mit Bevölkerungsrückgang gelte es, in einem mehrstufigen System Zentraler Orte gleichermaßen angemessene wie (betriebswirtschaftlich) tragfähige Versorgungs- und Erreichbarkeitsstandards zu gewährleisten.

Das zentrale Grundsatzreferat der Veranstaltung hielt ARL-Vizepräsident Prof. Dr. Hans Heinrich Blotevogel, TU Dortmund, zum Thema „Zentrale Orte als Zentren der Daseinsvorsorge – zukünftige Anforderungen und Ansätze zur Weiterentwicklung“. Er konnte hierbei auf den Ergebnissen des seinerzeit von ihm geleiteten Arbeitskreises der ARL „Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts“ aufbauen (veröffentlicht in der Reihe Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL als Band 217). Blotevogel attestierte dem Zentrale-Orte-Konzept (ZOK) ein wichtiges Handlungspotenzial für die Erreichung von Zielen der nachhaltigen Raumentwicklung und verdeutlichte dies in erster Linie an Beispielen aus den raum- und siedlungsentwicklungspolitischen Handlungsfeldern Versorgung, Verkehr, Siedlungsstruktur und gewerbliche Wirtschaft. Das Prinzip der räumlichen Bündelung von Einrichtungen unter Aspekten der Raumgerechtigkeit sei nicht nur beim Ausbau, sondern – gewissermaßen mit umgekehrtem Vorzeichen – auch beim Rückbau von Angeboten zentralörtlicher Güter und Dienste von grundlegender Bedeutung. Entscheidend sei allerdings eine differenzierte Ausgestaltung des Konzeptes für verdichtete und ländliche Räume, eine Integration hierarchischer und kooperativer Planungsmodi (etwa oberzentrale Städteverbünde, zentralörtliche Kooperationsräume oder regionale Einzelhandels- bzw. Zentrenentwicklungskonzepte) sowie eine stärkere Kombination des ZOK mit handlungsorientierten Ansätzen und Programmen zur Infrastrukturentwicklung und -sicherung.

Im nächsten Vortrag stellte Uwe Rühl von der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg den Entwurf des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg vor und informierte vor allem über die Hintergründe und Motive der Überarbeitung des Zentrale-Orte-Systems (nur noch zwei zentrale Hierarchieebenen: Ober- und Mittelzentren). Diese Vorgehensweise wurde in den anschließenden Gesprächsrunden intensiv und kontrovers erörtert. In der Tendenz wurde dabei eine Beibehaltung der Ebene der Grundzentren befürwortet. Hieran schloss sich ein Referat zum Thema „Zentrale Orte zur Sicherung der Daseinsvorsorge – Handlungsbedarf und Ansätze zur Weiterentwicklung aus Sicht des Landes Hessen“ an, das PD Dr. Stefan Greiving, plan + risk consult/DISR, Dortmund, in Vertretung für Martin Orth vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft vortrug.

Arbeitsgruppen

Der folgende Veranstaltungsabschnitt diente der Vertiefung der Thematik in drei Arbeitsgruppen:

AG 1: Kooperationen Zentraler Orte zur Sicherung der Daseinsvorsorge

- Darstellung der wesentlichen innovativen Ergebnisse aus dem kürzlich abgeschlossenen Forschungsprojekt des BMVBS und des BBR

  (PD Dr. Stefan Greiving, plan + risk consult/DISR)

- Positive Kooperationserfahrungen für die schwierige Kooperation oberzentraler Städteverbünde, Erfahrungen aus dem bayerischen Beispiel Deggendorf/Plattling, Bayern

  (Klaus Busch, Stv. Leiter Stadtplanungsamt, Stadt Deggendorf)

AG 2: Neue Ansätze für die Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Systems, insbesondere: Vom Territorial- zum Funktionalbezug Zentraler Orte

- Darstellung neuer Ansätze und Möglichkeiten

  (Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund)
- Darstellung der Erfahrungen eines Bundeslandes

  (Margrit Paepke, Leiterin des Referates Allgemeine Angelegenheiten der Raumordnung und Landesplanung, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt)

AG 3: Sicherung der Daseinsvorsorge durch Zentrale Orte und neue Angebotsformen

- Darstellung der Ansätze zu flexiblen, temporären und mobilen Angeboten

  (Prof. Dr. Rainer Winkel, Deutsches Institut für Stadt und Raum (DISR))
- Darstellung von Praxiserfahrungen

  (Christoph Kaufmann, Amt für Raumordnung und Landesplanung Neubrandenburg)

Schluss

Nach Berichten aus den Arbeitsgruppen fand eine von Dr. Werner Klinge, Plan und Praxis, Berlin, moderierte Abschlussdiskussion statt, in deren Mittelpunkt die (Weiter-)Entwicklung neuer und bestehender zentralörtlicher Konzepte und Handlungsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge stand. Zum Abschluss der Tagung fasste Prof. Dr. Rainer Winkel, Dresden, ebenso prägnant wie für die Fortentwicklung des ZOK aufschlussreich die wesentlichen Ergebnisse der vier MORO-Tagungen zusammen.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Das Umweltgesetzbuch – Fortschritt oder Rückschritt für den Umweltschutz?

Am 30. Mai 2008 veranstalteten der Verein für Umweltrecht (VUR) und die Zeitschrift für Umweltrecht (ZUR) eine Tagung zum Thema Umweltgesetzbuch (UGB). Das UGB soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Für den aktuellen Gesetzgebungsprozess leistete das Fachgespräch einen zweifachen Beitrag: Es informierte über den aktuellen Stand des Gesetzesvorhabens und die Inhalte der UGB-Entwürfe. Darüber hinaus wurde der Mehrwert des UGB gegenüber dem bisherigen Umweltrecht analysiert und bewertet.

Zum Stand des Umweltgesetzbuchs

Über den Stand des Gesetzesvorhabens berichtete einführend Peter Fritsch, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). Nach interministeriellen Abstimmungen ist der Gesetzentwurf vom November 2007 inzwischen überarbeitet worden; die Länder- und Verbändeanhörung hat im Juni 2008 stattgefunden. Nach der Sommerpause soll der Kabinettsbeschluss in den Bundestag gehen.

Überblick und Bewertung der Umweltgesetzbücher I bis III

Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag von Prof. Dr. Gert Winter, der einen Überblick und eine Bewertung des Umweltgesetzbuchs gab. Prof. Dr. Christian Calliess erläuterte wichtige Regelungen im UGB I zum vorhabenbezogenen Umweltschutz, dem Wasserrecht – UGB II – widmete sich Prof. Dr. Michael Reinhardt und mit dem Naturschutzrecht – UGB III – befasste sich Prof. Dr. Wolfgang Köck. Insgesamt wurde die Kodifikation des Umweltrechts in einem UGB begrüßt. Sie dient in erster Linie der Vereinfachung des Umweltrechts. Allerdings wurde auch deutlich, dass einige Regelungen hinter dem zurückbleiben, was für einen integrativen, fortschrittlichen und wirksamen Umweltschutz erforderlich ist. Insofern vermag das mit dem Umweltgesetzbuch ebenso verfolgte Ziel der Wahrung des bestehenden Schutzniveaus nicht zu überzeugen. So zeigen verschiedene Indikatoren, wie die Entwicklung von Klimagasen sowie die zunehmende Bodenversiegelung und Landschaftszerschneidung, die Notwendigkeit der Erhöhung des Umweltschutzniveaus an. Diesen Veränderungen muss sich auch das Umweltrecht anpassen. Dem daraus resultierenden Verbesserungsbedarf wird das vorliegende Gesetzespaket jedoch nicht gerecht.

Zum UGB I

In Bezug auf das UGB I wurde die nicht konsequent umgesetzte Gesetzessystematik bemängelt. Dominierend sind die Regelungen der integrierten Vorhabengenehmigung und damit das Anlagenzulassungsrecht. Ein besonderer Teil des Immissionsschutzrechts fehlt hingegen im UGB.

Vorgeschlagen wurde die Regelung eines Allgemeinen Teils des Umweltrechts, der sich im Wesentlichen auf sektoral übergreifende Normen beschränkt und sich durch eine offene Anzahl sektoraler Umweltgesetze ergänzen lässt. Die Vorhabenprägung des UGB I wurde auch deshalb als problematisch gewertet, weil gefährliche Anlagen nur ein Problem der Umweltbelastung sind. Zunehmend in den Vordergrund rücken diffuse Belastungen durch Produkte und Energieverbrauch, dem durch entsprechende Grundpflichten und Instrumente zur Gestaltung und Verwendung von Produkten und zum Energieverbrauch Rechnung zu tragen ist. Weiter wird die Regelung der Verbandsklage als unzureichend bewertet. Sie hält immer noch am Erfordernis der Verletzung von Rechten einzelner fest und widerspricht damit gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben.

Für die Ausgestaltung des Genehmigungstatbestandes der integrierten Vorhabengenehmigung hätte man sich eine finale Normenstruktur mit Abwägungs- und Ermessensdirektiven gewünscht, die dem integrativen Umweltschutz besser gerecht wird. Die Regelung der planerischen Vorhabengenehmigung neben der eigentlichen Planfeststellung trägt nicht zur Vereinfachung des Umweltrechts bei. Positiv wurde hingegen die Regelung der SUP für die hochstufige Verkehrsplanung hervorgehoben, nach der nicht nur andere Trassen, sondern auch alternative Verkehrsnetze und Verkehrträger zu prüfen sind. Ergänzend sollten indes auch Alternativen einbezogen werden müssen, die auf Verkehrsvermeidung zielen. Abschließend wurde vorgeschlagen, das UGB I um eine Revisions- bzw. Evaluationsklausel zu ergänzen, mit deren Hilfe eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Auswirkungen des UGB I sichergestellt werden könnte. Um Transparenz hinsichtlich geltender Vorschriften zu schaffen, sollten im UGB unmittelbar geltende EG-Verordnungen mit abgedruckt werden.

Zum UGB II

Im Bereich des Wasserrechts handelt es sich hauptsächlich um eine nachrichtliche Übernahme aus dem WHG. Problematisch ist, ob Fragen des wasserrechtlichen Bewirtschaftungsermessens ausreichend in der integrierten Vorhabengenehmigung berücksichtigt werden. Weiter ist eine konkretere Ausgestaltung der öffentlichen Wasserversorgung als wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge zu fordern, was zum Teil in der Landesgesetzgebung schon geschehen ist.

Zum UGB III

Zu den Herausforderungen für den Naturschutz und die Landschaftspflege zählt der immer noch hohe Flächenverbrauch, die auch der zunehmenden Nutzung erneuerbarer Energien geschuldete Reintensivierung der Landwirtschaft, der Klimawandel und seine Auswirkungen auf Arten und Flächen. Für das Schutzniveau des künftigen Naturschutzrechts ist die Abweichungsregelung besonders bedeutsam. Sie ist für den Artenschutz, den Meeresnaturschutz und die allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes beschränkt. Dabei bestimmen sich die Bereiche, die zu den allgemeinen Grundsätzen des Naturschutzes gehören, aus der Sachmaterie heraus; sie können nicht durch den Gesetzgeber festgelegt werden. Eine bundesgesetzliche Regelung im UGB zu den allgemeinen Grundsätzen hat hier aber eine wichtige deklaratorische Bedeutung. Die im Gesetzentwurf geregelten allgemeinen Grundsätze sind aber noch ergänzungsbedürftig, z. B. in Bezug auf die gute fachliche Praxis. In Bezug auf die Eingriffsregelung wurde die Ökokonto-Regelung positiv hervorgehoben – sie schafft Flexibilität und verbessert die Bedingungen für die Erfüllung der Verursacherpflichten. Kritisch wird der Verzicht auf eine flächendeckende Landschaftsplanung gewürdigt, die an eine lokale Erforderlichkeit gekoppelt ist (§ 11 Abs. 1 S. 2 UGB III). Hingegen ist die Fortschreibungspflicht § 9 Abs. 4 UGB III für Landschaftspläne zu begrüßen.

Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

Sichern – ordnen – entwickeln: Neues RROP für den Großraum Braunschweig

Das neue Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) für den Großraum Braunschweig hat am 01.06.2008 Rechtskraft erlangt. Das RROP 2008 ist das erste RROP in Niedersachsen, das nach dem neuen Niedersächsischen Gesetz über Raumordnung und Landesplanung vom 07.07.2007 und auf Grundlage des ebenfalls neuen Landes-Raumordnungsprogramms (LROP) 2008 erarbeitet wurde. Erstmalig in Niedersachsen wurde mit diesem RROP auch ein Umweltbericht erarbeitet, in dem die Ergebnisse der Strategischen Umweltprüfung dokumentiert werden. Der Umweltbericht beinhaltet ein detailliertes Konzept für das geforderte Monitoring zum RROP 2008. Darüber hinaus soll es als Planüberwachungsinstrument dienen.

Wie schon bisher stehen den Festlegungen im RROP 2008 raumordnerische Leitbilder für die Entwicklung im Großraum Braunschweig voran, die den Rahmen für die im Programm festgelegten Ziele und Grundsätze setzen und damit als Richtschnur für das raumordnerische Handeln im Großraum Braunschweig gelten. Wesentlich für die Raumentwicklung sind die Festlegungen zu den Siedlungs- und Versorgungsstrukturen, zur Verankerung der dezentralen Konzentration als grundlegendem Raumordnungsprinzip und zum differenzierten Zentrale-Orte-Konzept. Erstmalig definiert das RROP einen Wert für die Eigenentwicklung für die nicht zentralen Standorte. Ein weiterer Inhalt des Programms sind die Festlegungen zum großflächigen Einzelhandel.

Texte und Karten sowie die Begleitbroschüre stehen unter www.zgb.de → Regionalplanung → Regionales Raumordnungsprogramm 2008 bereit.

Ansprechpartner: u.kegel@zgb.de

Difu richtet Servicestelle „Kommunaler Klimaschutz“ ein

Aus dem Verkauf von Emissionshandelszertifikaten stehen dem Bundesumweltministerium (BMU) im Jahr 2008 280 Millionen Euro für den nationalen Teil der Klimaschutzinitiative zur Verfügung. Eines von bisher fünf im nationalen Teil verabschiedeten Förderprogrammen sieht die Förderung von Kommunen, sozialen und kulturellen Einrichtungen vor. Die Kommunen stellen aufgrund der für Städte typischen Nutzungsintensität und -vielfalt – wie Wohnen, Gewerbe und Industrie, Verkehr und Freizeit – und einer entsprechenden Erzeugung klimarelevanter Emissionen eine wichtige Zielgruppe der nationalen Klimaschutzinitiative dar. Ziel ist es, Klimaschutzpotenziale durch Energieeffizienzsteigerungen und den vermehrten Einsatz regenerativer Energien effektiv zu nutzen.

Grundlage zur Förderung der Klimaschutzprojekte in diesen Einrichtungen ist eine neue Richtlinie, die am 18. Juni 2008 verabschiedet wurde und mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger (Ausgabe Nr. 96 vom 1.Juli 2008, S. 2339) in Kraft trat.

Eine Beratungs- und Servicestelle zu Fragen hinsichtlich der Fördermöglichkeiten wird nun beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) eingerichtet. Wie eine Kommune die Förderung eines „Klimaschutzmanagers“ beantragen kann, was bei der Erstellung von Klimaschutzkonzepten zu berücksichtigen ist, für welche Ersatzinvestitionen Zuschussmöglichkeiten bestehen – dies sind Fragen, die im Difu beantwortet werden sollen.

Weiterführende Informationen zu dieser Serviceeinrichtung finden Sie unter http://www.kommunaler-klimaschutz.de.

Christoph Sommer

Eco-Cities als Antwort auf den Klimawandel?

Die dritte internationale Konferenz „Territorios 21” (Internationales Forum für Stadtplanung in kleinen und mittelgroßen Stadtregionen) widmet sich am 6./7. November 2008 Jahr dem Thema „Eco-Cities“. Die Veranstaltung hat neben einem aktuellen und kontrovers diskutierten Thema auch prominente Gäste auf dem Programm. So werden beispielsweise die Büros *Herzog und De Meuron* sowie *Foster und Partner* ihre Visionen von der Eco-City auf der zweitägigen Konferenz in einem Rahmen präsentieren, der vorsieht, das Thema auch aus der wissenschaftlichen Perspektive zu betrachten. Interessante Debatten sind also zu erwarten.

Der Ort der Veranstaltung ist Logroño, Hauptstadt der spanischen Provinz La Rioja. Weiterführende Hinweise zum Programm etc. finden Sie unter www.foroterritorios21.org.

Christoph Sommer

ESPON-2006: Mehrwert für Deutschland!?

Das ESPON-Programm 2006 hatte drei zentrale Ziele. Erstens ging es um die politiknahe Beobachtung europäischer Raumentwicklung, zweitens um den Aufbau eines europaweiten Forschungsnetzwerkes und drittens darum, in ebendiesem Netzwerk für raumrelevante Themenstellungen grenzüberschreitende Forschungsansätze auf regionaler Ebene zu entwickeln und zu realisieren.

Was sind aber nun die Aussagen der Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland? Eine Antwort auf diese Frage suchte ein Team deutscher ESPON-Experten unter dem Projekttitel „Deutschland in Europa“.

Die nationalstaatliche Perspektive der Analyse hat den Anspruch, die Ergebnisse des ESPON-Programms auszuwerten und aufzubereiten, um sie dann neben der Wissenschaft vor allem den Akteuren aus Politik und Verwaltung in leicht handhabbarer Form zugänglich zu machen. Dabei sollen Akteure auf verschiedenen räumlichen Ebenen (Bund, Länder, Kreise, Städte) angesprochen werden. Um den Nutzen von ESPON 2006 für diese Akteure herauszustellen, werden bestimmte ausgewählte Ergebnisse von der europäischen auf die nationale, regionale und thematische Perspektive deutscher Akteure heruntergebrochen. Auf diese Weise soll es auch zu einer Perspektivenerweiterung kommen, da die Analyse der Frage nach der Einordnung der deutschen Städte und Regionen in den europäischen Kontext ausdrücklich nachgeht.

Ausführliche Informationen zum Nutzen von ESPON-2006 für Deutschland und zu der Perspektivenerweiterung werden voraussichtlich im November in der Schriftenreihe *Forschungen* des BBR in gedruckter Form vorliegen.

Christoph Sommer

Charta „Wirtschaft und Raum“ für stärkeres regionales Engagement des Unternehmertums

Am Anfang steht die Annahme der Charta. Das erwarten sich zumindest die Initiatoren des Forschungsprojektes „Umsetzungspotenziale der Europäischen Raumentwicklungspolitik“, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), von den Wirtschaftsvertretern verschiedener Branchen im Hinblick auf die Charta „Wirtschaft und Raum“, die am 27.10.2008 in Leipzig auf der gleichnamigen Konferenz verabschiedet werden soll. Die Konferenz findet im Rahmen der *euregia* (Fachmesse und Kongress zur Standort- und Regionalentwicklung in Europa) statt.

Der Charta, die den territorialen Dialog als neue Kooperationsform von Politik und Unternehmertum etablieren soll, gingen Workshops zu besonders raumrelevanten Wirtschaftsfeldern voraus, bei denen Forschungsleitfragen entwickelt wurden.

Die Veranstalter wollen mit dem territorialen Dialog die Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum in den Regionen deutlich verbessern. Hierzu soll die Bereitschaft zum stärkeren regionalen Engagement der Unternehmen als Gegengewicht zur Globalisierung der Märkte gefördert werden. Konkrete Beispiele, die auf der Konferenz und in der Charta präsentiert werden, sollen zeigen, wie dieser Dialog durch geeignete Maßnahmen (auch seitens der europäischen Institutionen) in den Regionen der EU unterstützt werden kann.

Mit dem Forschungsprojekt und der Konferenz soll der Appell der Territorialen Agenda, eine intensivere Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklung des europäischen Raumes anzustreben, aufgegriffen werden und durch die Entwicklung von Maßnahmen umgesetzt werden. Diese finden sich dann sowohl in der Konferenzbroschüre als auch in der Dokumentation der Konferenz und des Forschungsprojekts, die voraussichtlich bis Ende Dezember erscheinen wird.

Weitere Informationen bietet die Internetseite des BBR (www.bbr.bund.de) unter der Rubrik Forschungsprogramme / allgemeine Ressortforschung / Bereich Raumordnung.

Christoph Sommer

Neues Exzellenzinstitut soll Spitzenwissenschaftler aus aller Welt anziehen

Mehr Strahlkraft bei Forschung und Technologieentwicklung braucht die Europäische Union, ließ Bundesforschungsministerin Annette Schawan im Juli auf der Sitzung des informellen EU-Wettbewerbsfähigkeitsrates in Versailles verlauten. Ein Schritt in diese Richtung könnte die Ankündigung der Ministerin sein, in Potsdam ein Spitzeninstitut für Klima- und Nachhaltigkeitsforschung einzurichten.

An der Konzeption der Forschungseinrichtung waren die Leibniz-Gemeinschaft in Person von Hans Joachim Schellhuber vom Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK) und die Helmholtz-Gemeinschaft mit Reinhard Hüttl vom Deutschen Geoforschungszentrum (GFZ) federführend beteiligt.

PIK-Direktor Schellhuber sieht mit der Gründung des Instituts die Möglichkeit, eine Art „Research-Hotel" entstehen zu lassen, in das exzellente Wissenschaftler aus aller Welt zu Gastaufenthalten eingeladen werden können. Dies entspreche der Idee der Nobelpreisträger-Konferenz im vergangenen Jahr, „die klügsten Köpfe und begabte junge Forscherinnen und Forscher dafür zu gewinnen, die Wissensbasis für das Wohlergehen kommender Generationen zu schaffen", so Schellhuber. Die Gastwissenschaftler sollen dann mit einem festen Stamm von Potsdamer Forschern zusammenarbeiten. Die Vernetzung mit existierenden Einrichtungen, wie dem PIK, dem GFZ und der Außenstelle des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung, sei fester Bestandteil des Forschungskonzepts und bedeute eine dringend benötigte Ergänzung der Potenziale der vorhandenen Einrichtungen.

Wichtig sei, so Schellhuber, „dass die Initiative der Ministerin nun entschlossen und mit ausreichender finanzieller Ausstattung umgesetzt wird".

Christoph Sommer

52. IFHP-Kongress zum Thema „Housing beyond its walls: Planning for an Affordable and Sustainable Habitat"

Als „truly multi-disciplinary event" bezeichnet der Internationale Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (IFHP) seinen 52. Weltkongress, der vom 12.–15. Oktober 20008 in San Juan, Puerto Rico, stattfinden wird. Organisiert wird der Kongress von der „Puerto Rican Planning Society", die ausdrücklich ein interdisziplinäres Publikum aus Architektur, Verwaltung, Politik, Wissenschaft etc. einlädt.

Dementsprechend vielfältig sind auch die Hintergründe der Redner, die auf dem viertägigen Kongress zugegen sein werden. Inhaltlich wird am ersten Tag mit dem übergeordneten Hauptthema begonnen, welches an den folgenden drei Tagen im Hinblick auf seine einzelnen Dimensionen genauer diskutiert wird. So werden die ökonomische, ökologische und soziale Dimension nachhaltiger Planung im Mittelpunkt der Tagung stehen. Das Programm sieht neben Vorträgen und Diskussionen auch unterschiedliche Exkursionen vor, die beispielsweise das Stadterneuerungsprojekt an der Waterfront von San Juan zum Thema haben. Zudem wurde für Studenten ein Kurzfilmwettbewerb zum Kongressthema ausgeschrieben. Die Ergebnisse der filmischen Annährung an die Stadt in einer sich globalisierenden Welt werden auf dem Kongress präsentiert und ausgezeichnet.

Detaillierte Informationen zu dem umfangreichen Programm und weiteren Inhalten der Konferenz finden Sie unter ww.ifhp2008sanjuan.pr.

Christoph Sommer

Otto-Borst-Preis 2009

Die „Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V." lobt zum dritten Mal den Otto-Borst-Wissenschaftspreis aus. Der Name des Preises erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst (1924–2001), Gründer der Arbeitsgemeinschaft und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „Die alte Stadt".

Durch die Verleihung will der Verein den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Mit dem Preis, der im zweijährlichen Turnus vergeben wird, sollen herausragende Leistungen in diesen Fachgebieten prämiert werden.

Der Wettbewerb ist offen für schriftliche Studienarbeiten, Studienabschlussarbeiten und Dissertationen, die sich mit Themen der Entwicklung von Städten in historischer, stadt(bau)historischer, sozialwissenschaftlicher, denkmalpflegerischer, planerischer und städtebaulicher Hinsicht befassen und die an deutschsprachigen Hochschulen und Fachhochschulen erstellt worden sind. Ausgeschlossen sind Habilitationen sowie Forschungsgutachten im Auftrag Dritter.

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige, fachlich qualifizierte Jury aus dem Kreis der „Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt" und dem Redaktionskollegium der Zeitschrift. Es werden Preise in Höhe von insgesamt 3.000 EUR vergeben.

Informationen zur Ausschreibung und zu den Teilnahmebedingungen sind erhältlich bei Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut, E-Mail: johann.jessen@si.uni-stuttgart.de.

Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen

Metropolregionen – Neue Dimensionen der Europäischen Stadt?

Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), fasst zentrale Arbeiten des Vorjahres traditionell in einem Almanach zusammen. Mit dieser Publikation möchte die DASL einerseits weiterführende Diskussionen zwischen ihren Mitgliedern und Gästen unterstützen, andererseits die Einbeziehung einer interessierten Öffentlichkeit ermöglichen.

Gegenstand und Inhalt des Almanachs 2007/2008 ist die Dokumentation der Beiträge und Ergebnisse der Jahrestagung und des Wissenschaftlichen Kolloquiums im Jahre 2007. Das Thema der Jahrestagung in Nürnberg lautete „Metropolregionen – neue Dimensionen der Europäischen Stadt?", wobei mit der Formulierung als Fragestellung vorrangig die Suche nach Kontinuitäten und Chancen der Weiterentwicklung dieses mittlerweile zum Idealbild apostrophierten stadtgesellschaftlichen Modells verdeutlicht werden sollte. Das Wissenschaftliche Kolloquium, veranstaltet in Leipzig und in engem zeitlichen Bezug zu dem ebenfalls dort abgehaltenen informellen Treffen der für Raumordnung und Stadtentwicklung zuständigen Minister der Europäischen Union, befasste sich mit „Anforderungen an die Akteure der nachhaltigen Stadt" (ISBN 978-3-9809331-5-5).

Koordination zwischen Umweltschutz und Raumplanung: Vorschläge zur rechtlichen Umsetzung

Nicht nur in der Schweiz wird immer wieder behauptet, Umweltschutzziele und Raumplanungsziele lägen miteinander im Konflikt.

Das schweizerische Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat Rudolf Muggli beauftragt, im Rahmen des gemeinsam mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) geführten Projekts „Verbesserte Koordination zwischen Umweltschutz und Raumplanung" diese Frage aufzugreifen und einen Beitrag zur rechtlichen Umsetzung zu leisten. Der Autor hat Vorschläge für Koordinationsvorschriften zur verbesserten Abstimmung von Raumplanung und Umweltschutz erarbeitet, mit denen verdeutlicht wird, dass und wie die raumrelevanten Inhalte des Umweltrechts in Planungen berücksichtigt werden können. Darüber hinaus wurde abgeklärt, wie die Verfahren der Raumplanung rechtlich so gestärkt werden können, dass der Einbezug des raumrelevanten Umweltrechts gesichert wird, und dargelegt, wie raumrelevante Instrumente des Umweltschutzrechts in die Planungsprozesse nach Raumplanungsrecht einfließen. Muggli zeigt dabei auf, wie diese Instrumente so verbessert werden könnten, dass ihre Inhalte in der Raumplanung besser berücksichtigt werden. Das Gutachten vom 20.12.2007 steht auf der Website des BAFU zur Einsicht und zum Downloaden (www.bafu.admin.ch/recht/01748/index.html?lang=de).

Ausdehnung des ROG auf die AWZ

Der geplante großflächige Bau von Offshore-Windparks in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) begegnet einer Vielzahl potenzieller Konflikte. Die Begrenztheit des Raumes und der natürlichen maritimen Ressourcen, unterschiedliche Nutzungsansprüche, ein hoher Schutzbedarf aufgrund der besonderen natürlichen Sensibilität des Raumes sowie die raschen Entwicklungen erfordern eine vorausschauende, die unterschiedlichen Nutzungs- und Schutzansprüche koordinierende und damit fachübergreifende räumliche Planung.

Der Gesetzgeber hat daher zur gezielten Steuerung der Errichtung von Offshore-Windenergieanlagen in der AWZ den Geltungsbereich des Raumordnungsgesetzes (ROG) auf die deutsche AWZ ausgedehnt. Diese neuen Regelungen werfen zahlreiche Fragen auf, die unter Beleuchtung der Hintergründe, der auslösenden Situation und ihrer Einbindung in das Regime der AWZ in der Arbeit von Kathrin Maier, „Die Ausdehnung des Raumordnungsgesetzes auf die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) dargestellt an der auslösenden Steuerung der Errichtung von Offshore-Windenergieanlagen“, dargestellt, kritisch hinterfragt und auf ihre Recht- und Zweckmäßigkeit hin überprüft werden. Die aus der Gesetzesänderung resultierenden Möglichkeiten der „raumordnerischen“ Steuerung der zukünftigen Entwicklungen in der AWZ durch die vorgesehenen Instrumente, Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden dargestellt, Empfehlungen für die Steuerung der Errichtung von Offshore-Windenergieanlagen sowie für ein fachübergreifendes Gesamtkonzept in der AWZ gegeben und weitere Konsequenzen diskutiert. Die Arbeit ist 2008 als Band 27 der Schriften zur Raumordnung und Landesplanung veröffentlicht worden (ISBN 978-3-937006-05-5).

❒

Herausforderungen der neuen EU-Strukturförderung für die ungarische Raumordnungspolitik

Die neue Förderperiode der Europäischen Kommission stellt Ungarn vor große Herausforderungen. Bedingt durch das schwere Erbe der Planwirtschaft gestalten sich die Reformprozesse der Landesstrukturen heute noch schwierig. Das nach sozialistischer Ideologie durch und durch zentralisierte System der Landesstrukturen beeinträchtigt die Disziplin Raumordnung mit am schwersten.

Die Raumordnungspolitik als solche musste auch und gerade im Rahmen der EU-Vorbereitung neu eingerichtet werden. Obwohl ihr System daher noch nicht ausgereift sein kann, wird sie schon konkret mit der Förderpolitik der EU konfrontiert, da diese auf die räumlichen Strukturen direkt vor Ort in den Mitgliedstaaten einwirkt.

Die 2008 als Band 28 der Schriften zur Raumordnung und Landesplanung erschienene Arbeit von Peter Plander verfolgt das Ziel, die mit dieser Sachlage zusammenhängenden Herausforderungen für die junge ungarische Raumordnungspolitik aufzuzeigen und darüber hinaus entsprechende Lösungsvorschläge bzw. Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die einerseits zu einer ihrem Grundverständnis nach funktionierenden, ordnenden und koordinierenden Raumordnungspolitik beitragen und dadurch andererseits zu einem effizienten Einsatz von europäischen Fördermitteln in Ungarn führen können (ISBN 978-3-937006-06-2).

❒

Grenzüberschreitende Kooperation

Die grenzüberschreitende Kooperation in der Raumentwicklung an der deutsch-polnisch-tschechischen Grenze befindet sich derzeit in einem Dilemma. Die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit sind so gut wie noch nie und der Bedarf an grenzüberschreitender Koordination ist groß. In der Förderperiode 2007–2013 der Europäischen Strukturfonds stehen enorme Fördermittel für territoriale Zusammenarbeit zur Verfügung. Ein neues Rechtsinstrument, die Europäischen Verbünde für Territoriale Zusammenarbeit, ermöglicht die Überwindung unzureichender rechtlicher Rahmenbedingungen. Der Prozess der Europäischen Integration schreitet weiter voran, und das Schengener Abkommen ist in Polen und der Tschechischen Republik im Dezember 2007 in Kraft getreten. Die europäische und nationale Raumentwicklungspolitik fordert zunehmend grenzüberschreitende Koordination vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, dem Ziel einer polyzentralen Raumentwicklung und der Vermeidung raumstruktureller Fehlentwicklungen. Jedoch sind häufig Kooperationsprozesse zu beobachten, die nicht kontinuierlich sind oder hinter den hohen an sie gestellten Erwartungen zurückbleiben. Dies führt zu Kooperationsmüdigkeit unter den betroffenen Akteuren.

In seiner Dissertation untersucht Robert Knippschild, was grenzüberschreitende Kooperation für die Raumentwicklung in Grenzräumen leisten kann und welche Erfolgsfaktoren sich für die Zusammenarbeit im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum identifizieren lassen. Es wird gezeigt, wie sich grenzüberschreitende Kooperation mit fortschreitender Kooperationserfahrung entwickelt und welche Rolle dabei insbesondere die räumliche Dimension spielt. Darüber hinaus werden für die Akteure in der Praxis Erfahrungen aufbereitet und Empfehlungen zur Gestaltung und zum Management grenzüberschreitender Kooperationsprozesse in der Raumentwicklung formuliert. Die Arbeit ist 2008 als Band 48 der IÖR Schriften erschienen (ISBN 978-3-933053-31-2).

Cross-border Governance and Sustainable Spatial Development – Mind the Gaps!

Border regions in Central Europe undergo tremendous changes due to the enlargement of the European Union and the related processes of Europeanization, bordering and re-bordering. The book (Markus Leibenath, Ewa Korcelli-Olejniczak, Robert Knippschild (Eds.)) explores the consequences of these processes for cross-border governance and spatial planning in Central Europe. It combines analyses of European and national framework conditions with case studies from border regions and cities in 8 countries. The focus is on generic questions of cross-border planning and cooperation as well as on selected sectors such as nature conservation, transport and economic development. The book is written for the international scientific community and for practitioners in the fields of spatial planning, cross-border cooperation, environmental protection and structural policy. It is published 2008 within the framework of Central and Eastern European Development Studies (ISBN: 978-3-540-79243-7).

❒

Kunreuth – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eines Dorfes im stadtnahen ländlichen Raum

Am Beispiel des Ortes Kunreuth im oberfränkischen Landkreis Forchheim untersucht Hermann Ulm den vergangenen Strukturwandel eines Dorfes im stadtnahen ländlichen Raum, die gegenwärtige Lebenswirklichkeit der örtlichen Bevölkerung sowie die Frage der zukünftigen dörflichen Entwicklung nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Die Entwicklung Kunreuths wird innerhalb eines Spannungs- bzw. Prozessfeldes positioniert, welches von zwei einander entgegengesetzten Entwicklungstendenzen bestimmt wird: auf der einen Seite von der zentrendominierten suburbanen Überprägung des Stadtumlandes, auf der anderen Seite von wirtschaftlichen und sozialen Entwertungsprozessen, wie sie für viele ländlich-periphere Gebiete prägend sind. Die Studie geht nicht typisierend vor, sondern versucht, den einzelnen Ort und die individuellen, lokalen Prozesse, Strukturen, Probleme und Potenziale umfassend zu analysieren, zu verstehen und unter dem zentralen Maßstab der Lebensqualität der dörflichen Bevölkerung zu interpretieren und zu bewerten. „Kunreuth – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eines Dorfes im stadtnahen ländlichen Raum. Wandlungsprozesse und Perspektiven für eine nachhaltige dörfliche Entwicklung zwischen Suburbanisierung und sozioökonomischer Entwertung“ ist als Sonderband 37 der Erlanger Geographischen Arbeiten erschienen.

Raum-Zeit-Probleme in der Kulturlandschaft

Will man Landschaften erforschen, steht man einem komplexen Beziehungsgefüge aus Natur mit ihren ökologischen Gegebenheiten und den vielfältigen Einflüssen des wirtschaftenden Menschen gegenüber. Diese inhaltliche Breite erfordert auch eine enorme methodische Vielfalt der Forschung. Die Jahrestagung 2005 der deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Landschaftsökologie (IALE-D) versuchte sich dieser Komplexität mit dem Thema „Raum-Zeit-Probleme in der Kulturlandschaft“ zu nähern. Aus dieser Tagung ist die gleichnamige Veröffentlichung entstanden – erschienen als Band 51 der Schriftenreihe „culterra“ des Instituts für Landespflege an der Universität Freiburg. Schwerpunktmäßig werden die Themen „Wald als Kulturlandschaft“, „Wasserhaushalt und Gewässer“ sowie „Zoologische Aspekte der Landschaftsökologie“ behandelt. Die Diversität an Forschungsansätzen, Meinungen und Schulen birgt ein ungeheueres Potenzial, Synergien aufzudecken und zukünftig zu nutzen. Der Tagungsband möchte in seiner bunten Palette von Beiträgen aus den unterschiedlichen Fachrichtungen und Ländern als Aufforderung verstanden werden, beim Thema „Landschaft“ zunehmend in internationalem sowie inter- und transdisziplinärem Kontext zu denken (ISBN 978-3-928244-83-1).

❒

Landschaftswahrnehmung im Müritz-Nationalpark

Band 54 der Schriftenreihe „culterra“ des Instituts für Landespflege an der Universität Freiburg befasst sich mit der Landschaftswahrnehmung von Anwohnern und Besuchern des Müritz-Nationalparks. Darüber hinaus entwirft der Autor des Bandes, Gerd Lupp, eine Prognose zu erwartender Veränderungen im Landschaftsbild. Die Ziele der Nationalparkverwaltung sind die Renaturierung von Feuchtgebieten, die Beschleunigung des Wandels von

jüngeren, künstlich begründeten Kiefernforsten hin zu laubholzdominierten Beständen, ältere Wälder der natürlichen Entwicklung zu überlassen und die Extensivierung der Landwirtschaft auf Teilflächen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das Landschaftsbild wurden bislang jedoch kaum erforscht. Daher werden in der vorliegenden Arbeit Veränderungen in den Wäldern und den landwirtschaftlich genutzten Bereichen des Müritz-Nationalparks, die in den kommenden Jahrzehnten eintreten könnten, genauer analysiert. Ebenso wird untersucht, welche Landschaftspräferenzen im Park bei den Besuchern und Anwohnern bestehen und wie die Landschaft wahrgenommen wird (ISBN 978-3933390417).

Sanierung und Umbau – versus Neubau?

K. Gruhler et al. haben die Sanierung, die Umnutzung und den Neubau, aber auch die Nutzung und Instandhaltung von Wohn- und Gewerbebauten im ländlichen Raum hinsichtlich stofflich-energetischer und kostenrelevanter Aspekte untersucht. Die zentrale Frage war: Lohnt sich aus ökonomischer und ökologischer Perspektive der Erhalt alter Bausubstanz? Drei synthetische Gebäuderepräsentanten wurden auf Basis konkreter Fallbeispiele definiert: „Wohnstallhaus", „Neubauernhaus" und „Scheune". Daran wurden Ressourcen- und Kostenaufwendungen berechnet und analysiert. Das synthetische Vorgehen war notwendig, um verschiedene Konstruktionen sowie deren Kombinationsmöglichkeiten zu betrachten. Zur Illustration der in der Praxis üblichen Sanierungs- und Umbaubandbreite sind ausgewählte Beispielobjekte dokumentiert.

Es war Ziel der Untersuchungen, die Wirkungen (stofflich, energetisch, kostenseitig), die sich im Rahmen von Sanierung und Umbau durch Maßnahmen an der Gebäudehülle der Gebäuderepräsentanten ergeben, zu analysieren. Kosten und ökologische Wirkungen verschiedener Heizsysteme und Energieträger sollten nicht untersucht werden. Dementsprechend wurden haustechnische Daten und der Energiemix der drei unterschiedlichen Gebäuderepräsentanten konstant gehalten. Die Bestimmung des Energiemixes erfolgte auf Grundlage der im ländlichen Raum am meisten genutzten Energieträger. Informationen unter: S.Sauer@ioer.de.

Veranstaltungshinweise

9.–11. Oktober 2008 in Berlin und Potsdam

Geld und Stadt: Jahrestagung 2008 der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

Veranstalter: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung

Kontakt: Geschäftsstelle der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-31, Fax: +49 30 230822-32

E-Mail: info@dasl.de

Weitere Informationen: www.dasl.de

❐

13.–14. Oktober in Wien

Powering the Urban Future

Veranstalter: Ecoenergen

Kontakt: ECOENERGEN, Wohllebengasse 7, 1040 Wien, Österreich

Tel.: +43 1 50407-47

E-Mail: office@ecoenergen.com

Weitere Informationen: www.ecoenergen.com

15. Oktober in Düsseldorf

Kurs: Gutachten in der Planung

Veranstalter: Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau

Kontakt: Institut für Städtebau, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-0, Fax: +49 30 2308222-2

E-Mail: info@staedtebau-berlin.de

Weitere Informationen: www.staedtebau-berlin.de

❐

16. Oktober in München

Fachtagung: Integrierte Planung – erfolgreiche Projekte und ihr Management

Veranstalter: Institut für Städtebau und Wohnungswesen

Kontakt: Institut für Städtebau und Wohnungswesen München der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Steinheilstraße 1, 80333 München

Tel.: +49 89 542706-0, Fax: +49 89 542706-23

E-Mail: office@isw.de

Weitere Informationen: www.isw.de

❐

16.–18. Oktober in Plauen, Euregio EGRENSIS

Mitgliederversammlung und Jahreskonferenz der AGEG. Zusammenarbeit in Lehre und Forschung über Grenzen – die Chance zur regionalen Entwicklung für europäische Nachbarn

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)

Kontakt: Geschäftsstelle Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), Enscheder Str. 362, 48599 Gronau

Tel.: +49 2562 70219, Fax: +49 2562 70259

E-Mail: info@aebr.net

Weitere Informationen: www.aebr.net

❐

23. Oktober in Hof/Saale

Fachtagung: Hintergrundwerte in Böden Bayerns

Veranstalter: Bayerisches Landesamt für Umwelt

Kontakt: Bayerisches Landesamt für Umwelt, Bürgermeister-Ulrich-Straße 160, 86179 Augsburg

Tel.: +49 821 9071-0, Fax: +49 821 90715556

Weitere Informationen: www.lfu.bayern.de

❐

29. –31. Oktober in Berlin

Kurs: Stadtentwicklung und kommunaler Klimaschutz

Veranstalter: Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau

Kontakt: Institut für Städtebau, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-0, Fax: +49 30 2308222-2

E-Mail: info@staedtebau-berlin.de

Weitere Informationen: www.staedtebau-berlin.de

❐

30.–31. Oktober in Valencia, Spanien

Annual Seminar 2008: Mobilising partners in Technology Transfer

Veranstalter: Association of European Science & Technology Transfer Professionals

Kontakt: ASTP, Koninginnegracht 22, 2514 AB The Hague, The Netherlands

Tel.: +31 70 3926374, Fax: +31 70 3926375

E-Mail: secretary@astp.net

Weitere Informationen: www.astp.net

❐

31. Oktober in Vaduz, Liechtenstein

Siedlung und Verkehr: Perspektiven am Beispiel Alpenrheintal

Veranstalter: Hochschule Liechtenstein

Kontakt: Prof. Dr. Ing. Hans-Henning von Winning, Hochschule Liechtenstein, Fürst-Franz-Josef-Strasse, 9490 Vaduz, Liechtenstein

Tel.: +42 3 26511-28, Fax: +42 3 26511-21

E-Mail: henning.vonwinning@ hochschule.li

Weitere Informationen: www.hochschule.li/architektur

❐

3. November in Berlin

Kurs: Städtebau und Handwerk

Veranstalter: Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau

Kontakt: Institut für Städtebau, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-0, Fax: +49 30 2308222-2

E-Mail: info@staedtebau-berlin.de

Weitere Informationen: www.staedtebau-berlin.de

❐

3.–4. November in Berlin

Kurs: Bauen und Wohnen in der Stadt

Veranstalter: Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau

Kontakt: Institut für Städtebau, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-0, Fax: +49 30 2308222-2

E-Mail: info@staedtebau-berlin.de

Weitere Informationen: www.staedtebau-berlin.de

3.–4. November in Leipzig

Wissenschaftliche Konferenz: Anderes Klima. Andere Räume! Zum Umgang mit Erscheinungsformen des veränderten Klimas im Raum

Veranstalter: Universität Leipzig, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft (ISB)

Kontakt: Prof. Johannes Ringel, Dipl.-Ing. Christian Strauß, Universität Leipzig, Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft (ISB), Jahnallee 59, 04109 Leipzig

E-Mail: klima@wifa.uni-leipzig.de

Weitere Informationen: www.uni-leipzig.de/isb/andere-raeume/

❐

5.–6. November in Hannover

Kurs: Klimaschutz auf überörtlicher Ebene

Veranstalter: Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau

Kontakt: Institut für Städtebau, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-0, Fax: +49 30 2308222-2

E-Mail: info@staedtebau-berlin.de

Weitere Informationen: www.staedtebau-berlin.de

❐

6. November in München

Einzelhandel – Konzepte zur Sicherung der Nahversorgung

Veranstalter: Institut für Städtebau und Wohnungswesen

Kontakt: Institut für Städtebau und Wohnungswesen München der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Steinheilstraße 1, 80333 München

Tel.: +49 89 542706-0, Fax: +49 89 542706-23

E-Mail: office@isw.de

Weitere Informationen: www.isw.de

❐

13. November in München

Radverkehr im 21. Jahrhundert – Infrastrukturen für urbane Mobilität und Mobilitätskultur

Veranstalter: Institut für Städtebau und Wohnungswesen

Kontakt: Institut für Städtebau und Wohnungswesen München der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Steinheilstraße 1, 80333 München

Tel.: +49 89 542706-0, Fax: +49 89 542706-23

E-Mail: office@isw.de

Weitere Informationen: www.isw.de

❐

13.–14. November in Bergisch-Gladbach

Fachtagung: Landschaft und Gesundheit

Veranstalter: Fachbereich Umwelt des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR), Thomas-Morus-Akademie

Bensberg, Institut für Hygiene und Öffentliche Gesundheit der Universität Bonn

Kontakt: Christa Linden, Landschaftsverband Rheinland (LVR), Fachbereich Umwelt, Ottoplatz 2, 50679 Köln

Tel.: +49 221 809-3780, Fax: +49 221 809-2461

E-Mail: Christa.Linden@lvr.de

Weitere Informationen:
www.lvr.de/derlvr/umwelt/fachveranstaltungen

❒

26.–27. November in Stuttgart

8. Fachkonferenz: Junge Menschen und Mobilität

Kontakt: Lutz Rasemann, Landesinstitut für Schulsport Baden-Württemberg (LIS), Projektleitung Verkehr und Mobilität, Reuteallee 40, 71634 Ludwigsburg

Tel.: +49 7141 140-644, Mobil: +49 163 7752789

E-Mail: Lutz.Rasemann@lis.kv.bwl.de

Weitere Informationen: www.vdv.de

ANZEIGE

ISW

Institut für Städtebau und Wohnungswesen München

Institut der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

Adresse:
Steinheilstraße 1
80333 München
Germany

Fon 089 54 27 06-0
Fax 089 54 27 06-23
E-Mail: office@isw.de
Internet: www.isw.de

ISW-VERANSTALTUNGEN HERBST 2008

Einzelheiten zu den Themen, den Referenten, den Tagungsorten und Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.isw.de
Wir gewähren ARL-Mitgliedern einen Rabatt von 10% auf unsere Teilnahmegebühren.

17|08 **Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht**
am **06**|**10**|2008 und **07**|**10**|2008 in Würzburg
18|08 **Integrierte Planung und ihr Management**
am **16**|**10**|2008 in München
19|08 **Lärmminderungplanung**
am **21**|**10**|2008 in München
20|08 **Neuland grenzenlos - Marktredwitz**
am **28**|**10**|2008 in Marktredwitz
21|08 **Wirtschaftlichkeitsberechnungen für städtebauliche Entwürfe**
am **30**|**10**|2008 in München
22|08 **Einzelhandel, Nahversorgung**
am **06**|**11**|2008 in München
23|08 **Radverkehr im 21. Jahrhundert**
am **13**|**11**|2008 in München
24|08 **Bayerische Bauordnung - Aktuelles**
am **14**|**11**|2008 in München

Hinweis:
Lernwerkstatt: **10**|09 und **12**|09
Handeln und Kommunizieren in komplexen Planungsprozessen - Prozess- und Handlungskompetenz erlernen!
Viertägige Lernwerkstatt in Kassel im Mai 2009

27. November in Kaiserslautern

Fachkolloquium: Extremereignisse in der Wasserwirtschaft

Veranstalter: Fachgebiet Wasserbau und Wasserwirtschaft TU Kaiserslautern in Kooperation mit dem Landesamt für Umwelt und Wasserwirtschaft und der Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz

Kontakt: Fachgebiet Wasserbau und Wasserwirtschaft, Technische Universität Kaiserslautern, Janine Müller, M.Sc., Paul-Ehrlich-Straße 14, 67663 Kaiserslautern

Tel.: +49 631 205-4115, Fax: +49 631 205-3904

E-Mail: janine.mueller@rhrk.uni-kl.de

Weitere Informationen:
www.uni-kl.de/wcms/aktuellfww0.html

❒

27.–28. November in Berlin

Kurs: Städtebau und Energie

Veranstalter: Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau

Kontakt: Institut für Städtebau, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-0, Fax: +49 30 2308222-2

E-Mail: info@staedtebau-berlin.de

Weitere Informationen: www.staedtebau-berlin.de

27.–28. November in Halle a. d. Saale

2nd Halle Forum on Urban Economic Growth: Including Universities and Research Institutes into Strategies for Urban Growth in De-industrialised Regions and Post-transition Economies

Veranstalter: Halle Institute for Economic Research (IWH)

Kontakt: Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Halle Institute for Economic Research, Department of Urban Economics, 06108 Halle

Tel.: +49 345 7753-60

E-Mail: martin.rosenfeld@iwh-halle.de

Weitere Informationen: www.iwh-halle.de

❒

1.–2. Dezember in Berlin

Kurs: Flächennutzungsplan

Veranstalter: Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau

Kontakt: Institut für Städtebau, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

Tel.: +49 30 230822-0, Fax: +49 30 2308222-2

E-Mail: info@staedtebau-berlin.de

Weitere Informationen: www.staedtebau-berlin.de

4R Raumwissenschaftliches Netzwerk
ARL • IfL • IÖR • IRS

KULAkon – DFG fördert Verbundprojekt zur Konstituierung von Kulturlandschaft

In den vier von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Einzelprojekten des Gesamtvorhabens „KULAkon – Konstituierung von Kulturlandschaft" wollen Forscher jetzt analysieren, welche gesellschaftlichen Prozesse zu der Bezeichnung von Räumen als Kulturlandschaften und zu landschaftlichen Kooperationsprozessen führen. Drei raumwissenschaftliche Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft sowie die TU Berlin beteiligen sich an dem auf drei Jahre angelegten Vorhaben.

Die miteinander vernetzten KULAkon-Projekte entstanden auf Initiative des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden, des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) in Leipzig und des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner. In dem durch Dr. Markus Leibenath geleiteten IÖR-Projekt geht es um die Diskurse, die zur Konstituierung grenzüberschreitender Kulturlandschaften führen: Welche Akteure finden sich zu grenzüberschreitenden Kulturlandschaftskoalitionen zusammen und welche Interessen- und Machtstrukturen bilden sich dabei heraus? Prof. Dr. Heiderose Kilper und Ludger Gailing vom IRS beschäftigen sich mit den sektoralen Institutionensystemen, die für Steuerungsansätze im Umgang mit der Kulturlandschaft von Bedeutung sind, also z. B. den gesetzlichen Regelungen sowie den Wertungen und Bedeutungszuweisungen, die sie vermitteln. Dr. Sabine Tzschaschel und Dr. Monika Micheel vom IfL befassen sich mit der Frage, wie die Bevölkerung in ihrem Alltag die Kulturlandschaft wahrnimmt und symbolisch besetzt. Prof. Dr. Stefan Heiland von der TU Berlin untersucht, welche Vorstellungen von Kulturlandschaft in kommunalen Landschaftsplänen enthalten sind und ob diese Vorstellungen aktuellen Rahmenbedingungen der Landschaftsentwicklung gerecht werden.

IfL ist Partner im EU-Projekt DERREG

Ziel des im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm geförderten Projekts „Developing Europe's Rural Regions in the Era of Globalization (DERREG): An Interpretative Model for Better Anticipating and Responding to Challenges for Regional Development in an Evolving Internationalisation" ist es, ein Interpretationsmodell zu entwickeln, das regionale Akteure dabei unterstützt, den mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen vor allem in benachteiligten ländlichen Regionen zu begegnen. Das Projekt mit neun europäischen Partnern will einen Beitrag zum besseren Verständnis peripherer Regionen leisten. Darüber hinaus sollen sich regionale Entscheidungsträger beraten und eine Best-practice-Strategie soll identifiziert werden.

Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) ist verantwortlich für die Leitung des Schwerpunkts „Natürliches Potenzial und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume". Weitere Schwerpunkte sind die Themen „Globales Engagement und lokale Verankerung von ländlichen Unternehmen", „Internationale Mobilität und Migration der Landbevölkerung" sowie „Weiterbildung, Wissensgesellschaft und ‚governance'". Die vier Themenkomplexe werden im Rahmen von zehn Fallstudien in verschiedenen Typen ländlicher Regionen bearbeitet: Oevre Norrland (Schweden), West Region (Irland), Alytus (Litauen), Goriška und Pomurska (Slowenien), Galizien (Spanien), Brnensky (Südmähren, Tschechische Republik), Westerkwartier (Niederlande), Regierungsbezirk Dresden und Saarland.

Weitere Informationen unter www.ifl-leipzig.de (Forschung > Regionale Geographie > Periphere Regionen).

IRS unterzeichnet den „Letter of intent" für die Forschungsplattform zum Klimawandel

Am 18. März 2008 hat Prof. Dr. Heiderose Kilper, Direktorin des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner, im Rahmen der brandenburgischen Initiative „Forschungsplattform zum Klimawandel" für das IRS den „Letter of intent" zur Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit im Rahmen der Forschungsplattform unterzeichnet. Die Veranstaltung im GeoForschungsZentrum Potsdam (GFZ) fand im Beisein von Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka statt, die das Dokument gemeinsam mit Präsidenten bzw. Direktoren von 16 Brandenburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen unterzeichnet hatte. Themen der Forschungsplattform – als Foren organisiert – sind Landnutzung, Stadt- und Regionalentwicklung, Natur im Wandel, Energie, Biomasse und globale Klimaforschung sowie die Nachwuchsförderung. Dr. Timothy Moss (IRS) leitet das Forum Stadt- und Regionalentwicklung. Ziel der Plattform ist es, für den Bereich der Klimaforschung zu einer Bündelung vorhandener Forschungskompetenzen in Brandenburg zu gelangen.

Kontakt im IRS:
Dr. Timothy Moss, Tel. (+49-3362) 793185
E-Mail: MossT@irs-net.de

ARL Zeitschriftenschau

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-Nachrichten in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

1. **Theoretische und methodische Grundlagen**
   (Theorie der Raumentwicklung, Konzeptionen der Raumpolitik, Methodenfragen)
2. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland**
   (alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
3. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland**
   (alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
4. **Nachhaltige Raumentwicklung**
5. **Umwelt**
6. **Wirtschaft**
   (Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, regionale Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Tourismus)
7. **Soziales**
   (Bevölkerung, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Lebensstile etc.)
8. **Infrastruktur**
   (Verkehr, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Bildung etc.)
9. **Raumbezogene Planung**
   (Planung auf allen Ebenen: Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Stadt- und Regionalplanung, Kommunalplanung; Planungsrecht; neue Planungsformen; Arbeitsmittel der räumlichen Planung)
10. **Grenzüberschreitende Kooperation und Planung**

Die Aufsätze werden nur einmal – nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt – einer dieser Rubriken zugeordnet.

1. Theoretische und methodische Grundlagen

Fleischmann, Katharina: Von Raumbildern und neuen Wegen in der Landes- und Länderkunde. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 82 (2008), H. 1, S. 55-72.

Fürst, Dietrich: Metropolregionen, Wissensregion und Governance. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 3, S. 219-229.

Schafranek, Matthias: Die evolutionäre Grundlage Poppers Drei-Welten-Lehre: eine unberücksichtigte Perspektive in der humanökologischen Theoriendiskussion der Geographie. Geographische Zeitschrift, Bd. 94 (2006), H. 3, S. 129-142.

Sternberg, Rolf / Thomi, Walter: Cluster – zur Dynamik von Begrifflichkeiten und Konzeptionen. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 52 (2008), H. 2-3, S. 73-78.

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

Bock, Sabine: Die Entwicklung der Definition und Wahrnehmung von Baudenkmalen in der ländlichen Kulturlandschaft. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 82 (2008), H. 1, S. 33-41.

Denecke, Dietrich: Die Darstellung des ländlichen Siedlungsraumes im Rahmen einer landeskundlichen Bestandsaufnahme: Das Beispiel der Buchreihe „Landschaften in Deutschland". Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 82 (2008), H. 1, S. 7-18.

Gatzweiler, Hans-Peter / Schlömer, Claus: Zur Bedeutung von Wanderungen für die Raum- und Stadtentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung, H. 3-4 (2008), S. 245-259.

Lenk, Thomas / Strauß, Christian / Weidner, Silke: Anderes Klima – Andere Räume – Handlungsebenen in der räumlichen Steuerung. PLANERIN, H. 2 (2008), S. 13-14.

Pütz, Thomas / Schlömer, Claus: Wanderungen im Bezugssystem der metropolitanen Großregion. Informationen zur Raumentwicklung, H. 3-4 (2008), S. 171-184.

Siedentop, Stefan: Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. Informationen zur Raumentwicklung, H. 3-4 (2008), S. 193-210.

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

Battis, Ulrich: Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts. Umwelt- und Planungsrecht, Bd. 28 (2008), H. 6, S. 201-207.

Breda-Vázquez, Isabel / Oliveira, Carlos: Coalition-building in Portuguese Spatial Planning: Is There a Southern

European Context? European Planning Studies, vol. 16 (2008), no. 6, pp. 761-784.

Bucher, Hansjörg / Mai, Ralf: Die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Europas. Informationen zur Raumentwicklung, H. 3-4 (2008), S. 141-151.

Elisei, Pietro / Sept, Ariane: Nachhaltige Stadtentwicklung im Mittelmeerraum. RaumPlanung, H. 138-139 (2008), S. 153-158.

Meyer, Frank: Aktuelle Stadtentwicklung und „Urban Governance" in Marokko und Tunesien. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 7-8, S. 34-41.

Schremmer, Christof: Raumentwicklung und Kohäsion. Divergente Strukturen für globale Herausforderungen. RAUM, H. 70 (2008), S. 33-37.

Smętkowski, Maciej / Gorzelak, Grzegorz: Metropolis and its Region – New Relations in the Information Economy. European Planning Studies, vol. 16 (2008), no. 6, pp. 727-743.

Zehner, Klaus: Vom maroden Hafen zur glitzernden Nebencity: die London Docklands. Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten Strukturwandel. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 3, S. 271-281.

4. Nachhaltige Raumentwicklung

Bardt, Hubertus: Immobilien und Klimaschutz: Potenziale und Hemmnisse. IW-Trends, Bd. 35 (2008), H. 2, S. 27-40.

Brody, Samuel D. / Zahran, Sammy / Grover, Himanshu / Vedlitz, Arnold: A spatial analysis of local climate change policy in the United States: Risk, stress, and opportunity. Landscape and Urban Planning, vol. 87 (2008), no. 1, pp. 33-41.

Mehaffey, Megan / Wainger, Lisa / Wade, Timothy / Yankee, Dennis / Smith, Elizabeth / Bott, Vicki / Yarbourgh, Rebecca: Assessing vulnerabilities from alternative development patterns. Landscape and Urban Planning, vol. 87 (2008), no. 1, pp. 84-95.

Mitter, Hermine / Stöglehner, Gernot: Nah- und Fernwärmeversorgung aus forstlicher Biomasse als Inhalt örtlicher Raumplanung in Österreich. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 5, S. 313-317.

Oppermann, Rainer / Krismann, Alfons / Gelhausen, Jessica: Die Ökologische Ressourcenanalyse und Bewertung in der Flurneuordnung (ÖRA). Ein neues Planungsinstrument in der Flurneuordnung in Baden-Württemberg. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 40 (2008), H. 7, S. 197-203.

Reeg, Tatjana / Möndel, Alexander / Brix, Mathias / Konold, Werner: Naturschutz in der Agrarlandschaft – neue Möglichkeiten mit modernen Agroforstsystemen? Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 6, S. 261-266.

5. Umwelt

Antwi, Effah K. / Krawczynski, Rene / Wiegleb, Gerhard: Detecting the effect of disturbance on habitat diversity and land cover change in a post-mining area using GIS. Landscape and Urban Planning, vol. 87 (2008), no. 1, pp. 22-32.

Buller, Henry: Safe from the wolf: biosecurity, biodiversity, and competing philosophies of nature. Environment and Planning A, vol. 40 (2008), no. 7, pp. 1583-1597.

Danwitz, Thomas von: Aktuelle Fragen der Grundrechte, des Umwelt- und Rechtsschutzes in der Europäischen Union. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 9, S. 537-545.

Durner, Wolfgang: Die Reform des Wasserrechts im Referentenentwurf zum Umweltgesetzbuch. Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 5, S. 293-303.

Durner, Wolfgang / Ludwig, Rasso: Paradigmenwechsel in der europäischen Umweltrechtsetzung? Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 7, S. 457-467.

Erbguth, Wilfried / Schubert, Mathias: UGB 09: die integrierte Vorhabengenehmigung im Referentenentwurf eines Umweltgesetzbuches. Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 7, S. 474-479.

Ferdinand, Natalie: Die Grundwasserrichtlinie. Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 7, S. 487-488.

Geist, Helmut J.: Wandel oder Kollaps? Theoretische Überlegungen zu globaler Umweltveränderung und Landnutzung in hotspots der Regenwald- und Trockenzone. Geographische Zeitschrift, Bd. 94 (2006), H. 3, S. 143-159.

Girvetz, Evan H. / Thorne, James H. / Berry, Alison M. / Jaeger, Jochen A.G.: Integration of landscape fragmentation analysis into regional planning: A statewide multi-scale case study from California, USA. Landscape and Urban Planning, vol. 86 (2008), no. 3-4, pp. 205-218.

Guckelberger, Annette: Die planerische Vorhabengenehmigung nach dem UGB-Referentenentwurf. Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 6, S. 369-376.

Hönes, Ernst-Rainer: Zum Schutz des Kultur- und Naturerbes auf nationaler Ebene. Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 5, S. 319-325.

Jessel, Beate: Zukunftsaufgabe Klimawandel – der Beitrag der Landschaftsplanung. Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 7, S. 311-317.

Kausche, Matthias: Die Umsetzung des Naturschutzgroßprojekts „Drömling/Sachsen-Anhalt". Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 7, S. 305-310.

Kopf, Hannes: Naturschutzrecht im Spannungsfeld von Bauplanungsrecht und Raumordnungsrecht. Natur und Recht, Bd. 30 (2008), H. 6, S. 396-398.

Lütkes, Stefan: Artenschutz in Genehmigung und Planfeststellung. Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 27 (2008), H. 6, S. 598-602.

Mitschang, Stephan: Die Belange von Klima und Energie in der Raumordnung. Deutsches Verwaltungsblatt, Bd. 123 (2008), H. 12, S. 745-753.

Philipp, Renate: Artenschutz in Genehmigung und Planfeststellung. Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Bd. 27 (2008), H. 6, S. 593-597.

Reeg, Tatjana / Brix, Mathias: Zielgebietsauswahl für Agroforstsysteme. Vorschläge unter Berücksichtigung der verschiedenen Interessen in der Landnutzung.

Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 40 (2008), H. 6, S. 173-179.

Warren, Steven D. / Büttner, Reiner: Aktive militärische Übungsplätze als Oasen der Artenvielfalt. Studie zur positiven Auswirkung von „Landschaftsstörung" auf bedrohte Arten. Natur und Landschaft, Bd. 83 (2008), H. 6, S. 267-272.

Woolmer, Gillian / Trombulak, Stephen C. / Ray, Justina C. / Doran, Patrick J. / Anderson, Mark G. / Baldwin, Robert F. / Morgan, Alexis / Sanderson, Eric W.: Rescaling the Human Footprint: A tool for conservation planning at an ecoregional scale. Landscape and Urban Planning, vol. 87 (2008), no. 1, pp. 42-53.

Wulfert, Katrin / Müller-Pfannenstiel, Klaus / Lüttmann, Jochen: Ebenen der artenschutzrechtlichen Prüfung in der Bauleitplanung. Neue Voraussetzungen mit dem novellierten BNatSchG. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 40 (2008), H. 6, S. 180-185.

6. Wirtschaft

Alecke, Björn / Gorning, Martin / Jaedicke, Wolfgang / Koziol, Matthias / Untiedt, Gerhard / Walther, Jörg: Städtebaulicher Investitions- und Förderbedarf 2007 bis 2013 in Deutschland. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 3, S. 282-289.

Anger, Christina: Die Entwicklung der Akademikerbeschäftigung. IW-Trends, Bd. 35 (2008), H. 1, S. 29-42.

Bathelt, Harald / Dewald, Ulrich: Ansatzpunkte einer relationalen Regionalspolitik und Clusterförderung. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 52 (2008), H. 2-3, S. 163-179.

Belitz, Heike: Deutlicher Zusammenhang zwischen Innovationsfähigkeit und Einstellungen zu Wissenschaft und Technik im internationalen Vergleich. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 77 (2008), H. 2, S. 47-64.

Brenner, Thomas: Cluster dynamics and policy implications. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 52 (2008), H. 2-3, S. 146-162.

Buchholz, Frank / Wild, Ulrich: Regionale Wertschöpfung durch Klimaschutz. PLANERIN, H. 2 (2008), S. 21-22.

Carruthers, John I. / Úlfarsson, Gudmundur F.: Does 'Smart Growth' Matter to Public Finance? Urban Studies, vol. 45 (2008), no. 9, pp. 1791-1823.

Chincarini, Ludwig / Asherie, Neer: An analytical model for the formation of economic clusters. Regional Science and Urban Economics, vol. 38 (2008), no. 3, pp. 252-270.

Dur, Robert / Staal, Klaas: Local public good provision, municipal consolidation, and national transfers. Regional Science and Urban Economics, vol. 38 (2008), no. 2, pp. 160-173.

Einig, Klaus / Zaspel, Brigitte: Wirtschaftliche Renaissance der Städte? Zum Einfluss der Branchenstruktur auf die Beschäftigung. Wirtschaftsdienst, Bd. 88 (2008), H. 6, S. 404-412.

Engel, Dirk: Der Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen nach der EU-Definition: erste Ergebnisse auf Basis des IAB-Betriebspanels für Deutschland. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 228 (2008), H. 1, S. 64-83.

Fritsch, Michael: Die Arbeitsplatzeffekte von Gründungen – Ein Überblick über den Stand der Forschung. Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Bd. 41 (2008), H. 1, S. 55-69.

Henn, Sebastian: Formierung und Wirkungsgefüge regionaler Technologiecluster. Das Beispiel Nanotechnologie im Saarland und in Berlin-Brandenburg. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 52 (2008), H. 2-3, S. 95-113.

Kiese, Matthias: Mind the Gap: Regionale Clusterpolitik im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 52 (2008), H. 2-3, S. 129-145.

Koppel, Oliver: Ingenieurarbeitsmarkt in Deutschland: gesamtwirtschaftliches Stellenangebot und regionale Fachkräftelücken. IW-Trends, Bd. 35 (2008), H. 2, S. 81-95.

Lüttke Daldrup, Engelbert: Editorial – Wohngeld: Deutliche Leistungsverbesserungen. Bundesbaublatt, Bd. 57 (2008), H. 5, S. 1-3.

Menzel, Max-Peter: Zufälle und Agglomerationseffekte bei der Clusterentstehung. Eine vergleichende Diskussion des Core-periphery-Modells, des Window-of-location-opportunity-Konzepts sowie stochastischer Ansätze. Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 52 (2008), H. 2-3, S. 114-128.

Schremmer, Christof: Standortbestimmung einer standortrelevanten Profession. Was die Wirtschaft braucht, und was die Raumplanung kann. RAUM, H. 69 (2008), S. 20-23.

Südekum, Jens: Convergence of the skill composition across German regions. Regional Science and Urban Economics, vol. 38 (2008), no. 2, pp. 148-159.

Titze, Mirko: Beseitigung struktureller Defizite mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Ein Vergleich der Strategien in den neuen Bundesländern. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 3, S. 244-259.

Wishlade, Fiona G.: Competition and Cohesion – Coherence or Conflict? European Union Regional State Aid Reform Post-2006. Regional Studies, vol. 42 (2008), no. 5, pp.753-765.

Woisin, Matthias: Das eingerostete Scharnier: Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern. Wirtschaftsdienst, Bd. 88 (2008), H. 7, S. 446-450.

Ziegler, Astrid: Wirkungen von Standortverlagerung und Ausgliederung auf die Arbeitsbedingungen. WSI Mitteilungen, Bd. 61 (2008), H. 6, S. 328-334.

7. Soziales

Chilla, Tobias / Morhardt, Tobias / Braun, Boris: Jenseits der Speckgürtel: Wanderungsabsichten von Schulabsolventen und der demographische Wandel im ländlichen Raum. Das Beispiel des Landkreises Haßberge in Un-

terfranken. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 3, S. 260-270.

Dallinger, Ursula: Sozialstaatliche Umverteilung und ihre Akzeptanz im internationalen Vergleich: Eine Mehrebenenanalyse. Zeitschrift für Soziologie, Bd. 37 (2008), H. 2, S. 137-157.

Diehl, Katharina: Mögliche Faktoren für die rasche Reduktion der ostdeutschen Übersterblichkeit nach der Wiedervereinigung. Warum leben Ostdeutsche seit der Wiedervereinigung länger? Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 33 (2008), H. 1, S. 89-109.

Diller, Christian / Hawel, Bernd W. / Frank, Keno: Integrierte Schulentwicklungsplanung in ländlichen Regionen. RaumPlanung, H.138-139 (2008), S. 135-140.

Dirksmeier, Peter: Strife in the rural idyll? The relationship between autochthons and in-migrants in scenic regions of South Bavaria. ERDKUNDE, vol. 62 (2008), no. 2, S. 159-171.

Friedrich, Klaus: Binnenwanderung älterer Menschen – Chancen für Regionen im demographischen Wandel? Informationen zur Raumentwicklung, H. 3-4 (2008), S. 185-192.

Grünheid, Evelyn: Die Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die innere Sicherheit in Deutschland. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 33 (2008), H. 1, S. 55-88.

Gundel, Sebastian / Peters, Heiko: Wie gut sind Immigranten in den deutschen Arbeitsmarkt integriert? Wirtschaftsdienst, Bd. 88 (2008), H. 7, S. 467-473.

Haug, Sonja / Rühl, Stefan: Remigration von Zuwanderern in Deutschland. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 6, S. 26-33.

Haustein, Sonja / Hunecke, Marcel / Kemming, Herbert: Mobilität von Senioren. Internationales Verkehrswesen, Bd. 60 (2008), H. 6, S. 181-187.

Otte, Gunnar: Urbanism as a Way of Life? Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland. Zeitschrift für Soziologie, Bd. 37 (2008), H. 2, S. 93-116.

Pries, Ludger: Internationale Migration. Einführung in klassische Theorien und neue Erklärungssätze. Geographische Rundschau, Bd. 60 (2008), H. 6, S. 4-10.

Schneider, Lutz: Alterung und technologisches Innovationspotential. Eine Linked Employer-Employee Analyse (begutachteter Beitrag). Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 33 (2008), H. 1, S. 37-54.

Schröder, Jette: Der Effekt der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Fertilität: Kausalität oder Selbstselektion? Zeitschrift für Soziologie, Bd. 37 (2008), H. 2, S. 117-136.

8. Infrastruktur

Armbrecht, Henrik / Hartwig, Karl-Hans / Petersen, Thomas / Wanner, Karen: Verkehrsinfrastruktur-Benchmarking in Europa. Internationales Verkehrswesen, Bd. 60 (2008), H. 6, S. 228-234.

Bontrup, Heinz-J. / Marquardt, Ralf-M. / Voß, Werner: Liberalisierung in der Elektrizitätswirtschaft: Zuspitzung der Verteilungskonflikte. WSI Mitteilungen, Bd. 61 (2008), H. 4, S.175-183.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Verkehrspolitische Handlungsfelder für eine effiziente Logistik. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom November 2007. Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Bd. 79 (2008), H. 1, S. 1-34.

Moss, Timothy: ‚Cold spots' of Urban Infrastructure: ‚Shrinking' Processes in Eastern Germany and the Modern Infrastructural Ideal. International Journal of Urban and Regional Research, vol. 32 (2008), no. 2, pp. 436-451.

9. Raumbezogene Planung

Breuste, Jürgen / Keidel Thomas: Urbane und suburbane Räume als Kulturlandschaften – planerische Gestaltungsaufgaben. Informationen zur Raumentwicklung, H. 5 (2008), S. 279-288.

Bunge, Thomas: Impact Assessment – Die Prüfung der Folgen von Gesetzentwürfen und Politikentscheidungen. PLANERIN, H. 2 (2008), S. 56-58.

Bunge, Thomas: Impact Assessment – was kommt auf uns zu? UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 5, S. 299-305.

Gailing, Ludger / Kühn, Manfred / Vetter, Andreas: Kulturlandschaftsgestaltung und Raumordnung. Informationen zur Raumentwicklung, H. 5 (2008), S. 261-270.

Kötter, Theo: Flächenmanagement und Bodenordnung in den neuen Ländern – eine Bilanz für die Zeit nach der Wende. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 70 (2008), H. 3, S. 105-116.

Krautzberger, Michael: Bodenschutz im städtebaulichen Planungsrecht. Zur Bodenschutzklausel des Baugesetzbuchs. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 70 (2008), H. 3, S. 117-123.

Krobok, Thomas: 12 Jahre Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der kreisfreien Stadt Osnabrück – ein Erfahrungsbericht. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 5, S. 306-312.

Kühling, Wilfried: Bewertung – das Herz der Umweltprüfung? – Die Bewertung von Umweltauswirkungen benötigt Umweltqualitätsstandards. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 5, S. 291-296.

Kühn, Manfred: Strategische Stadt- und Regionalplanung. Raumforschung und Raumordnung, Bd. 66 (2008), H. 3, S. 230-243.

Sangenstedt, Christof: Weiterentwicklung durch die integrierte Vorhabengenehmigung. UVP-report, Bd. 21 (2007), H. 5, S. 297-298.

Söfker, Wilhelm: Zum Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Raumordnungsgesetzes. Umwelt- und Planungsrecht, Bd. 28 (2008), H. 5, S. 161-168.

10. Grenzüberschreitende Kooperation und Planung

Hartz, Andrea / Peters, Philippe: Landschaftspolitik und Raumplanung in Luxemburg. Informationen zur Raumentwicklung, H. 5 (2008), S. 315-328.

Neue Themen im Forschungsschwerpunkt „Bevölkerung, Sozialstruktur, Siedlungsstruktur“

Am 30. Juni 2008 fand in Hannover ein thematisch explorativ es Fachgespräch zu neuen Fragestellungen im Forschungsschwerpunkt „Bevölkerung, Sozialstruktur, Siedlungsstruktur“ statt. ARL-Präsident Prof. Dr. Mäding, der das Gespräch moderierte, wies eingangs darauf hin, dass es nach Abschluss zahlreicher Projekte – insbesondere zu den räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels – gilt, neue Vorhaben in diesem Themenfeld vorzubereiten. Durch das Fachgespräch soll das Präsidium der ARL bei der Identifizierung, Bewertung und Priorisierung forschungsrelevanter Themen unterstützt werden.

Internationale Migration und Raum

Nach einer inhaltlich breiten, intensiv geführten ersten Diskussionsrunde schlugen die Teilnehmer/innen einvernehmlich die Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema „Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration“ (Arbeitstitel) vor. Sie plädierten dafür, das Thema nicht isoliert, sondern in seiner Verzahnung mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen zu betrachten (z. B. Integrationsmechanismen, Verhältnis zwischen Zugewanderten und anderen, insbesondere benachteiligten sozialen Gruppen in der Gesellschaft, spezifische Anforderungen an Wohnstandorte und Lebensräume).

Der Thematik wurde eine herausragende Bedeutung attestiert. Wegen ihrer großen sozioökonomischen Auswirkungen und gesellschaftlichen Brisanz ist sie auf den politischen Agenden von Bund und Ländern – wie auch der EU – hoch angesiedelt. Die Konzentration von Zuwanderern in städtischen Problemgebieten stellt eine grundlegende Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung dar. Gleichzeitig übt die internationale Migration einen erheblichen Einfluss auf die Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland und Europa aus.

Ein Problem der Bearbeitung stellt die große Komplexität des Themas dar, gleichermaßen im Hinblick auf die im Raum ablaufenden Migrationsprozesse wie auch die politisch-administrativen Handlungsbezüge. So sind die internationalen Migrationsprozesse durch eine zunehmende Diversität der Wandernden und eine Auflösung starrer Muster der Wanderungsverflechtungen zwischen Herkunfts- und Zielländern gekennzeichnet.

Die Integrationsfrage wurde als „soziale Frage schlechthin“ eingestuft. Da Integration zuallererst auf (sub-)lokaler Ebene stattfindet, sind die Kommunen besonders betroffen und gefordert. Es wurde Einigung darüber erzielt, bei den weiteren Arbeiten von vier Aspekten auszugehen, die zentrale Bedeutung für den Erfolg oder das Scheitern von Integrationsprozessen besitzen:

- Bildung (Voraussetzung für qualifizierte berufliche Ausbildung und Tätigkeit)
- Arbeitsmarkt (Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand sind besonders wirksame Integrationsmotoren; große Differenzierung der Arbeitsmärkte mit sehr unterschiedlichen Chancen und Restriktionen, je nach Agglomerationsraumtyp (prosperierend vs. stagnierend/schrumpfend; stark divergierende Chancen für hoch bzw. gering qualifizierte Zuwanderer))
- Wohnungsmarkt (die eigentliche soziale/soziokulturelle Integration findet in erster Linie in der Wohnung, im Wohnhaus und im Wohnumfeld statt)
- Öffentlicher Raum (soziale Kommunikation und Interaktion werfen ein Schlaglicht auf das Ausmaß der Integration im Wohnquartier und Stadtviertel; Aneignung des öffentlichen Raumes verläuft hochgradig differenziert: jede Sozialgruppe sucht sich „ihren“ öffentlichen Raum (oder eben nicht), was die Erarbeitung integrationsfördernder Planungskonzepte und -maßnahmen erschwert.)

Ferner wurde betont, dass die vier Aspekte auch und gerade in ihrem Zusammenwirken und im Hinblick auf regionale Problemlagen zu untersuchen sind. So könne sich der verständliche (Familiensituation) Eigentumswunsch von Migrantinnen und Migranten als „Falle“ erweisen, wenn sie etwa in strukturschwachen ländlichen Gebieten mit niedrigen Boden- und Immobilienpreisen, aber gleichzeitig hoher struktureller Arbeitslosigkeit Eigentum erwerben. Regional bestehen hinsichtlich der Kombination der Effekte der vier Integrationsdeterminanten sehr unterschiedliche Chancen bzw. Konfliktlagen. In diesem Zusammenhang wurde auch hervorgehoben, dass die Aufwertung öffentlicher Räume Verdrängungsprozesse forcieren und dadurch Integration erschweren oder verhindern kann.

Darüber hinaus wurde es für notwendig erachtet, die Untersuchung des Themas „Internationale Migration“ auf verschiedenen räumlichen/raumpolitischen (Handlungs-)Ebenen durchzuführen. Bisher liegen allerdings kaum Ergebnisse entsprechender Mehrebenenanalysen vor. Zwar spielen sich Integrationsprozesse primär auf der lokalen Ebene, und hier wiederum im Stadtteil oder im Quartier ab (Wirksamkeit kultureller Faktoren und Prozesse). Gleichwohl müssen jedoch ebenfalls auf regionaler Ebene Untersuchungen durchgeführt sowie Konzepte und Maßnahmen erarbeitet werden. Und selbst auf der großräumigen Betrachtungsebene spielen Analysen und Handlungsansätze eine wichtige Rolle. So zeigen etwa europaweite Migrationsanalysen, dass die künftige Zuwanderung aus den Ländern in Mittel-, Südost- und Osteuropa aller Voraussicht nach stark überschätzt wird, nicht zuletzt deshalb, weil diese low fertility countries eher zur demographischen Implosion neigen. Demgegenüber lässt eine interkontinentale Betrachtung erkennen, dass sich eher ein Zuwanderungsdruck aus Afrika und Asien aufbaut, mit völlig anderen Anforderungen an die Integration.

Multilokale Lebensführung

Auch der Thematik „Räumliche Auswirkungen veränderter Lebensformen, multilokaler Lebensführung und neuer Haushaltstypen“ wurde eine große Aktualität, Innovativität und Forschungsrelevanz attestiert. Zwar stellen multilokale Haushaltsstrukturen kein neues Phänomen dar (Zweit-/Freizeitwohnsitze), jedoch nehmen sie zahlenmäßig zu und weisen eine stärkere regionale Streuung auf. Von Interesse sind hierbei vor allem die Herausbildung transnationaler Räume, die Auswirkungen eines steigenden Anteils multilokaler Haushalte auf die Flächenanforderungen (Verschärfung der Flächenproblematik durch Verknappung und Preissteigerungen in den ohnehin durch Flächenknappheit gekennzeichneten innerstädtischen Gebieten) und die räumlichen Konsequenzen der Entwicklung einer bilokalen Identität, aber auch die politischen, kulturellen und psychosozialen Effekte einer bipolaren Haushaltsführung (etwa Probleme der politischen Identifikation und des Wählens (nur an einem Ort) bzw. eines entsprechenden Familienlebens (z. B. wachsende Zahl von Scheidungskindern).

Es bestand Einigkeit, für die Thematik „Multilokale Lebensführung“ derzeit keinen Arbeitskreis einzurichten. Eventuell soll durch eine Fachveranstaltung ein Beitrag zur Klärung der raumwissenschaftlichen Implikationen und der Konsequenzen für die Raumentwicklungspolitik geleistet werden.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

LAG-Leitungstreffen 2008

Einmal im Jahr findet ein Treffen des ARL-Präsidiums mit den Leiterinnen und Leitern der Landesarbeitsgemeinschaften statt. Das Ziel dieser Zusammenkünfte besteht neben dem wechselseitigen Austausch darin, die LAG-Aktivitäten untereinander und mit den Programmen der ARL insgesamt abzustimmen.

Für das ARL-Präsidium begrüßte Prof. Dr. Heinrich Mäding am 26. Mai 2008 in Frankfurt am Main die Anwesenden und berichtete u. a. über folgende Themen aus der Akademiearbeit:

- Verstärkung der internationalen Kontakte, z. B. zum Royal Town Planning Institute in London
- Planung eines elektronischen Newsletter als Ergänzung zu den ARL-Nachrichten
- Vorstellung der neuen Arbeitskreise „Standortwettbewerb von Regionen“, „Strategische Regionalplanung“ und „Zusammenhänge von Immobilienwirtschaft und Raumentwicklung“
- Evaluierung der ARL

Berichte aus den LAGs

Ergänzend zu den im Vorfeld versandten Kurzinformationen zum Arbeitsstand in den einzelnen LAGs wurden ausgewählte Aspekte behandelt:

LAG Baden-Württemberg

Dr. Gerhard Overbeck erläuterte in Vertretung für Verb.-Dir. Dr.-Ing. Stefan Köhler die Vorbereitungen für die 100. Sitzung der LAG (s. Bericht in diesem Heft, Rubrik ARL-Veranstaltungen). Ferner skizzierte er die laufenden Arbeitsgruppen zu Fragen grenzüberschreitender Planung und zu Strategien zukünftiger Raumentwicklung. Die neu eingerichtete AG „Kulturlandschaftsentwicklung und -dynamik“ hat ihre Arbeit aufgenommen.

LAG Bayern

Prof. Dr. Hubert Job berichtete, dass sich die Herausgabe eines newsletters zur Vorbereitung von Sitzungen bewährt hat. Im Oktober 2008 findet eine Sitzung im Zusammenhang mit der 850-Jahr-Feier Münchens statt. Hinsichtlich der AG-Arbeit ist das Vorhaben „Ziele und Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume in Bayern“ abgeschlossen worden. Die AG „Monitoring und Evaluation von Stadt- und Regionalentwicklung“ wird voraussichtlich nächstes Jahr beendet. Die konstituierende Sitzung der neuen AG mit dem Thema „Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern“ hat stattgefunden.

LAG Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern

Ministerialdirigent Dr.-Ing. Bernhard Heinrichs berichtete, dass die nächste Sitzung in Eisenhüttenstadt u. a. zum Thema „Ökonomische Transformation“ durchgeführt wird (s. Bericht in diesem Heft). Die beiden laufenden AGs „Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland 2006 +“ und „Umgang mit dem europäischen Naturschutzrecht bei Vorhaben der Landesentwicklung“ stehen kurz vor dem Abschluss. Neue AGs zu den Themen „Grenzüberschreitende Verantwortungsgemeinschaften“ und „Perspektiven der EU-Agrarpolitik für NO-Deutschland“ befinden sich in Vorbereitung.

LAG Bremen / Hamburg / Niedersachsen / Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Götz von Rohr berichtete, dass es derzeit nur die AG zur Regionsbildung im Norden Deutschlands gibt. Über neue Vorhaben zu den Themen „Integriertes Küstenzonen-Management“, „Entwicklung ländlich peripherer Räume“ und „Struktur- und Regionalpolitik der EU“ wird in der LAG beraten. Von Rohr machte zudem auf die neue Veröffentlichung der LAG zur nachhaltigen Tourismusentwicklung an Nord- und Ostsee (Arbeitsmaterial der ARL Nr. 340) aufmerksam und berichtete, dass künftig ein Teil der LAG-Sitzungen für die Fachöffentlichkeit zugänglich ist.

LAG Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland

Ltd. Ministerialrat Gerd-Rainer Damm wies auf den Abschluss der Arbeiten zum AG-Thema „Ländlicher Raum“ und auf das baldige Erscheinen eines E-Papers hin. Zudem wurde das Thema auf dem letzten Planerforum „Planung jenseits der Metropolen“ am 22.04.08 in Neustadt ausführlich behandelt. Die AG „Regionaler Flächennutzungsplan“ wird in Kürze abgeschlossen. Neue AGs befassen sich mit den Themen „Wohnimmobilien“ (bereits eingerichtet) und „Strategische Regionalplanung“ (in Vorbereitung).

LAG Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Rainer Danielzyk berichtete über die aktuellen Themen „Neue Regionalisierungsansätze/neue Raumkategorien in NRW“ und „Ländliche Räume in NRW“. Zudem wies er auf die in Münster in Kooperation mit DASL und ILS stattfindende Konferenz für Planerinnen und Planer zum Thema „Ländliche Räume“ hin.

LAG Sachsen / Sachsen-Anhalt / Thüringen

Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld berichtete, dass im Herbst 2008 eine gemeinsame Tagung mit der LAG Berlin / Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern zum Thema „Fachkräftemangel“ geplant ist. Die beiden AGs „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und „Freiraumschutz durch Raumordnung“ werden bald abgeschlossen. Als neue Themen sind geplant: „Verwaltungs- und Gebietsreform“ und „Neue Produktionslinien/Branchen und Raumplanung“.

Nachwuchsförderung

Für jede LAG wurden Listen mit allen Mitgliedern des Jungen Forums verteilt. Dr. Andreas Klee, Sekretariat der ARL, Hannover, erläuterte, dass diese Listen eine erste Grundlage darstellen und die Informationsbasis über die gerade entstehende „Faktendatenbank“ vergrößert werden kann. Die LAG-Leitungen begrüßten diese Informationen und wollen sie bei der Weiterentwicklung der Netzwerke und in ihrer Arbeit berücksichtigen. Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich wies darauf hin, dass mit Blick auf die Nachwuchsförderung in den LAGs zudem die FRU-Aktivitäten und das Mentoring-Programm einzubeziehen sind. Darüber hinaus rief er die LAGs dazu auf, bei ihrer Arbeit nicht nur den Anteil von Jüngeren, sondern auch von Frauen zu erhöhen. Dies betrifft die LAGs insgesamt und die Zusammensetzung der Lenkungsgruppen im Speziellen.

Matthias Schönert, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Schoenert@ARL-net.de

Eisenhüttenstädter Impressionen

Manche Teilnehmenden hatten langwierige, mit mehrfachem Umsteigen verknüpfte Anreisen zur Sommersitzung der LAG Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern am 19. und 20. Juni d. J. nach Eisenhüttenstadt in Kauf genommen – sie wurden nicht enttäuscht. Rund 40 Mitglieder ließen sich von den LAG-internen Belangen, den Fachvorträgen und den mit viel Engagement dargebotenen Informationen aus erster Hand anlocken.

Interna und Fachvorträge

Neben dem Informationsaustausch über Aktuelles aus den verschiedenen Institutionen stand vor allem die Diskussion neuer Arbeitsgruppen auf dem Programm.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Weith und Dipl.-Ing. Timo Fichtner nimmt eine neue Gruppe ihre Arbeit zum Thema „Regional Governance in Grenzräumen“ auf. Der deutsch-polnische Grenzraum wird im Zentrum der Betrachtungen liegen. Inhaltlich wollen sich Weith und Fichtner gemeinsam mit weiteren Mitstreitern auf den Begriff der Verantwortungsgemeinschaft vor dem Hintergrund aktueller wie künftiger Funktionen von Grenzräumen konzentrieren.

Eine weitere neue Arbeitsgruppe der LAG ist im Entstehen, bedarf aber noch der Ausrichtung auf ein bearbeitbares und zielgruppenorientiertes Maß. Petra Ilona Schmidt und Prof. em. Dr. Karl-Hermann Hübler werden dafür Sorge tragen und einen entsprechenden Schwerpunkt innerhalb des komplexen Gedankengeflechts zwischen erneuerbaren Energien, Agrarstruktur und Gesundheitswirtschaft mit Blick auf komplementäre wirtschaftliche Entwicklungspotenziale zu setzen wissen.

Des Weiteren gewährten PD Dr. Arno Bunzel (Difu) und Dr. Reinhard Wulfhorst (Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern) ausführlich Einblick in aktuelle Themen.

Bunzel informierte über den Fortgang der Novellierung des ROG und einen damit im Zusammenhang stehenden Auftrag: Durchführung eines Planspiels zur Novellierung des ROG mit dem Ziel, die Gesetzgebung zu optimieren. Sein Fazit war, dass das Verhältnis von Bundes- zu Landesrecht im Detail vielfach noch auslegungsbedürftig ist und dass mit einem Inkrafttreten des Gesetzes im Juli 2009 zu rechnen ist.

Wulfhorst ging auf die Bedeutung integrierter Stadtentwicklungskonzepte ein und sah sich als Vertreter des Landes als aktiver Moderator des städtebaulichen Umbauprozesses. Die Zukunftsfähigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern sieht er – wenig überraschend – unter einer komplexen Bedingung gesichert, nämlich wenn es gelingt, die im Ansatz vorhandene städtebauliche, ökonomische und ökologische Entwicklung zu verstetigen.

Erläuterungen am Modell durch Frau Haubold (2. v. l.), Bereich Stadtentwicklung/Stadtumbau der Stadt Eisenhüttenstadt

Stadtumbau ohne Ende? Stadtende ohne Umbau? – Geplante Stadt Eisenhüttenstadt

Vom Bereich Stadtentwicklung/Stadtumbau standen Christiane Nowak, Gabriele Haubold und Wolfgang Perske nicht nur vor und während der Sitzung hinsichtlich organisatorischer Fragen hilfreich zur Seite. Sie gaben den Mitgliedern der LAG darüber hinaus eine Fülle an Informationen zur Stadtentwicklung gestern und heute. Allen dreien war dabei anzumerken, mit welchem Engagement sie bei der Sache sind, obwohl diese nicht immer leicht zu meistern ist.

Von der Trockenübung im Vortragssaal und am Stadtmodell ging es hinaus in die Straßen, um gelungene Beispiele für Sanierungen mit liebevoll gestalteten Grünflächen zu sehen. Man sollte meinen, alle Bewohner warteten bereits sehnlichst darauf, renovierte Wohnungen beziehen zu können. Weit gefehlt, denn die damit im Zusammenhang stehenden Mietpreiserhöhungen – auch wenn sie sich in den Ohren eines fest Beschäftigten gering anhören – übersteigen oftmals die finanziellen Möglichkeiten von Bewohnerinnen und Bewohnern. Aber nicht nur die finanziellen Aspekte der Erneuerung bereiten Planern wie Bewohnern Sorgen. Auch der damit einhergehende Anpassungsbedarf im Bereich der sozialen Infrastruktur mit der Konzentration von Kinder- und Jugendeinrichtungen und dem Ausbau der Senioreneinrichtungen stellt eine Herausforderung dar.

Sanierte Wohngebäude im Wohnkomplex II

Schon heute bestimmen viele Brachflächen das Bild und Nachnutzungen lassen sich, vor allem an den Rändern, kaum finden. Dort, wo im Nordwesten der Stadt vor Jahren noch „die Platte“ das Bild bestimmte, entstanden bereits freistehende Einfamilienhäuser, z. T. im Bungalowstil. Der Eigenheimbau, die Aufwertung des Wohnumfeldes oder die Renaturierung sind Zielgrößen der Stadtplanung ebenso wie die Stärkung der Innenstadt.

Allein die Vorstellung, dass bis 2015 noch weitere 6.200 Wohneinheiten flächenhaft abgerissen werden müssen, lässt erahnen, vor welchen Herausforderungen die Akteure noch stehen. Wohlgemerkt: Noch im Jahr 2004 hatte man auf der Basis damaliger Bevölkerungsprognosen nur einen Abriss von 5000 Wohneinheiten bis 2015 festgelegt. Wenn es

gelänge, auch den Grünflächen – alten, die eine erstaunlich große Fläche einnehmen, oder wieder gewonnenen – so viel Beachtung zu schenken wie den baulichen Sanierungs-

Brachfläche mit angrenzendem Gewerbe

maßnahmen, könnte dies ein Pfund sein, mit dem die Stadt wuchern kann. Als erstmaliger Besucher ist man trotz einer wenig einladenden Bahnhofssituation und Brachflächen rechts und links des Weges bereits von der Quantität grüner Flächen, teils auch von ihrer Qualität, beeindruckt. Die geplante Aufwertung der Lage am Wasser (Oder und Oderkanal) kann dies nur positiv verstärken.

Vom Kombinat zum Cluster

Der Besuch bei der ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH (ehem. Eisenhüttenkombinat Ost, kurz: EKO) und der dortige Vortrag waren für alle Teilnehmenden beeindruckend. Mit einem ausführlichen historischen Abriss und einem perspektivischen Ausblick bereitete Dr. Herbert Nicolaus, Leiter Interne Kommunikation bei der ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH, die Gruppe auf die anschließende Exkursion zum Stahlwerk vor. Dabei stellte er die Kausalität von Industriegeschichte und politischer Entwicklung, die Ideologisierung und die mit dem Werksaufbau verknüpfte politische Symbolik ebenso dar wie die Entwicklung der Produktionszahlen und die der Anzahl der Arbeitsplätze.

Zu Beginn des Jahres 1990 waren noch knapp 12.000 Arbeitnehmer bei EKO beschäftigt. Bis 2007 war diese Zahl zwar auf rd. 2700 Arbeitnehmer gesunken, allerdings vor dem Hintergrund einer Ausgliederung von Betriebseinheiten und der Konzentration auf das Kerngeschäft Eisen und Stahl. Um dieses Kerngeschäft herum existiert heute eine Vielzahl von Zulieferern und Dienstleistern, die in einem Geflecht, bestehend aus dem Kerngeschäft der Stahlherstellung und -verarbeitung sowie aus Betrieben, die der Stahlproduktion nah, fern oder von ihr unabhängig sind, interagieren.

Mit der Privatisierung und Eingliederung in den ArcelorMittal Konzern, dem bei Weitem größten Stahlproduzenten der Welt, hat die Modernisierung und ein technologischer Lückenschluss (Neubau Warmwalzwerk, Modernisierung Kaltwalzwerk) zu einem integrierten Stahlwerk eingesetzt, das von der Roheisenproduktion über die Produktion von sogenanntem Halbzeug, den Brammen, bis hin zur Walzung (Herstellung von Flacheisen, Blechen) und Veredelung (Feuerverzinkung, Kunststoffbeschichtungen) alles an einem Standort anbietet.

Glastür mit Aufschrift im Treppenhaus eines Werksgebäudes von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH

Bleibt für die Eisenhüttenstädter nur zu hoffen, dass das Eisen, und mit ihm die gesamte Stahlindustrie, nicht krank wird, wie die Aufschrift auf einer der vielen Türen, die die Gruppe bei ihrem Besuch links liegen lassen musste, verkündet.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Brammenlagerfläche auf dem Werksgelände von ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH

AK „Standortwettbewerb von Regionen“ sucht Bearbeiter regionaler Fallstudien

Der neu eingerichtete und von Prof. Dr. Martin T.W. Rosenfeld, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, geleitete Arbeitskreis „Standortwettbewerb von Regionen“ würde gern ein möglichst breites Spektrum von Regionen mit Hilfe von Fallstudien untersuchen. Hierfür werden noch interessierte Bearbeiter gesucht.

Ziel des Arbeitskreises

Vor dem Hintergrund des regionalen Standortwettbewerbs verfolgt der Arbeitskreis folgende Ziele:

1. Veränderungen in den Rahmenbedingungen/Ausprägungen des Standortwettbewerbs, die in den vergangenen 10–15 Jahren erfolgt sind (Beispiel: aggressives Abwerben von Messen oder Unternehmen), sowie ihre Folgen für die Regional- und Stadtentwicklung sind zu identifizieren.
2. Eine empirische Bestandsaufnahme verschiedener Formen des Standortwettbewerbs sowie der von den Regionen und Städten jeweils gewählten Strategien zum Umgang mit dem Standortwettbewerb soll durchgeführt werden.
3. Ansatzpunkte für neue Strategien der Regional- und Stadtentwicklungspolitik sollen abgeleitet sowie konkrete Handlungsempfehlungen für politische Akteure verschiedener Ebenen entwickelt werden. Für die lokalen und regionalen Akteure kann es um Strategien gehen, mit denen sie auf die neuen Herausforderungen besser als bisher reagieren können. Für Bund und EU kann es darum gehen, die Rahmenbedingungen ggf. anzupassen, sofern sich als Folge der veränderten Wettbewerbssituation besonders vorteilhafte bzw. eher nachteilige Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und das räumliche Gefüge ergeben sollten.

Hintergrund für die Bearbeitung von Fallstudien

Über die allgemeine Untersuchung von veränderten Rahmenbedingungen und neuen Formen des Wettbewerbs hinaus wird im Rahmen des Arbeitskreises angestrebt, mit Hilfe von Fallstudien und/oder quantitativen empirischen Primärerhebungen (Fragebögen, telefonische Befragungen) Details zu den Veränderungen des Standortwettbewerbs zu ermitteln. Dabei sollen die identifizierten neuen Formen des Wettbewerbs in der Praxis untersucht werden und die gewonnenen Erkenntnisse sollen dann wiederum mit den allgemeinen Aussagen konfrontiert werden.

Da zur Einschätzung der regionalen Erfahrungen mit dem Standortwettbewerb Vorkenntnisse auf der Basis bereits durchgeführter empirischer Studien von Vorteil sind, will der Arbeitskreis weitere geeignete und regional kundige Experten einbeziehen. Dabei ist es erwünscht, dass die Analysen von Personen durchgeführt werden, die

- über ausreichende empirische Erfahrungen mit der Analyse des Standortwettbewerbs verfügen,
- bereits Forschungsergebnisse relevanter Themenfelder in der zu bearbeitenden Region vorweisen können bzw. aktuell mit derartigen Vorhaben befasst sind und
- ein gemeinsames und aus (1.) abgeleitetes Forschungskonzept akzeptieren.

Bei der Auswahl der Untersuchungsräume wird ein geeigneter Querschnitt deutscher Städte und Regionen angestrebt, an denen sich besonders gut die neuen Rahmenbedingungen bzw. die neuen Formen des Standortwettbewerbs mit ihren politisch-strategischen Reaktionen darstellen lassen. Im Rahmen des ersten Treffens der Kerngruppe wurden bereits vier Städte/Regionen und ihre jeweiligen Bearbeiter (aus den bisherigen Mitgliedern des Arbeitskreises) ausgewählt. Diese vier Regionen verfügen in ihrem Kern alle über 500.000 Einwohner.

Der Arbeitskreis ist sehr daran interessiert, zusätzlich noch Bearbeiter für die Durchführung von Fallstudien für drei bis vier Regionen zu gewinnen, die

- in Bezug auf die Einwohnerzahlen deutlich kleiner als 500.000 Einwohner sind,
- nicht zum Kern einer Metropolregion gehören und
- eher mittelstädtisch/ländlich oder polyzentrisch geprägt sein sollten (ländlich-periphere Problemregionen mit ausgeprägten Agrarstrukturen werden ausgeschlossen).

Als Bearbeiter der Fallstudien kommen Angehörige von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Praktiker aus der Verwaltung oder auch andere Akteure infrage.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen und Interesse an einer Mitarbeit im Arbeitskreis haben, würden wir uns sehr freuen, wenn Sie bis zum

31. Oktober 2008

eine kurze Skizze (maximal 3 Seiten) mit Inhalten zu der jeweiligen Region, zu Ihrer Person und Ihren inhaltlichen Bearbeitungsvorstellungen, die den Zusammenhang zum Arbeitskreisthema „Standortwettbewerb von Regionen“ aufzeigen, an folgende Adresse senden:

Matthias Schönert, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Schoenert@ARL-net.de

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG

Wissenschaftliche Plenarsitzung 2008

Geld regiert die Welt

Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung

Berlin
5. / 6. Juni 2008

Quelle: www.bildergrotte.de

Begrüßung

Foto: Müller

Heinrich Mäding

Das Wechselspiel zwischen öffentlichen Finanzströmen und der räumlichen Entwicklung stand im Mittelpunkt der Wissenschaftlichen Plenarsitzung am 5. und 6. Juni 2008 in Berlin. ARL-Präsident Prof. Dr. Heinrich Mäding freute sich bei der Begrüßung über die große Anzahl von 220 Teilnehmern, die aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarländern nach Berlin ins Konferenzzentrum des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie gekommen waren.

Foto: Müller

Ingeborg Junge-Reyer

Im Namen des Regierenden Bürgermeisters wünschte die Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, der Plenarsitzung gutes Gelingen und anregende Diskussionen. In ihrem Grußwort beschrieb sie die großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen Berlins seit dem Mauerfall vor fast 20 Jahren und erinnerte an ein ARL-Stadtforschungskolloquium aus dem Jahr 1990 zum Thema „Kooperation großer Zentren in Mitteleuropa". Die damalige Veranstaltung in Berlin sei aus heutiger Sicht denkwürdig, da schon seinerzeit Überlegungen über die Zukunft Berlins als wichtigem Standort im europäischen Städtesystem angestellt wurden. In vielen Bereichen, wie der Weltoffenheit, den kulturellen Höhepunkten, dem Städtetourismus, der Attraktivität für international orientierte Studenten, sei die Stadt bereits heute sehr gut aufgestellt.

Als Wirtschafts- und Finanzregion ist laut Junge-Reyer aber noch einiges zu tun, um zu anderen europäischen Metropolen aufschließen zu können. Neue Chancen ergäben sich nun insbesondere im Zusammenhang mit der hohen wirtschaftlichen Dynamik in Osteuropa und der Kooperation mit den neuen EU-Partnern. Diese Chancen müsse der Standort Berlin jetzt im Sinne des Ausbaus seiner Metropolfunktionen konsequent nutzen. Dabei seien Entscheidungen aus der Vergangenheit zu berücksichtigen, die für Berlin nicht immer hilfreich waren: So wurde die Rückverlagerung der Bundesbank von Frankfurt nach Berlin ausgeschlossen. Zudem sei durch das „Bonn-Berlin-Gesetz" der Hauptstadtbeschluss von 1991 dahingehend relativiert worden, dass die Mehrzahl der Bundesbediensteten bis heute im Rheinland verblieben sind. Junge-Reyer plädierte dafür, die Hauptstadtfunktionen Berlins in Zukunft zu komplettieren. Abschließend regte sie eine „Wiederauflage" des ARL-Zentrenkolloquiums von 1990 an, um im Frühjahr 2010 nach zwei Jahrzehnten kritische Rückschau zu halten und neue Perspektiven für Berlin zu entwickeln, und sagte die Unterstützung ihres Hauses für die Veranstaltung zu.

Thematische Einführung

Bei der Einführung in die Thematik der Wissenschaftlichen Plenarsitzung wies Mäding zunächst auf den maßgeblichen Einfluss von Finanzströmen für den Lebensstandard und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger eines Raumes hin. Dabei handele es sich zum einen um private Geldströme, die insbesondere über die Markteinkommen erzielt und somit in hohem Maße von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Region bestimmt werden. Zum anderen gehe es um öffentliche Finanzströme, die etwa über Transferzahlungen direkt oder indirekt in Form von Infrastrukturleistungen in einen Raum fließen.

Bei der Entwicklung eines Raumes seien wiederum unterschiedliche Maßstabsebenen – wie EU, Bund, Land, Gemeinde – zu beachten, wodurch es zu Gesamtraum-Teilraum-Konstellationen komme. Derartige Konstellationen sind, so Mäding, nicht immer konfliktfrei, da die Akteure der einzelnen Ebenen unterschiedliche Vorstellungen über die Verteilungsmechanismen von Finanzmitteln haben: So müsse die gesamträumliche Ebene – etwa der Bund – die Entwicklung des Raumes insgesamt und zudem unter Berücksichtigung „gleichwertiger Lebensverhältnisse" im Blick haben. Ein Teilraum – etwa ein wirtschaftsstarkes Bundesland – strebe aber danach, möglichst viel der im Land generierten Mittel zu behalten.

Die Verteilungsdiskussionen zwischen den jeweiligen politischen Akteuren orientierten sich häufig an Finanzdaten, da diese wegen ihrer scheinbaren Transparenz und Objektivität Anhaltspunkte in Zeiten der „Unübersichtlichkeit" geben. Aus wissenschaftlicher Perspektive bestehen jedoch laut Mäding etliche ungeklärte Fragen, da Finanzdaten vielfach ohne die Beachtung von Wirkungsketten und die zeitlich-räumliche Dimension Verwendung finden. Deshalb habe die ARL schon in der Vergangenheit versucht, den Erkenntnisgewinn im Themenfeld Finanzen und Raumentwicklung zu befördern. Bereits im Jahr 1963 wurde – ebenfalls in Berlin – eine Plenarsitzung zum Thema „Finanzpolitik und Raumordnung" (Forschungs- und Sitzungsberichte, Band 28) abgehalten. Als jüngeres Beispiel aus den Forschungsaktivitäten der Akademie kann der Arbeitskreis „Das föderative System in Deutschland" gelten, der 2005 seine Erkenntnisse in der FuS-Reihe der ARL (Band 224) publiziert hat. Insofern führt die Plenarsitzung 2008 diese lange Tradition fort mit dem Ziel, das Hintergrundwissen für Wissenschaftler, Praktiker und für politisch Verantwortliche aller Ebenen zu bereichern. Dabei ist anzumerken, dass die ARL bei der Aufstellung des Programms erstmals einen „Call for Papers" durchgeführt hat. Aus der Vielzahl der eingegangenen Angebote konnte ein sehr qualifiziertes Tagungsprogramm zusammengestellt werden.

EU-Regionalpolitik

Im ersten Fachvortrag der Veranstaltung stellte Dr. Dirk Ahner, Generaldirektor für Regionalpolitik bei der Europäischen Kommission in Brüssel, die strategische Ausrichtung der EU-Regionalpolitik und die neuen Akzentuierungen für die Förderperiode 2007–2013 vor. Der Verhandlungsprozess zwischen der Kommission und den nationalen Behörden sei weitgehend abgeschlossen. So konnten nach 18 Monaten Dialog alle 27 einzelstaatlichen strategischen Rahmenpläne (NSRP) aufgestellt und 429 der voraussichtlich 455 operationellen Programme ausgearbeitet werden. Diese intensive Auseinandersetzung habe die Qualität der Programme deutlich verbessert und die Inhalte konnten somit stärker auf die wichtigsten Prioritäten der Gemeinschaft – etwa die Lissabon-Agenda für Wachstum und Beschäftigung – abgestimmt werden.

Dirk Ahner

Für Deutschland führte Ahner drei wichtige Ergebnisse der Verhandlungen mit der Kommission aus. Erstens konnte in den meisten Programmen die Anzahl der Prioritätsachsen – beispielsweise im Bereich „Nachhaltige Stadtentwicklung" – gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen erhöht werden. Zweitens konnte eine bessere Abgrenzung der Maßnahmen der EFRE-Programme von denen der ESF-Programme oder der Programme für den ländlichen Raum erreicht werden. Dadurch seien Doppelförderungen vermieden worden und die Programme folgten jeweils einer klaren Linie. Drittens nannte Ahner die inhaltliche Aufwertung der Programme. Als Erfolg der Verhandlungen sei beispielsweise zu werten, dass in manchen Regionen die „Lissabon"-konformen Ausgaben für die EFRE-Programme deutlich gesteigert wurden: So konnte die Quote in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen um 11 Prozentpunkte erhöht werden. Ein anderes Beispiel sei Baden-Württemberg, wo die ausgehandelten Maßnahmen stärker an das innovative Potenzial des Landes angepasst wurden.

Insgesamt stehen Deutschland für die Jahre 2007–2013 im Rahmen der Strukturfondsmittel 26 Mrd. Euro zur Verfügung. Dabei werden laut Ahner über 80 % der Fördermittel auf der Regionalebene eingesetzt und lediglich ca. 20 % auf der nationalen Ebene. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der EU-27 weiche Deutschland hier ab, da EU-weit der überwiegende Anteil (61 %) der nationalen Ebene und entsprechend der kleinere Teil (39 %) der Mittel für die regionale Ebene bestimmt ist. Eine weitere Besonderheit Deutschlands im Vergleich mit den EU-27 bestehe darin, dass vergleichsweise mehr Mittel für Innovation sowie die Unterstützung von kleineren und mittleren Unternehmen verausgabt werden sollen.

Zum Abschluss seiner Ausführungen machte Ahner noch einmal die besondere Bedeutung der Debatten und öffentlichen Konsultationen im Rahmen der EU-Strukturpolitik deutlich. Im Ergebnis zeige sich, dass die Kohäsionspolitik auf der europäischen Ebene sinnvoll angesiedelt sei und die Verwendung der Mittel im Sinne der Wachstums- und Beschäftigungsagenda von den meisten Konsultierten befürwortet werde. Nähere Informationen enthalten die noch in diesem Jahr erscheinenden Papiere „5. Fortschrittsbericht

zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt“ sowie das Grünbuch „Territoriale Kohäsion“.

Die Sicht des Freistaats Sachsen

Der ehemalige Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, Prof. Dr. Georg Milbradt, stellte die besonderen Herausforderungen durch die zunehmende globale Standortkonkurrenz aus der Perspektive eines deutschen Landes in den Mittelpunkt seiner Rede. Über 17 Jahre habe er den strukturellen Wandel in verantwortlicher Position begleitet und die EU-Strukturfonds seien eine große Hilfe im wirtschaftlichen Umbau des Landes gewesen. Dabei habe Sachsen frühzeitig nicht nur in den Aufbau der Infrastruktur investiert, sondern sei gleichzeitig sehr zielorientiert in die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie in neue Technologien eingestiegen: So könne Sachsen heute beispielsweise als ein Zentrum für Mikroelektronik und Halbleiter gelten. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Ausrichtung der Förderpolitik auf zukunftsträchtige Industrie- und Innovationscluster soll diese Strategie konsequent weitergeführt werden.

Georg Milbradt

Allerdings habe sich die Wettbewerbssituation im globalen Maßstab verschärft; Milbradt erinnerte in diesem Zusammenhang an die enorme Entwicklungsdynamik in aufstrebenden Staaten wie China und Indien. Um im internationalen Wettbewerb mit Asien und den USA bestehen zu können, müsse Europa seine Förderpolitik sehr viel stärker auf Schlüsseltechnologien und bereits entwickelte Innovationsstandorte konzentrieren. In diesem Entscheidungsprozeß sei die europäische Ebene aufgefordert, die programmatischen Voraussetzungen für europäische Cluster und Netzwerke zu schaffen. Wichtig sei, in großen Zusammenhängen und Zyklen zu denken und dazu die europäische Ebene als Diskussionsplattform zu nutzen, um sich nicht in kleinteilig geprägten Umverteilungsdebatten zu verzetteln.

Neben den wettbewerbs- und innovationspolitischen Herausforderungen sieht Milbradt bezüglich der Auswirkungen der demographischen Entwicklung enormen Handlungsbedarf. So werde die Bevölkerung in Sachsen sowohl schrumpfen als auch deutlicher Alterung unterliegen. Durch das Schrumpfen ergeben sich Anpassungserfordernisse im Bereich der städtischen Infrastrukturen, etwa bei den Bildungseinrichtungen. Die Alterungsprozesse werden dazu führen, dass in Unternehmen aus Altersgründen ausscheidende Mitarbeiter nicht mehr ohne Weiteres durch den benötigten qualifizierten Nachwuchs ersetzt werden können. Hier gelte es neue Wege zu gehen, etwa durch das gezielte Anwerben hochqualifizierten Personals aus dem Ausland. Wichtig sei es, derartige Entwicklungen – auch mit wissenschaftlicher Hilfe – frühzeitig und im regionalen Kontext zu identifizieren, um dann gezielt und konsequent Maßnahmen einleiten zu können.

EU-Regionalpolitik als prägende Kraft?

Der Forschungsdirektor im Institute for European Integration / Europa-Kolleg Hamburg, Dr. Konrad Lammers, setzte sich in seinem Vortrag mit dem Einfluss der EU-Regionalpolitik auf Konvergenz und Wachstum im europäischen Wirtschaftsraum auseinander. Zunächst machte er deutlich, dass die EU-Regionalpolitik erst ab 1989 über nennenswerte finanzielle Mittel verfügte, mit denen die Abkopplung von armen und peripheren Regionen gegenüber den wachstumsstarken Kernregionen verhindert werden sollte. Insbesondere mit der neuen Förderperiode ab dem Jahr 2007 seien Wachstums- und Beschäftigungsaspekte („Lissabonstrategie“) hinzugekommen, die die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Raumes insgesamt steigern sollen.

Konrad Lammers

Bezüglich der räumlichen Entwicklungsprozesse in Europa stellte Lammers aus Sicht der nationalen Ebene – mit einigen zeitlich begrenzten Ausnahmen – deutliche Konvergenzprozesse fest. Als Beispiele für aufholende Länder nannte er ab Mitte der 80er-Jahre Griechenland oder Portugal, seit Mitte der 90er-Jahre entwickelten sich auch ehemals sozialistische Länder im Osten der EU sehr positiv. Hinsichtlich der Wirkungen der EU-Regionalpolitik auf die räumlichen Ausgleichsprozesse konnten bisherige Studien zwar einen positiven Einfluss der Maßnahmen nachweisen, allerdings scheinen gerade in den aufholenden Ländern andere Faktoren entscheidend zu sein: Dazu zählten etwa die nationale Wirtschaftspolitik oder die allgemeine Nutzung der Vorteile des europäischen Wirtschaftsraumes.

Abschließend äußerte sich Lammers skeptisch zu der Frage, ob mit der neuen Förderperiode und der geplanten Ausrichtung der Regionalpolitik auf Wachstum und Beschäftigung positive gesamtwirtschaftliche Effekte im EU-Wirtschaftsraum zu erwarten seien. Dazu müsse die Förderung konsequent auf Länder und Regionen konzentriert werden, in denen die eingesetzten Mittel bei gleichem Aufwand die größten Wachstumsimpulse auslösen. Allerdings stünden einem derartigen Vorgehen andere, eher ausgleichsorientierte Ziele der EU gegenüber.

Diskussion mit dem Plenum

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum wurde zunächst auf den Zielkonflikt zwischen Wachstum einerseits und Konvergenz andererseits eingegangen. Im Hinblick auf die EU-Ebene merkte Lammers dazu an, dass beispielsweise die EU-Forschungspolitik primär an den bereits vorhandenen Innovationspotenzialen ansetzen solle. Unter den Rahmenbedingungen des globalen Wettbewerbs mache es wenig Sinn, derartige Funktionen aus ausgleichspolitischen Überlegungen in peripheren Regionen mit nur schwach ausgeprägten Entwicklungspotenzialen anzusiedeln. Ergänzend machte Milbradt auf Unterschiede im

Umgang mit räumlichen Disparitäten in den Ländern der EU aufmerksam. So stehe in vielen neuen Beitrittsländern das Wachstumsziel zunächst eindeutig im Vordergrund. Hinzu kämen Besonderheiten im regulatorischen Umfeld, wodurch beispielsweise Länder in Osteuropa im Vergleich zu Ostdeutschland – als Teil eines hochentwickelten Landes – sehr viel flexibler auf Investorenwünsche eingehen könnten. Im Weiteren wurde über die Notwendigkeit der Evaluierung von förderpolitischen Strategien und die methodischen Probleme bei der Wirkungskontrolle von Maßnahmen diskutiert. Aus Ahners Sicht ist es sinnvoll, dem Thema Evaluierung in Zukunft ein höheres Gewicht bei der Beurteilung von Förderansätzen beizumessen. Er sei der ARL dankbar, dass die Plenarsitzung hier eine wichtige Debatte mit vielen interessanten Ansätzen angestoßen habe.

Arbeitsgruppen

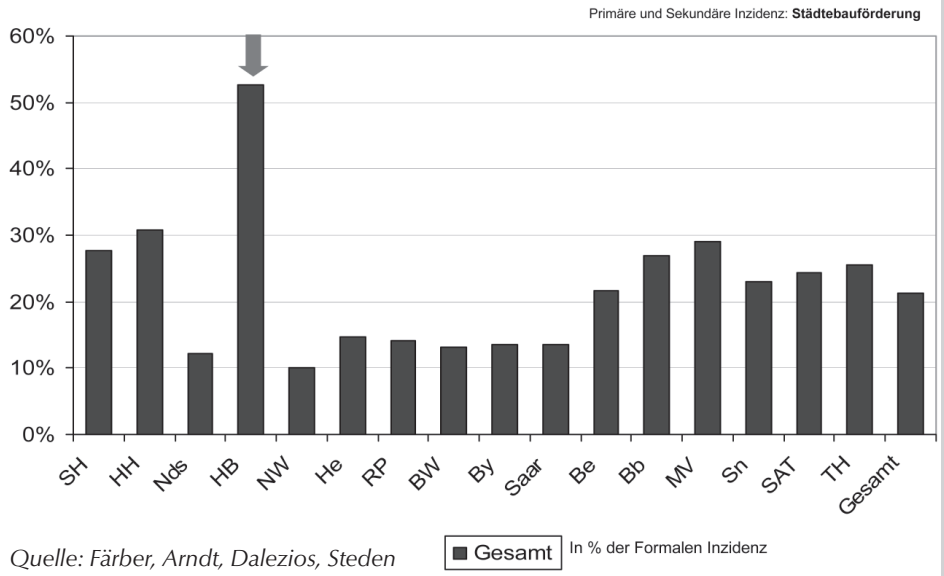
In drei parallelen Arbeitsgruppen wurden die Themen „Räumliche Effekte von Bundesgesetzen", „Stadt und Region" und „Ursachen für regionale Unterschiede von Finanzkraft und Finanzbedarf" behandelt.

Arbeitsgruppe A: Räumliche Effekte von Bundesgesetzen

Die Arbeitsgruppe A wurde von Dr. Konrad Lammers moderiert; in die Diskussionen führten drei Impulsstatements ein.

Prof. Dr. Gisela Färber, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer, und Dr. Olaf Arndt, Harald Dalezios sowie Dr. Philip Steden, Prognos AG Basel, stellten im ersten Statement die Ergebnisse eines Forschungsprojekts vor, das im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) durchgeführt wurde. Im Rahmen des Forschungsauftrags wurde der Verbleib von 65 Bundesmitteln analysiert. Von Interesse waren insbesondere die formale und effektive Inzidenz dieser Mittel. Als formale Inzidenz sind die von den Zahlungen ausgehenden regionalen Einkommensveränderungen untersucht worden. Unter effektiver Inzidenz wurden die räumlichen Auswirkungen der Mittel als Folge ihrer Verwendung in regionalen und überregionalen Wirtschaftskreisläufen gefasst. Exemplarisch erläuterten die Referenten die Ergebnisse ihrer Untersuchungen für die Wirkungen der Pendlerpauschale, des Wohngeldes und der Städtebauförderung. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass erhebliche Teile der Mittel in den Raumordnungsregionen verbleiben; sie bilden dort Einkommen und stabilisieren die regionale Nachfrage. Allerdings sind auch Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesmitteln zu verzeichnen. Generell lässt sich eine hohe Wirksamkeit von investitionsfördernden Maßnahmen und Programmen zum Auf- und Ausbau der regionalen Infrastruktur feststellen, die positive Verbleibsquoten und Einkommenseffekte auslösen. Obwohl insgesamt hinsichtlich der Wirkungen von Bundesmitteln noch viele Fragen offen sind, wurde abschießend dafür plädiert, die gewonnenen Erkenntnisse für die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern um die Neuordnung der föderalen Finanzverfassung zu nutzen.

Primäre und Sekundäre Inzidenz: Gesamtansicht



Quelle: Färber, Arndt, Dalezios, Steden

Die regionalen Effekte der Reform der Einkommensteuer im Jahr 2000 untersuchte David Beier, Universität Kassel. Kern der Reform war die Absenkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes sowie die Anhebung des Grundfreibetrages, um die Steuerzahler in relativ gleicher Weise zu entlasten. Beier stellte fest, dass die sich im Zuge der Reform ergebende Steuerersparnis in wirtschaftlich schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands zwar hoch ist, sich die regionale Kaufkraft jedoch nur unterdurchschnittlich erhöht hat. Profiteure der Reform sind hingegen die wirtschaftlich erfolgreichen Zentren, die einen größeren Zuwachs an regionaler Kaufkraft verzeichnen können. Damit ist die mit der Reform angestrebte Konvergenz nicht eingetreten. In Bezug auf die Ermittlung der Gesamteffekte des Steuersystems in Deutschland besteht daher weiterer Forschungsbedarf,

die Ergebnisse sollten bei künftigen Reformen einbezogen werden.

Im letzten Impulsstatement skizzierte Prof. Dr. Bernd Reissert, Rektor der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim, die regionalen Effekte der „Hartz IV"-Reform. Erklärtes gesetzliches Ziel des zu Beginn des Jahres 2005 eingeführten Systems für die soziale Sicherung von Erwerbslosen ist die finanzielle Entlastung von Kommunen in einer Größenordnung von 2,5 Mrd. Euro. Die Reform löste das bis dahin geltende zentral finanzierte Teilsystem der Arbeitslosenunterstützung (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) und das dezentral von den Kommunen getragene Teilsystem der Sozialhilfe durch ein mischfinanziertes, weit überwiegend vom Bund getragenes Modell ab. Die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden durch das Arbeitslosengeld II ersetzt.

Plenum

Dieses wird zum überwiegenden Teil aus dem Bundeshaushalt bezahlt und lediglich ein geringer Teil wird von den Kommunen beigesteuert. Dafür tragen Letztere jetzt aber – anteilig – die Kosten für bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger. Insbesondere die dezentral zu finanzierende Sozialhilfe führte zu erheblichen Engpässen der Haushalte von Kommunen, die von Arbeitslosigkeit besonders betroffen waren. Eine Veränderung des Systems, die auf eine Stärkung der regionalen Umverteilungs- und Stabilisierungseffekten zielt, war daher angezeigt. Erste Befunde sprechen laut Reissert für eine leichte Stärkung des Umverteilungs- und Stabilisierungseffekts durch Hartz IV, wobei aber auch hier regionale Unterschiede zu beachten sind.

In der sich anschließenden Diskussion wurde auf die Komplexität der Analyse von Inzidenzen von Bundesmitteln hingewiesen, bei der viele Faktoren eine Rolle spielen und genau zu hinterfragen ist, welche Aussagekraft den einzelnen Berechnungen beigemessen werden kann. Es wurde ebenso deutlich, wie schwierig es ist, an entsprechende Daten zu kommen. Die Impulsstatements zeigten auch, dass zu den räumlichen Wirkungen von Finanzsystemen insgesamt noch erheblicher Forschungsbedarf besteht. Es bleibt zu wünschen, dass eine rationale Politik die räumlichen Bezüge bei ihren Entscheidungen im Blick hat.

Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

Arbeitsgruppe B: Stadt und Region

Welche finanziellen Mechanismen machen das Leben in unseren Stadtregionen so teuer? Wie können immer weniger Einwohner immer höhere Infrastrukturkosten aufbringen? Warum unterscheiden sich die Einnahmen und die Ausgaben zwischen Regionen und unterschiedlichen Gemeindetypen so stark? Diese und ähnliche Fragen beherrschten die Diskussion in der Arbeitsgruppe. Im Mittelpunkt standen die Finanzbeziehungen auf der lokalen und regionalen Ebene, d. h. in den großen Stadtregionen, ihren unterschiedlich strukturierten kernstädtischen und suburbanen Teilgebieten und je nach ihrer räumlichen Lage in der Republik, etwa in Ost- oder Westdeutschland. Zur Annäherung an die vielschichtige Thematik formulierte der Moderator der AG, Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, einige Leitfragen: Wie wirken die städtischen Einnahmen und Ausgaben auf die Entwicklung von Stadtregionen? Wie wirkt die Raumstruktur zurück auf die realwirtschaftliche Entwicklung? Wie wirkt die Raumstruktur auf die Allokation von Finanzmitteln?

Jürgen Wixforth, Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister, Berlin, gelangte in seinem Vortrag zur Struktur und Entwicklung der Kommunalfinanzen in suburbanen Räumen anhand empirisch-vergleichender Analysen für die Kommunen im Hamburger und Berliner Umland zu dem übergreifenden Befund, dass die lokal unterschiedlichen Ausprägungen der sozioökonomischen und räumlichen Strukturen und Dynamiken trotz Filtereffekten im Gemeindefinanzsystem auch bei den kommunalfiskalischen Einnahmen und Ausgaben zu identifizieren seien

Wetzlarer Neue Zeitung vom 8. Juli 2008

Kommunen kalkulieren Kosten kaum

Forscher bemängeln Planung von Neubaugebieten/ Auswirkungen werden vernachlässigt

Von Mika Beuster (0 64 41) 95 91 82
m.beuster@mittelhessen.de

Wetzlar/Dortmund. Wir werden immer weniger – doch während die Bevölkerung schrumpft, wuchern in vielen Städten und Gemeinden die Neubaugebiete. Kommunen wollen mit attraktiven Bauplätzen Familien anlocken und über vermehrte Steuereinnahmen Geld in die Rathauskassen spülen. Ein Wettbewerb entsteht, damit die eigene Stadt nicht kleiner wird.

Doch lohnt sich ein Neubaugebiet überhaupt für eine Kommune – oder wird ein Bauprojekt sogar zum finanziellen Desaster? Und wer zahlt für die Erschließung? Forscher haben nun herausgefunden: In Deutschland werden solche Überlegungen bei der Planung von Politik und Fachleuten meist nicht angestellt.

Ein Forscher-Team wurde durch die Schweiz auf den Mangel in Deutschland aufmerksam. Bei den Eidgenossen ist es seit geraumer Zeit üblich, dass die Folgekosten von Neubaugebieten von den Planern anhand von Modellrechnungen vorhergesagt würden, sagt Frank Osterhage vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund.

Er war an der Studie beteiligt, die in nordrhein-westfälischen Beispielkommunen die finanziellen Auswirkungen der Stadtplanung untersucht hatte. „In den USA ist es beispielsweise gesetzlich vorgeschrieben, dass vor einer Planung die Folgekosten berechnet werden", sagt Osterhage. Anders sieht es in Deutschland aus, berichtet der Experte für räumliche Entwicklung: „Bei uns werden vor allem die direkten Erschließungskosten berücksichtigt."

Wenn eine Gemeinde ziehen, kann es mit Kindergartenplätzen eng werden – und es müssen Kapazitäten in der Betreuung ausgebaut werden.

Wenn gleichzeitig die demografische Entwicklung, also das Altern der Bevölkerung, nicht in der Planung berücksichtigt wurde, dann könne es zu weiteren Problemen kommen. Osterhage: „Wir hatten eine Beispielkommune untersucht, in der es dann im anderen Teil der Stadt zu Lücken kam, weil dort zu wenige Kinder waren, auf der anderen Seite fehlten aber die Betreuungsplätze."

■ Immer weniger Einwohner finanzieren immer mehr Infrastruktur

Auch das Einrichten von neuen Buslinien, Schulen, eine teure Wasser-Ver- und Entsorgung – das alles führe zu weiteren Kosten über die ursprünglich erwarteten hinaus und könne die anfänglichen Hoffnungen einer Gemeinde zerstören, aus einem Neubaugebiet doch noch einen Gewinn zu zie-

– bei erheblichen Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland. Der wachsende Bedeutungsgewinn kernstadtnaher Umlandgemeinden um Hamburg als Arbeitsorte zeige sich für eine Vielzahl von Gemeinden in der zunehmenden Relevanz der Gewerbesteuer. Im brandenburgischen Umland seien z.T. extrem hohe Gewerbesteueraufkommen in wenigen Gemeinden festzustellen, die damit vielfach an historisch-ökonomische Entwicklungen anknüpfen. Die dynamisch wachsenden Gemeinden in beiden Regionen weisen hohe Investitions- und Kreditbelastungen auf, die mit zusätzlichen bevölkerungsinduzierten Infrastrukturbedarfen zusammenhängen.

Frank Osterhage

Im nächsten Vortrag setzte sich Frank Osterhage, ILS-Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung GmbH, Dortmund, mit den Kosten und Nutzen der kommunalen Siedlungsentwicklung auseinander. Vor dem Hintergrund der weiterhin angespannten Finanzlage und des fortschreitenden demographischen Wandels stellte er die Frage, ob wir uns eine Fortsetzung der gegenwärtigen Trends der Siedlungsentwicklung überhaupt noch leisten können. Auf der Grundlage einer Gegenüberstellung der Kosten und Nutzen warb er für die Erarbeitung und Etablierung von Berechnungsmodellen, anhand derer im Vorfeld von Flächenausweisungen die zu erwartenden fiskalischen Effekte abzuschätzen sind. In der jüngeren Vergangenheit habe es hierzu auch in Deutschland eine Reihe vielversprechender Initiativen gegeben. Die dabei angestrebte Schaffung von Kostentransparenz und Förderung eines Bewusstseinswandels – ebenso wie eine Fundierung der Argumente auf der Einnahmenseite – seien als wichtiger Schlüssel für ein nachhaltiges Flächenmanagement zu sehen.

Dr.-Ing. Jens-Martin Gutsche, Büro Gertz Gutsche Rümenapp, Stadtentwicklung und Mobilität GbR, und Georg Schiller, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden, behandelten finanzstrukturelle Mechanismen, die unsere Stadtregionen teuer machen. Die Ausweisung neuer Baugebiete und damit die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen zögen erhebliche negative Umweltwirkungen und Folgekosten für die Allgemeinheit nach sich. Aus Sicht der öffentlichen Raum- und Finanzplanung stellten sich die Fragen, ob und wie dieser kostenaufwendigen Siedlungsentwicklung entgegengewirkt und mehr Kostentransparenz erzielt werden kann. Für die Strukturierung der Lösungssuche wurde ein als „Kostenparadoxon der Baulandentwicklung" bezeichneter Erklärungsansatz vorgeschlagen. Dieser versucht, Antworten auf die Frage

zu finden, warum die zu beobachtende Siedlungsentwicklung in der Tendenz zu einer kostenintensiveren Siedlungsstruktur führt, obgleich alle wesentlichen Akteure der Baulandentwicklung bei Entscheidungen über Flächennutzungen darauf achten, ihre eigenen Kosten zu reduzieren.

Im Mittelpunkt der Diskussionen zu den drei Vorträgen standen zum einen methodisch-statistische Fragen: etwa nach der Berücksichtigung (inter-)regionaler Parameter (Zuzug aus Nachbargemeinden und anderen Regionen) oder der Einbeziehung von Leerständen, die in Anbetracht der demographischen Entwicklung zu wachsenden Rückbauerfordernissen führten, im Berechnungsmodell von Frank Osterhage. Hierbei zeigte sich, dass die angesprochenen Effekte durch die relativ komplexe Modellstruktur weitgehend berücksichtigt werden können. Mit großer Einigkeit und Vehemenz wurde zum anderen eine Verbesserung der – insbesondere auf der kommunalen Ebene – sehr unbefriedigenden Datensituation im Bereich der Finanzstatistik gefordert (Fehlen zahlreicher wichtiger Angaben, enorme zeitliche Verzögerungen bis zum Vorliegen der Daten; allgemein siehe auch Positionspapier aus der ARL Nr. 68). In raumentwicklungspolitischer Hinsicht wurde vorgeschlagen, Kosten für den Betrieb und die Aufrechterhaltung von Infrastrukturen auch dadurch einzusparen, dass stärker in großräumigen Verantwortungsgemeinschaften gedacht und gehandelt bzw. kooperiert werde, vor allem in den Bereichen Schul- und Gesundheitswesen. Ordnungspolitisch wurde angemerkt, dass zahlreiche staatliche Regulierungen (Normen, Richtwerte, Standards der Daseinsvorsorge) zu einer Erhöhung der Kosten der Siedlungsentwicklung führen. Daher seien auch die Standards zu überdenken. Und schließlich wurde betont, dass es in marktwirtschaftlich strukturierten Gesellschaften je nach den Präferenzen der Haushalte neben kostengünstigen kompakten Bauweisen auch Angebote für Einfamilienhäuser mit höheren Erschließungs- und Betriebskosten geben müsse.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Arbeitsgruppe C:
Ursachen für regionale Unterschiede von Finanzkraft und Finanzbedarf

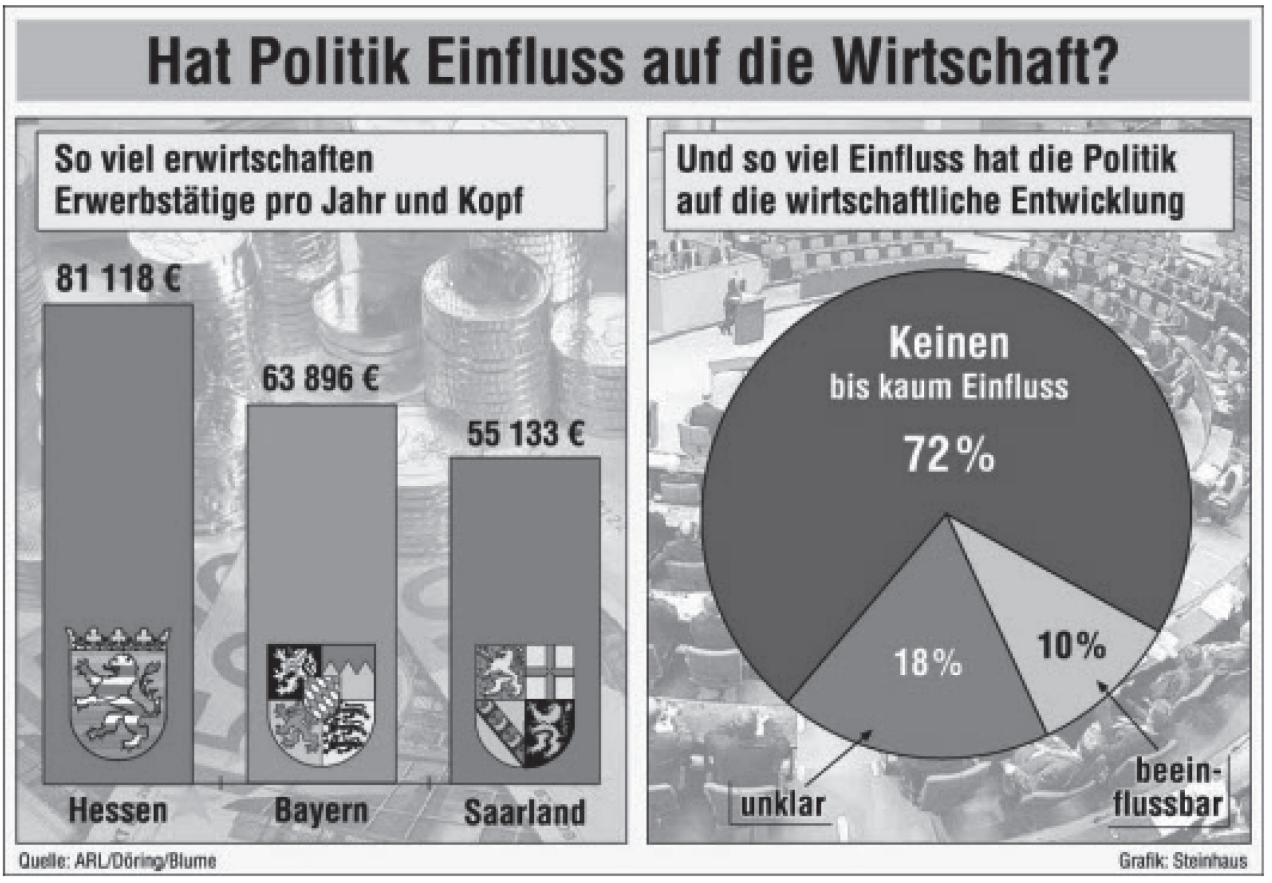
Wie viel der knappen Finanzmittel muss in die Wachstumszentren gesteckt werden, um die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt zu fördern, wie viel ist für die Versorgung – und möglicherweise auch Entwicklung – der Regionen außerhalb dieser Wachstumsräume notwendig? Zur Annäherung an diese Kernfrage der Arbeitsgruppe formulierte der Moderator der AG, Prof. Dr. Horst Zimmermann, Marburg, in seiner Einführung drei Leitfragen: Was sind die Ursachen für die Unterschiede? Welchen Einfluss hat Wirtschaftspolitik überhaupt? Welche strategischen Ansatzpunkte ergeben sich aus regionalplanerischer Sicht?

Horst Zimmermann

Prof. Dr. Thomas Döring, Fachhochschule Technikum Kärnten, Villach/Österreich, und Dr. Lorenz Blume, Universität Kassel, zeigten in ihrem Vortrag zu den Effekten der Wirtschaftspolitik auf, dass der Einfluss der ländereigenen Politik auf die Wirtschaftsentwicklung von Regionen und die damit verbundenen Unterschiede von Wirtschafts- und Finanzkraft als relativ gering bewertet werden müsse. Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen Regionen seien v. a. auf langfristige, z. T. historisch weit zurückreichende Entwicklungstrends, auf die geographische Lage, auf Agglomerationseffekte, Sozialkapital sowie die Sektoral- und Branchenstruktur zurückzuführen – alles Determinanten, die von der Länderpolitik kaum beeinflusst werden, zumindest nicht kurz- bis mittelfristig. Demgegenüber würden Effekte der Länderpolitik, z. B. in den Bereichen Verkehr und Bildung, insgesamt nur einen geringen Anteil der Wirtschaftsentwicklung erklären. Instrumente wie der Länderfinanzausgleich müssten vor dem Hintergrund, dass die Verantwortlichkeit der Landespolitik für die regionale Status-Quo-Situation gering sei, vor allem als Versicherungsinstrument angesehen werden: Ohne einen merklichen, aber nicht überzogenen Finanzausgleich und die gemeinschaftliche Nutzung von Steuererträgen würden die regionalen Disparitäten zunehmen.

Prof. Dr. Jürgen Kähler, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, leistete mit seinem Vortrag „Agglomeration und Staatsausgaben im internationalen Vergleich“ einen methodischen Beitrag zu der Frage, wie sich das Konstrukt „Agglomeration“ messen lässt. Insgesamt besteht laut Kähler ein recht starker positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte als einer wichtigen Agglomerationsdimension und Staatsausgaben – allerdings waren in seinen Regressionsanalysen mit Daten aus den USA und Deutschland die geschätzten Koeffizienten statistisch nicht immer signifikant, und einzelne Fälle zeigten auch gegenteilige Befunde. Der Zusammenhang zwischen Agglomerationsvariabeln und Staatsausgaben in der ökonomischen Theorie sei, so Kähler in seinem Fazit, unklar und in der empirischen Betrachtung uneinheitlich – von der Beantwortung der in der Diskussion zum Vortrag zugespitzten Kernfrage „Sind große Städte teurer als kleine?“ ist man mithin noch ein weites Stück entfernt, auch aufgrund von methodischen

Wetzlarer Neue Zeitung vom 12. Juni 2008



Politik übertreibt Erfolge

Forscher: Bundesländer bewirken nur wenig in der Wirtschaft

Von Mika Beuster (0 64 41) 95 91 82
m.beuster@mittelhessen.de

Berlin/Kassel. Politiker plakatieren bei Landtags-Wahlen gerne Erfolgsmeldungen: Aufschwung, mehr Arbeitsplätze. Das wird als Ergebnis kluger Wirtschaftspolitik gepriesen, den Nachbarländern nicht selten Versagen vorgeworfen. Das Forschungsergebnis zweier Wissenschaftler enthüllt solche Kampagnen bestenfalls als maßlos übertrieben. Denn Thomas Döring und Lorenz Blume haben festgestellt, dass Regierungen kaum Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Bundesländer haben – und beziffern ihn: auf zehn Prozent (siehe Grafik).

Denn auch wenn die Länder nur etwa zehn Prozent Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung hätten – so sei das doch auf den zweiten Blick recht respektabel. Und dass jetzt 16 Landesminister ihren Arbeitsplatz verlieren, sieht der Wissenschaftler aus Kassel auch nicht kommen. „Das kann man aus unseren Ergebnissen nicht schlussfolgern. Schließlich haben wir nicht unter-

ausschlaggebend sein im Kampf der Regionen um Investitionen.

Der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen, Georg Milbradt (CDU), bestätigt im Gespräch mit dieser Zeitung am Rande der Tagung, dass Länder auf diese Weise wirtschaftlichen Erfolg herbeiführen könnten. „Ich glaube, dass es darum geht, neue Aspekte mit aufzunehmen. Etwa, dass Politik

Problemen, z. B. im Umgang mit den hohen Korrelationen zwischen Variabeln wie Bevölkerungsdichte, Urbanisierung und Wirtschaftsstruktur.

Auch der nächste Vortrag behandelte die Frage nach den Ursachen der Unterschiede in Finanzkraft und Finanzbedarf. Anhand zahlreicher fiskalischer und ökonomischer Indikatoren zeigten Dr. Daniel Schiller, Leibniz-Universität Hannover, und Dr. Ulrike Hardt, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hannover, in ihrem Vortrag „Wirtschaftsentwicklung und kommunale Aufgabenerfüllung in Niedersachsen", dass sich die fiskalische Krise im Betrachtungszeitraum von 1981 bis 2005 in vielen Bereichen weiter zugespitzt hat, ebenso wie auch die regionalen Disparitäten. Eine weitere Verschlechterung der Finanzsituation der Kommunen würde aufgrund ihrer Funktion als Träger öffentlicher Investitionen schwerwiegende gesamtwirtschaftliche Folgen haben. Als zentrale Politikempfehlung leiteten die Autoren aus ihren Untersuchungen ab, dass auch bei einer Verbesserung der kommunalen Finanzsituation über Möglichkeiten nachgedacht werden müsse, Vorsorge für konjunkturbedingte Schwankungen zu treffen, damit auf Einnahmeeinbrüche rechtzeitig reagiert werden kann; dies beinhalte auch die Frage nach den Einflussmög-

lichkeiten des Landes auf die Allokation kommunaler Investitionsausgaben.

In den Diskussionen zu den drei Vorträgen standen zum einen methodische Fragen im Vordergrund: Das Vorliegen von Korrelationen lasse nicht unbedingt auf Kausalitäten schließen; vielfach seien weitaus differenziertere, und somit z.T. auch kaum erhebbare Eingangsvariabeln für Regressionsmodelle notwendig. Mit Blick auf die strategische Ausrichtung der Regionalpolitik wurde betont, dass Vorsorge für wirtschaftsschwache Zeiten wichtig sei, gerade auch für die Kommunen, da unter dem Vorzeichen einer Rezession auch die Landeszuweisungen zurückgehen. An der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte seien alle Ebenen beteiligt. Ein wesentliches Problem sei dabei, dass Investitionen nicht rechtzeitig an sich ändernde Haushaltssituationen angepasst werden.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Sozialversicherung und raumwirksame Bundesmittel

Am Beginn des zweiten Veranstaltungstages setzten sich Michael Zarth vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, und Daniel Schnitzlein vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, mit der regionalen Betrachtung der Sozialversicherung und raumwirksamer Bundesmittel auseinander. Dabei demonstrierten sie die enormen regionalen Verteilungswirkungen der Sozialversicherung, deren interregionales Transfervolumen sogar

Michael Zarth, Daniel Schnitzlein

höher als die Finanzströme des Länderfinanzausgleichs ausfielen. Bei der Unterscheidung zwischen Geber- und Empfängerregionen zeige sich, dass eine begrenzte Anzahl von Geberregionen die wirtschaftlichen Grundlagen für die staatliche Ausgleichspolitik sicherstellen. In den dynamischen Geberregionen – zumeist wirtschaftsstarke Agglomerationsräume – konzentrierten sich Wirtschaftswachstum und die Zunahme der Erwerbstätigkeit. Von deren Zahlungen, etwa aus der Arbeitslosenversicherung, profitierten und stabilisierten sich wiederum Empfängerregionen mit wirtschaftlichen Problemlagen maßgeblich.

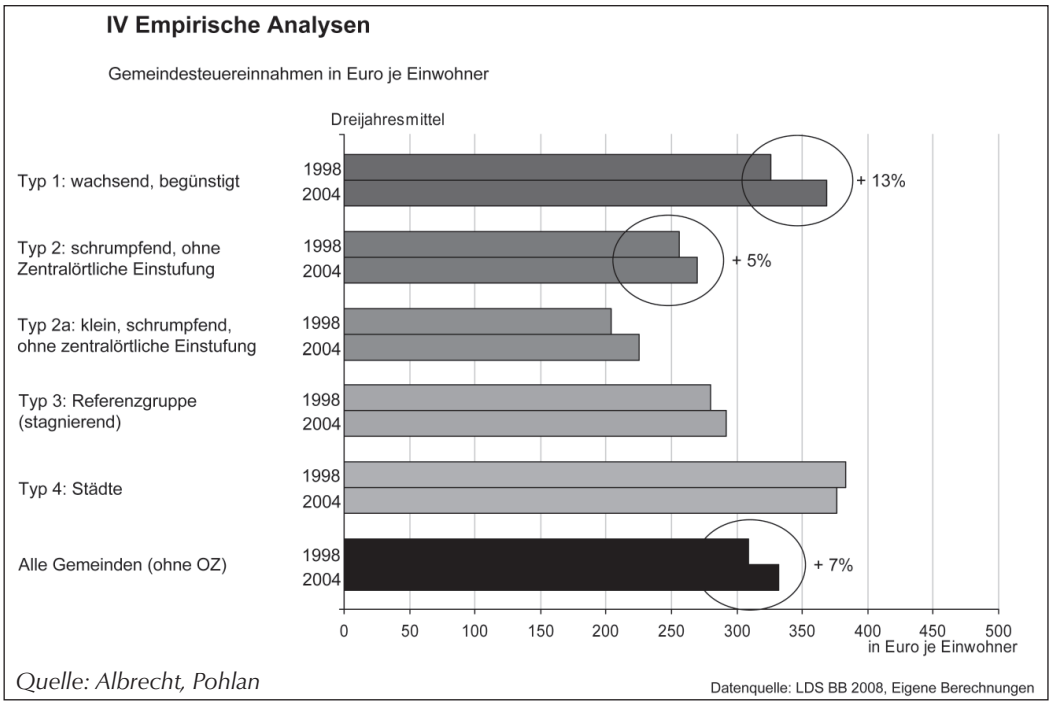
Bei der Analyse der raumwirksamen Mittel konnten Zarth und Schnitzlein auf kleinräumige Daten ab 1996 bis zum aktuellen Rand zurückgreifen. Insgesamt handele es sich um ein Mittelvolumen von insgesamt 602 Mrd. Euro für den Zeitraum 1996–2006 bzw. ca. 7.300 Euro je Einwohner. In ihrer Studie wiesen sie nach, dass Geberregionen aufgrund ihrer Strukturstärke deutlich weniger an den raumwirksamen Mitteln partizipieren. Vor allem gelte dies in Bezug auf die primär ausgleichsorientierten Maßnahmen, wie beispielsweise die GRW-Förderung. Eine weitere wichtige Erkenntnis ihrer Ausführungen war, dass das pauschale Argument einer flächendeckenden Gießkannenförderung nicht haltbar sei. Schließlich könne der Einsatz raumwirksamer Mittel nicht losgelöst von der funktionsräumlichen Spezialisierung der Regionen und den vorhandenen Entwicklungspotenzialen erfolgen. Als Beispiel für diesen Zusammenhang nannten sie den Bereich Hochschule und Forschung, da für die Mittelbeantragung und -verwendung einige relevante Standortvoraussetzungen (Hochschuleinrichtungen, innovatives Unternehmenspotenzial) gegeben sein müssen.

Abschließend machten Zarth und Schnitzlein auf die große Bedeutung der Absorptionsfähigkeit von Regionen gerade bei der politisch motivierten Umverteilung von raumwirksamen Mitteln aufmerksam. So müsse die Absorptionsfähigkeit, in strukturstarken genauso wie in strukturschwachen Regionen, eine stärkere Handlungsrelevanz bei der Lenkung von Finanzströmen erhalten.

Landesentwicklungsstrategie in Brandenburg

Eine Studie zu den fiskalischen Wirkungen der neuen Landesentwicklungsstrategie Brandenburgs wurde von Martin Albrecht und Dr. Jörg Pohlan von der HafenCity Universität Hamburg vorgestellt. Hintergrund der Neuausrichtung der Landesentwicklung Brandenburgs seien die zunehmenden wirtschaftlichen und demographischen Herausforderungen in vielen Teilen des Landes. In Zukunft werde deshalb eine Konzentration der Fördermittel auf sektorale und räumliche Entwicklungsschwerpunkte vorgenommen: Im Sinne des Ansatzes „Stärken stärken" werde durch diese Strategie die Schaffung von räumlichen Wachstumskernen beabsichtigt. Parallel dazu sehe das neue Konzept eine Straffung der zentralörtlichen Gliederung vor und die Verteilung der Finanzmittel werde in verstärktem Maße den einwohnerstarken Kommunen zugute kommen. Gegenüber den alten Regelungen seien somit Grund- und Kleinzentren deutlich schlechter gestellt worden.

Anhand ihrer empirischen Analysen veranschaulichten Albrecht und Pohlan die kommunalfiskalische Situation im Zeitablauf von 1997 bis 2005. Dabei konnten sie die Auseinanderentwicklung der Finanzkraft zwischen den Wachstums- und Schrumpfungsregionen empirisch belegen. Diese Tendenzen werden durch die Umsetzung der geplanten Verteilungssystematik fortgeschrieben: So zeigen Modellrechnungen und Prognosen für unterschiedliche Raumtypen, dass einnahmenseitig die Divergenz zwischen Wachstumskernen und Schrumpfungsräumen weiter zunehmen wird. Damit werde einerseits das grundsätzliche Ziel der Neuakzentuierung erreicht und an die Stelle der Ausgleichsorientierung trete eine Kräftigung der Städte und Zentren. Auf der anderen Seite stehe als Konsequenz die-



ser Strategie die Schwächung einer Vielzahl von kleineren Gemeinden, die bereits heute mit sehr angespannten Haushaltslagen wirtschaften müssen.

Hochschulpolitik und Hochschulausgaben

Der Präsident der Universität Kassel, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, befasste sich in seinem Beitrag mit dem Thema „Hochschulpolitik und Hochschulausgaben aus regionalpolitischer Sicht". Zunächst stellte er die besondere Bedeutung einer Hochschule als Standortfaktor für die Innovationsaktivitäten in einer Region heraus: Zum einen bilden qualifizierte Fachkräfte die Voraussetzung für die Umsetzung von wirtschaftlichen Innovationsprozessen. Zum anderen wird das in den Hochschulen vorhandene Wissen über personelle Netzwerke in Wirtschaft und Gesellschaft der Region transferiert.

Rolf-Dieter Postlep

Damit diese Innovationsfunktionen von den Universitäten zu leisten sind, müsse eine entsprechende Ausstattung und staatliche Unterstützung gewährleistet sein. Allerdings habe es seit Mitte der 90er-Jahre erhebliche Änderungen im Finanzierungs- und Fördersystem der Hochschulen gegeben, die Postlep als effizienzorientierte Wende in der Hochschulpolitik beschreibt. Dazu zählten etwa die indikatorengestützte Outputorientierung als Planungsgrundlage für die Finanzverteilung oder der Bedeutungszuwachs von Förderprogrammen für ganze Universitäten und Forschungsverbünde. Diese neuen Entwicklungen führten dazu, dass eine ausgleichsorientierte Regionalpolitik konterkariert werde, da Hochschulen an strukturschwachen Standorten das Nachsehen hätten. So zeigten Postleps empirische Analysen von 75 Arbeitsmarktregionen mit Hochschule und die jeweils erhaltenen DFG-Mittel, dass neu gegründete oder restrukturierte Universitäten in strukturschwachen Regionen bei der Mittelvergabe deutlich schlechter gestellt werden. Im Vorteil seien die traditionellen Universitäten in den strukturstarken Agglomerationen, die der effizienzorientierten Wende in der Hochschulpolitik eher entsprechen.

Abschließend appellierte Postlep an die Verantwortlichen in Bund und Ländern, den Trend der räumlichen Polarisierung im Bereich der Hochschullandschaft aufzuhalten und wieder eine ausgleichsorientierte Regionalpolitik zu verfolgen. Schließlich sei der regionale Wissenstransfer durch die Hochschulen eine entscheidende Voraussetzung, um in den strukturschwachen Regionen das Innovationspotenzial der wirtschaftlichen Akteure zu aktivieren und ökonomische Wachstumsprozesse in Gang zu bringen. Dies gelte im Übrigen nicht nur für Deutschland, sondern werde auch im europäischen Kontext eine größere Relevanz erhalten.

Diskussion mit dem Plenum

Im Anschluss an die drei Vorträge fand unter der Moderation von ARL-Vizepräsident Prof. Dr. Hans H. Blotevogel, TU Dortmund, eine Diskussion mit dem Plenum statt. Zunächst wurden methodische Fragen vor allem im Zusammenhang mit dem Vortrag zur regionalen Betrachtung der Sozialversicherung und raumwirksamer Bundesmittel erörtert. Dabei ging es um die Eignung der verwendeten Indikatoren sowie um die Raumwirksamkeit von weitergehenden Finanzströmen, etwa aus dem verteidigungspolitischen Bereich. Zarth machte deutlich, dass die Verteilungseffekte durch Aufträge aus dem Etat der Bundeswehr beachtlich seien. Allerdings seien Aspekte der Datengeheimhaltung und Probleme bei der Verortung des Mitteleinsatzes zu berücksichtigen.

Hans H. Blotevogel

Die neue Landesentwicklungsstrategie Brandenburgs warf viele Fragen im Hinblick auf die politischen Konsequenzen

für die Raumordnung auf: Welche Angebote können den Menschen im ländlich-peripheren Raum gemacht werden, da sich ihre Situation vermutlich deutlich verschlechtern wird? Wird die berufliche Mobilität gerade jüngerer Personen in diesen Regionen steigen und wird dadurch eine Abwärtsspirale zementiert? Pohlan wies darauf hin, dass die Studie zunächst die Entwicklung der Finanzsituation prognostiziert habe und demnach das politische Ziel der Zentrenstärkung erreicht werde. Das weitere Vorgehen und denkbare Maßnahmen zum Erhalt der Daseinsvorsorge im ländlich-peripheren Raum könnten nur in enger Abstimmung mit den regionalen Akteuren vor Ort geschehen und seien im Zusammenhang mit der jeweils spezifischen Situation einzuschätzen.

Verschiedene Diskussionsbeiträge unterstützten die Auffassung, dass die Änderungen im Finanzierungs- und Fördersystem der Hochschulen zu einer Benachteiligung strukturschwacher Standorte führten. Hingewiesen wurde auf den „unsichtbaren" Einfluss weicher Faktoren, wie der Zusammensetzung von DFG-Gutachtergremien. Zudem war die Rolle der Fachhochschulen im regionalen Innovationsprozess ein Thema. Die Fachhochschulen – die in der vorgestellten Analyse nicht berücksichtigt wurden – lieferten ebenfalls einen wichtigen Beitrag für den Wissenstransfer in einer Region, da diese häufig sehr intensiv über Arbeitskontakte mit den lokalen Unternehmen verbunden seien. Daraufhin betonte Postlep ebenfalls die besondere Bedeutung der Fachhochschulen im Innovationsprozess; aus forschungsökonomischen Gründen und wegen der verwendeten Datengrundlage sei eine Konzentration seiner Untersuchung auf die Hochschulen vorgenommen worden.

Podiumsdiskussion

„Was können und sollen öffentliche Finanzströme zur räumlichen Entwicklung beitragen?" Zu dieser Frage fand gegen Ende der Plenarsitzung eine von ARL-Präsident Prof. Dr. Heinrich Mäding moderierte Podiumsdiskussion statt. Die Teilnehmer stellten zunächst in kurzen Statements ihre Sichtweisen dar:

Prof. Dr. Gisela Färber betonte die Notwendigkeit weiterer Forschungsarbeiten zum Themenbereich Finanzströme und ihre räumlichen Wirkungen. In den letzten Jahren habe es erhebliche Fortschritte im Wissen über die Verteilung öffentlicher Mittel und deren räumliche Relevanz gegeben. Allerdings müsse die Qualität der Daten noch deutlich verbessert werden und dazu gebe es noch weiteren Abstimmungsbedarf zwischen Wissenschaft und Politik. Schließlich seien die wissenschaftlich abgesicherten Ergebnisse regionaler Analysen elementar wichtig, um einerseits die Sanierung der Haushalte auf einer fundierten Grundlage rational diskutieren zu können, andererseits könne ohne Transparenz und Abschätzung von Wechselwirkungen eine regionale Strategiebildung und die Entwicklung politischer Handlungskonzepte nicht seriös geleistet werden.

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld stellte in seinem Statement die besondere Bedeutung der regionalen Situation und der vorhandenen Entwicklungspotenziale als Ansatzpunkt für Förderstrategien heraus. Aufgrund der unterschiedlichen Voraussetzungen müsse man sich von der Vorstellung lösen, dass mit Hilfe von Förderprogrammen alle Regionen auf ein einheitliches Entwicklungsniveau gebracht werden könnten. Vielmehr seien regional angepasste Strategien zu entwickeln, bei denen die Akteure vor Ort und deren notwendige Umsetzungskompetenz eine größere Bedeutung erlangten. Zudem seien in Zukunft Transferzahlungen auch unter dem Blickwinkel der Stadt-Umland-Konstellationen zu diskutieren. Es müsse darum gehen, der Aufgabenteilung zwischen Stadt und Umland entsprechende Finanzströme – etwa eine Beteiligung des Umlandes an städtischen Leistungen – gegenüberzustellen.

Der Erste Bürgermeister der Stadt Mannheim, Christian Specht, erläuterte am Beispiel des Rhein-Neckar-Raumes die Vorteile regionaler Kooperationen und die Erfordernis zum Ausschöpfen von Sparpotenzialen durch die Aufgabenteilung zwischen einzelnen Kommunen. Als positives Beispiel hob er die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs hervor und meinte, dass auch in anderen kommunalen Aufgabenbereichen eine Zusammenarbeit sinnvoll sein könne. Als sehr hilfreich für derartige Überlegungen erwiesen sich die neuen strategischen Managementansätze, die auf Veränderungen von der Kameralistik hin zur Doppik basieren. Dies führe zu mehr Kostentransparenz, Kostenvorteilen und einem insgesamt effizienteren Arbeiten der öffentlichen Verwaltungen. Beispielsweise könnten nun kommunale Leistungen und ihre Kosten in verschiedenen Städten sehr leicht miteinander verglichen und Optimierungsmöglichkeiten auf einer fundierten Basis diskutiert werden.

Prof. Dr. Horst Zimmermann ging vor allem auf die politische Dimension bei der Beurteilung der raumrelevanten Ziele Wachstum und Ausgleich ein. Zunächst machte er den qualitativen Unterschied deutlich, dass Ausgleichsziele bei entsprechender Höhe der Finanztransfers in relativ kurzer Zeit und für jedermann sichtbar zu erreichen seien. Demgegenüber wirkten Wachstumsziele nur indirekt und benötigten längere Zeiträume zur Umsetzung. Die Folge sei, dass in der politischen Landschaft die Entscheidungen in der Regel zugunsten des Ausgleichszieles fallen. Dies könne in vielen älteren wie neueren empirischen Untersuchungen zur räumlichen Verteilung der Finanzmittel nachvollzogen werden. Allerdings beobachte er ein – aus seiner Sicht sinnvolles – Umdenken bei den politisch Verantwortlichen: Insbesondere in Regionen mit knapper werdenden Finanzmitteln, wie beispielsweise in Ostdeutschland, setze sich die Erkenntnis durch, dass zunächst dem Wachstumsziel und der Konzentration der Fördermittel auf die dynamischen Zentren Vorrang eingeräumt werden müsse.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden verschiedene Aspekte im Hinblick auf den politischen Konflikt zwischen Ausgleichs- und Wachstumsziel beleuchtet. Der Vorrang für die Stärkung der Wachstumspotenziale in zentralen Regionen müsse nicht zwangsläufig heißen, dass in strukturschwachen und peripheren Gebieten gar keine Entwicklung mehr stattfinden könne. Allerdings müsse auch in diesen Regionen stärker differenziert werden: So mache es wenig Sinn, in peripheren Gebieten zu investieren, die nur über sehr geringe Wirtschafts- und Wachstumspotenziale verfügen. Häufig seien dort in den vergangenen Jahren die Förderprogramme ins Leere gelaufen. Man müsse nach wirtschaftlich fundierten Ansatzpunkten in benachteiligten

Martin T.W. Rosenfeld, Gisela Färber, Heinrich Mäding, Christian Specht, Horst Zimmermann

Regionen suchen, die in vertretbarer Zeit entwickelt werden können. Dazu seien regional angepasste Strategien notwendig, wobei die regionalen Akteure eine Schlüsselrolle innehaben. Die stärkere Eigenverantwortung der Kommunen sollte jedoch flankiert werden durch verbesserte Anreizstrukturen, etwa eine größere Entscheidungsfreiheit beim Einsatz der vorhandenen Finanzmittel.

Schlusswort

Der Präsident der ARL, Prof. Dr. Heinrich Mäding, hob in seinem Schlusswort zunächst die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Finanzpolitik und Raumpolitik hervor. So seien Gemeinsamkeiten in der Anerkennung der übergeordneten Ziele Generationengerechtigkeit oder auch Nachhaltigkeit zu sehen. Diese resultierten aus ihren jeweiligen querschnittsorientierten Politikansätzen, die viele andere Felder berührten und somit eine Abwägung zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen erforderlich machten. Unterschiede bestünden demgegenüber in den Steuerungsmöglichkeiten und der politischen Beachtung. So finde die Finanzpolitik eine deutlich höhere Wahrnehmung als die Raumpolitik. Dies sei nicht zuletzt durch die besseren Steuerungsmöglichkeiten der Finanzpolitik hervorgerufen, da die Zahlungsströme sehr direkt und präzise eingesetzt werden können. Raumpolitik sei demgegenüber in der Steuerung als eher diffus zu bezeichnen und verfüge zudem nicht über die Macht, beispielsweise zu bestimmen, welche Fachressorts in ihrem Sinne Mittel für Investitionen verteilt oder Subventionen tätigt. Wenn es zu einem wechselseitigen Verhältnis zwischen Finanzpolitik und Raumpolitik komme, etwa in der regionalen Wirtschaftspolitik oder den regionalen Wirkungen der Finanzierung, entscheide in der Regel letztlich die Finanzpolitik. Der Raumpolitik verbleibe oftmals nur die – vergleichsweise schwache – Rolle des Mahners, der auf übergeordnete Ziele verweist und dessen Argumente dann doch nicht gehört werden.

Zum Abschluss der Veranstaltung richtete der ARL-Präsident einige zusammenfassende Forderungen an die Politik und formulierte Erwartungen an die Wissenschaft: So sei die Politik in Bund und Ländern aufgefordert, die raumpolitischen Folgen von Maßnahmen und Strategien im Vorfeld auf ihre Raumwirksamkeit zu überprüfen und zu bewerten. Eine derartige „Raumverträglichkeitsprüfung“ werde zu einer raumpolitisch aufgeklärten Finanzpolitik führen, die heute in Deutschland so nicht existiere. An die Wissenschaft stellte er die Erwartung, mehr Erkenntnisse über die Wirkungszusammenhänge von öffentlichen Finanzströmen und räumlicher Entwicklung zu erarbeiten. Denn nur durch weitere Forschung in den Raumwissenschaften – wie auch in den Finanzwissenschaften – könnten die Grundlagen für eine schrittweise Verbesserung der Politikergebnisse geschaffen werden.

Die große Resonanz auf die Wissenschaftliche Plenarsitzung zeigt die besondere Relevanz des Tagungsthemas für die tägliche Arbeit der nach Berlin gekommenen Wissenschaftler, Praktiker und politisch Verantwortlichen. Die vielen spannenden Vorträge und lebhaften Diskussionen waren aber nicht nur eine Bestätigung für die ARL, zur richtigen Zeit am richtigen Ort gewesen zu sein. Sie sind auch Ansporn für die Zukunft, sich weiterhin im Spannungsfeld öffentlicher Finanzströme und räumlicher Entwicklung aktiv einzubringen.

Matthias Schönert, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Schoenert@ARL-net.de

*Sie finden diesen Bericht mit ergänzenden Informationen (im pdf-Format herunterladbare Power-Point-Präsentationen und die Kurzfassungen der Vorträge) auch auf der Website der ARL (**www.ARL-net.de**) in der Rubrik Veranstaltungen, Rückblick.*

100. Sitzung der LAG Baden-Württemberg

Festveranstaltung in Stuttgart

Rund 90 Gäste kamen am 10. Juli 2008 zur von ARL und Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg gemeinsam ausgerichteten Festveranstaltung anlässlich der 100. Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Baden-Württemberg der ARL im Haus der Wirtschaft in Stuttgart zusammen, darunter auch viele ehemalige Mitglieder der LAG. Der Leiter der LAG, Verbandsdirektor Dr. Stefan Köhler, Ravensburg, begrüßte die Teilnehmer und bedankte sich bei allen Referenten des Tages und beim Wirtschaftsministerium als Mitveranstalter für die Unterstützung. Er dankte vor allem aber auch all denjenigen, die sich über die Jahre hinweg in der LAG engagiert, ihr ein Gesicht gegeben, die Arbeit bereichert – und somit diese 100. Sitzung erst ermöglicht haben.

ARL-Präsident Prof. Dr. Heinrich Mäding betonte in seinem Grußwort, dass Raumentwicklungspolitik auf den Dialog von Wissenschaft und Praxis angewiesen ist. Mäding skizzierte einige der wesentlichen Schwierigkeiten dieses Dialogs, die sich aus den unterschiedlichen Rollen und Rahmenbedingungen der Wissenschaftler und Praktiker ergeben (vgl. ausführlich die gekürzte Fassung seines Beitrags in der Rubrik „Zur Diskussion"). Aus Notwendigkeit und Schwierigkeit dieses Dialogs ergibt sich die Aufgabe der ARL, sich interdisziplinär und eben gerade unter Einbeziehung von Praxis und Wissenschaft aktuellen Themen der Raumentwicklung zu widmen. Mäding betonte in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Landesarbeitsgemeinschaften, die einen bestimmten Raum themenübergreifend und interdisziplinär bearbeiten und Politikempfehlungen landesspezifisch konkretisieren. Auch er dankte den aktuellen und ehemaligen Mitgliedern für ihr Engagement und würdigte die Arbeit der LAG Baden-Württemberg im Netzwerk der ARL.

Hans Freudenberg

Den engen Bezug seines Hauses als Oberster Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde zur ARL und ihrer Landesarbeitsgemeinschaft bekräftigte Ministerialdirektor Dr. Hans Freudenberg, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, in seinem Grußwort „Zukunftsaufgabe Landesplanung". Er stellte wichtige Arbeitsergebnisse seines Hauses in den letzten Jahren heraus. So hätten die neuen Leitbilder aus dem Jahr 2006 zu einem gemeinsamen Positionspapier des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für den Ländlichen Raum geführt, in dem Metropolregionen und ländlicher Raum als Partner angesehen werden. Die Arbeit der MKRO, die gerade für zwei Jahre unter dem Vorsitz von Baden-Württemberg stand, ist Teil der Raumentwicklungspolitik in Europa. Regionale Kooperation und Regionalentwicklung, die neben die klassische Regionalplanung treten, bezeichnete Freudenberg als wichtige Zukunftsaufgaben der Raumordnung, für die auch noch weitere Grundlagenforschung und eine intensive Rückkopplung von Wissenschaft und Praxis notwendig sind.

Dialog und Zusammenarbeit waren auch im Folgenden Schlüsselbegriffe der Veranstaltung. Prof. Dr. Claus E. Heinrich, Vorstandsmitglied der SAP AG, Walldorf und Vorstandsvorsitzender des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V., betonte in seinem Festvortrag „Gemeinschaftliche Regionalentwicklung für Wachstum und Innovation" die Bedeutung des Dialogs und der intensiven Kooperation der unterschiedlichen Akteure einer Region, insbesondere aus Wissenschaft und Wirtschaft, für die regionale Entwicklung. Heinrich illustrierte seine Ausführungen anschaulich durch zahlreiche Beispiele aus der Arbeit des Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V., dessen Ziele die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit für gemeinnützige Zwecke und die ideelle und finanzielle Unterstützung gemeinnütziger und regionaler Initiativen in der Metropolregion sind. Innovationen können, so Heinrich, in einer Region v. a. dann entstehen und auch erfolgreich vermarktet werden, wenn Wirtschaft und Wissenschaft, gerade auch interdisziplinär, eng zusammenarbeiten, um das regionale Innovationsklima langfristig zu stärken. Aber auch kurzfristig kann die Attraktivität der Region für ihre Bewohner gesteigert werden, z. B. durch den Aufbau von Dual Career Services oder durch die gemeinsame Verbesserung von Ausbildungsmöglichkeiten. Die regionalen Akteure aus allen Bereichen müssten die Region als Ganzes sehen; wichtig sei auch, die Bürger selbst in die Entwicklung einer Region einzubeziehen und somit ein „Wir-Gefühl" zu schaffen. Durch die intensiven Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure in der Region Rhein-Neckar ist es gelungen, aus Randlagen eine zentrale Lage zu schaffen. Ziel sei nun, gemeinsam mit allen Partnern die Region bis 2015 zu einer der attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen in Europa zu entwickeln.

Claus E. Heinrich

Plenum

Wohin entwickelt sich die Regionalplanung?

Zwei Diskussionsrunden unter dem Motto „Die LAG Baden-Württemberg – Jung und Alt im Dialog" bildeten den zweiten Block der Veranstaltung. In seinem Impulsstatement für die erste Diskussionsrunde „Wohin entwickelt sich die Regionalplanung" skizzierte Prof. Dr. Dirk Vallée, Aachen, einige aktuell besonders brisante Herausforderungen, denen sich auch die Regionalplanung stellen muss, die jedoch nicht an Regionsgrenzen halt machen, wie z. B. den demographischen Wandel und den Klimawandel. Auch verändern sich die Lebenswirklichkeiten der Menschen, die Menschen leben zunehmend regional. Es stellt sich somit die Frage, welche Ebene für die Planung von Infrastrukturen und Flächennutzungen geeignet ist. Zunehmend gilt es, Raumstrukturen nach der Lebenswirklichkeit, also nach den Inhalten, zu konfigurieren.

v. l.: Dirk Engelke, Gottfried Schmitz, Kerstin Gothe

Die Podiumsdiskutanten Dr. Gottfried Schmitz, Mainz, und Dr. Dirk Engelke, Karlsruhe, stimmten in der von Prof. Kerstin Gothe, Karlsruhe, moderierten Diskussion überein, dass die Raumplanung selbst die großen „Megathemen" nicht alleine und schon gar nicht in ganzer Breite behandeln kann, sondern sich vielmehr auf diejenigen Bereiche beschränken muss, wo eine Abstimmung im Raum notwendig ist, wo also beispielsweise Nutzungskonflikte entstehen. Für eine erfolgreiche Regionalentwicklung seien regionale Organisationsstrukturen wichtig, die für die notwendige Beständigkeit sorgen und Regionalentwicklungsprozesse koordinieren können. Das von Prof. Dr. Heinrich geschilderte Vorgehen des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. stehe für die Ergänzung zur „offiziellen" Planung bzw. Regionalentwicklung – der Mix von harten und prozessualen Instrumenten wird, so Engelke, die Regionalentwicklung der Zukunft ausmachen. Als Vision für die Weiterentwicklung der Regionalplanung im Jahr 2030 sah Schmitz eine stärkere Verzahnung zwischen regionaler Verwaltung und regionaler Planung und somit die Zusammenführung von Planung und Umsetzung ebenso wie von Regionalplanung und Flächennutzungsplanung – Grundlage hierfür müsse die Verständigung der Kommunen untereinander sein, hieraus würden dann gemeinsame Aufgaben erwachsen. Engelke sah Regionalplanung noch stärker an der Schnittstelle zwischen Prozess und Territorium – Regionalplanungseinrichtungen müssten zu regionalen Entwicklungsagenturen werden. Eine der Herausforderungen bestehe im Umgang mit der globalisierten und immer stärker vernetzten Welt einerseits und der abnehmenden territorialen Bindung der einzelnen Menschen andererseits.

Soziodemographische Aspekte der künftigen Raumentwicklung

Die zweite Podiumsrunde war den soziodemographischen Aspekten der künftigen Raumentwicklung gewidmet. Prof. Dr. Erika Spiegel, Heidelberg, betonte in ihrem Impulsstatement, dass auch in Baden-Württemberg schon heute auf den demographischen Wandel reagiert werden muss, auch wenn dieser hier vergleichsweise spät einsetzt. In der öffentlichen Aufmerksamkeit steht in Baden-Württemberg derzeit vor allem die Änderung der Altersentwicklung, der Bevölkerungsrückgang erfährt jedoch bislang kaum Aufmerksamkeit, obwohl dieser – regional durchaus sehr

Foto: Overbeck

v. l.: Erika Spiegel, Corinna Clemens, Werner Köhl, Holger Keppel

unterschiedlich – bedeutende Auswirkungen haben und beispielsweise zu Fachkräftemangel führen wird. Bei der Diskussion um Handlungsoptionen müssen vor allem die Fragen nach Mindeststandards gestellt werden, um einer „Abwärtsspirale" zu entgegnen und somit zu verhindern, dass die Konkurrenz um Einwohner regional stark steigt.

In der anschließenden Diskussion (auf dem Podium: Dr. Corinna Clemens, Böblingen; Prof. Dr. Werner Köhl, Reutlingen; Moderation: Dr. Holger Keppel, Rottenburg a. Neckar) wurde herausgestellt, dass das Bewusstsein für Stagnation und Schrumpfung häufig noch fehlt – man ist immer noch, wie Köhl betonte, an ein „Verteilungsdenken" von Wachstum gewohnt – und dieses Verteilungsdenken sei das eigentliche Problem. Das Baugesetzbuch schreibt die Ausrichtung am Bedarf vor, dies müsse auch durchgesetzt werden. Allerdings werden, so Clemens, aufgrund der regionalen Lebensstile die Bedarfsberechnungen immer schwieriger. Dennoch müssten die Kommunen mit der Tatsache konfrontiert werden, dass die zur Verfügung stehenden Mittel weniger werden. Die Antworten auf die durch die Schrumpfungsprozesse entstehenden Fragen können, hierin stimmten die Diskutanten überein, nur im Dialog der Kommunen und in Verbindung mit der übergeordneten Regionalplanung gefunden werden – ein Bild für die gesamte Region müsse gemeinsam entwickelt werden.

Europa in eine bessere Verfassung bringen

Höhepunkt der Veranstaltung war der Festvortrag „Europa in eine bessere Verfassung bringen" des baden-württembergischen Ministerpräsidenten a. D., Dr. h.c. Erwin Teufel, der in seiner Begrüßung und Vorbemerkung allerdings auch die Bedeutung der Regionalplanung würdigte und kurz auf deren Ursprünge und seine eigenen Beziehungen zu ihr zurückblickte. Teufel, der Mitglied des europäischen Verfassungskonvents war, skizzierte in seinem eindrucksvollen Vortrag anschaulich die Entwicklung Europas hin zur EU der 27 und analysierte Stärken und Schwächen der Europäischen Union. Europa sei in erster Linie eine Friedensgemeinschaft, seine Entwicklung eine Erfolgsgeschichte: Die europäischen Staaten hätten aus der Geschichte gelernt. Dennoch sei die Akzeptanz bei den Bürgern heute gering, auch in Deutschland. Die Europäische Union erscheine dem Bürger als ein fernes, intransparentes und bürokratisches Gebilde – auch dies ein Grund dafür, dass Europa in eine bessere Verfassung gebracht werden muss. Vielfach kümmere sich die EU, so Teufel, um Themen und Bereiche, die eigentlich die Kommunen, Regionen oder Nationalstaaten regeln können. Europa müsse jedoch vor allem vom Bürger her gedacht werden, von unten nach oben aufgebaut werden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip solle sich Europa demnach nur um die Aufgaben kümmern, die klar über die Kraft der Nationalstaaten hinausgingen. Dies seien Sicherheits-, Wettbewerbs- und Währungspolitik, grenzüberschreitende Umweltpolitik und Großforschungsprojekte. Ein Verfassungsvertrag mit einer klaren Kompetenzordnung sei hierfür notwendig. Der Lissabonner Vertrag, der in Irland unlängst in einem Referendum abgelehnt wurde, beinhalte deutliche Verbesserungen hinsichtlich der Kompetenzverteilung, aber auch der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, der Stärkung des europäischen Parlaments,

Foto: Wille

v. l.: Heinrich Mäding, Erwin Teufel, Richard Drautz, Stefan Köhler

der Erhöhung von Transparenz und Bürgernähe sowie der Handlungsfähigkeit nach außen. Laut Teufel wird es in Irland eine zweite Abstimmung geben müssen, notfalls verbunden mit der Abstimmung über die Mitgliedschaft Irlands in der EU. Teufel betonte, dass Europa als kulturelle Kraft und als geschichtliche Einheit gesehen werden müsse. Begegnungen, Kontakte, Austausch zwischen den Nationen seien die Basis für eine europäische Identität. Europa ist, so Teufel abschließend, „Herkunft und Zukunft".

Ein abendlicher Empfang, ausgerichtet durch Staatssekretär Richard Drautz, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, der in seinem Grußwort das Programm der Veranstaltung und den Vortrag von Ministerpräsident Teufel würdigte, rundete die Veranstaltung ab und gab den Mitgliedern und Gästen der LAG ausführlich Gelegenheit zum weiteren Austausch – jetzt schon mit Blick auf die 200. Sitzung. Mit der zur 100. Sitzung herausgegebenen Festschrift „Landes- und Regionalplanung in Baden-Württemberg", erschienen als Arbeitsmaterial der ARL Nr. 342, konnten die Teilnehmer der Veranstaltung noch interessanten Lesestoff mit nach Hause nehmen.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

Kulturlandschaftsentwicklung und räumliche Planung

26. Fortbildungsveranstaltung von ARL und Bayerischem Wirtschaftsministerium

Am 11. und 12. Juni 2008 kamen im oberfränkischen Kloster Banz rund 100 Expertinnen und Experten zur 26. Fortbildungsveranstaltung für Landes- und Regionalplaner zusammen. Die Fortbildung wurde gemeinsam von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bayern der ARL und dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie veranstaltet. Im Mittelpunkt stand die Kulturlandschaftsentwicklung und ihre Bedeutung für die räumliche Planung. Als Einstieg gab Dr. Robert Schreiber aus der Abteilung Landesentwicklung im Wirtschaftsministerium einen Überblick über den Stand der Novellierung des Bundesraumordnungsgesetzes. Das Gesetz, das seit einigen Jahren ja explizit den Begriff der Kulturlandschaften beinhaltet, stellt für alle Landes- und Regionalplaner(innen) eine der bedeutenden Arbeitsgrundlagen dar. Die vorgesehenen Änderungen werden allerorts mit großem Interesse verfolgt. Daher war es für die Anwesenden sehr gewinnbringend, über den Stand des Verfahrens und die voraussichtlichen Änderungen „aus erster Hand" zu erfahren.

Begriff der Kulturlandschaft

Breiten Raum nahm die Frage ein, was wir in der heutigen Zeit unter „Kulturlandschaften" verstehen und welche Abgrenzungsmöglichkeiten zum scheinbar gegensätzlichen Begriff der „Naturlandschaften" existieren. In der ARL waren hierzu in den vergangenen Jahren mehrere Arbeitskreise tätig, auf deren Ergebnisse in der weiteren Diskussion aufgebaut werden konnte. Prof. Dr. Hubert Job, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, erweiterte in seiner Einführung die Thematik um eine normative Dimension. Die Frage „In welcher Kulturlandschaft wollen wir leben?" macht deutlich, dass es hochaktuell um Flächennutzungskonkurrenzen geht, die einerseits Bedarfe der Nahrungsmittel- und der Energie- bzw. Industriepflanzenproduktion betreffen, andererseits direkte Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben. Mit dem Begriffspaar „Tank oder Teller" wird in der politischen Diskussion die Handlungsproblematik in der Agrarwirtschaft und der Kulturlandschaftspflege als Teil der Raumentwicklung plakativ und treffend umschrieben. Schwer zu lösende Aufgaben für Planerinnen und Planer?

Der Beantwortung dieser Frage ging zunächst eine kleine Bestandsaufnahme voraus. Klaus Ulrich aus der Abteilung Landesentwicklung im Wirtschaftsministerium untersuchte die Rolle der Kulturlandschaften in der räumlichen Planung am Beispiel Bayerns. Obgleich unstrittig ist, dass das Thema ein bedeutendes Aufgabenfeld für Raumordnung und Landesplanung ist und in den meisten Regionalplänen auch aufgearbeitet wird, wurde klar, dass die Planung vor erhebliche Herausforderungen bei der weiteren Entwicklung von Städten und Regionen gestellt wird. Es stellt sich vor allem die Frage, welches die zu erhaltenden, welches weiterzuentwickelnde Teile der Kulturlandschaft sind. Denn eines ist klar: Die Kulturlandschaft ist kein statisches Konstrukt, sondern entwickelt sich weiter, abhängig von Erfordernissen der Landnutzung, von den ästhetischen Vorlieben von Bevölkerung und Entscheidungsträgern sowie von der Wertschätzung historischer Strukturen. Nicht zuletzt ist daher auch eine umfassende Kulturlandschaftsanalyse dringend geboten.

Suburbane Räume als Kulturlandschaften?

Prof. Dr. Winfried Schenk von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn beeindruckte mit einem Vortrag, dem er die Frage voranstellte, ob es denn einen planerischen Mehrwert erzeuge, suburbane Räume als Kulturlandschaft zu verstehen. Die Frage erfährt angesichts einer politischen und aktionsräumlichen Eigenständigkeit von Suburbia eine zunehmende Bedeutung. Schenk ver-

Plenum

wies auf die neuen Leitbilder der Raumentwicklung, in denen Kulturlandschaften in Deutschland flächendeckend „verortet" werden – einschließlich der suburbanen Räume. In den Augen und Köpfen vieler Suburbaniten haben sich deren Lebenswelten „vor den Toren der großen Städte" zu eigenständigen Lebensräumen entwickelt, sodass es naheliegt, Kulturlandschaften als individuelle Wahrnehmungs- und Diskursräume zu verstehen. Dies führt zwar zu Problemen einer räumlich-administrativen „Passfähigkeit", jedoch kann ein solches Kulturlandschaftsverständnis als identitätsstiftender Ausgangspunkt für eine kooperative Regionalentwicklung interpretiert werden. Schenk schlug schließlich vor, eine individuelle landschaftliche Qualität auf allen Flächen, auch in den suburbanen Räumen, anzustreben und sich eben nicht nur auf diejenigen Teilräume – zumeist in ländlichen Regionen – zu beschränken, die hohe ästhetische Qualitäten besitzen.

Der Blick über den bayerischen Tellerrand

Den Stellenwert der Kulturlandschaft in der regionalplanerischen Praxis führte Verbandsdirektor Dr. Ekkehard Hein am Beispiel des Regionalverbandes Heilbronn-Franken in Baden-Württemberg aus. Er thematisierte nicht nur die Problematik, die sich aus der Maßstabsvergrößerung in der landwirtschaftlichen Produktion ergibt, sondern ging auch auf zwei in seiner Region virulente Regelungsbereiche ein. Zum einen erläuterte er das Verfahren zur Findung geeigneter Standorte für Windkraftanlagen, das gerade auch unter dem Aspekt der Kulturlandschaftsentwicklung eine besondere Bedeutung hat. Zum anderen zeigte er den Umgang mit einer völlig neuen Flächennutzung auf, nämlich mit dem Bau großflächiger Freiland-Solaranlagen, die in Konkurrenz zu etablierten Flächennutzungen treten.

Dr. Franz Dollinger von der Salzburger Landesregierung erläuterte den Umgang mit Kulturlandschaften im Land Salzburg, Dr. Marco Pütz vom Eidgenössischen Forschungsinstitut WSL die entsprechenden Planungen und Maßnahmen in der Schweiz. Insbesondere am Beispiel der Schweiz wurde deutlich, dass die Rolle der Kulturlandschaftsentwicklung in der schweizerischen Raumplanung gering ist. Sie hat in den raumbezogenen Nachbardisziplinen – allen voran im Naturschutz und im Tourismus – einen wesentlich höheren Stellenwert. Festzustellen bleibt darüber hinaus, dass bislang noch keine überzeugenden Instrumente entwickelt wurden, um die differenzierte Kulturlandschaftsentwicklung zu steuern.

Den Abschlussvortrag hielt Prof. Dr. Wolfgang Haber, Freising-Weihenstephan. Er fokussierte auf die Kulturlandschaft als Thema des Natur- und Landschaftsschutzes und machte deutlich, dass die Landschaft immer einen Spiegel menschlicher Bedürfnisse darstellt und daher einer permanenten Entwicklung unterliegt. Die daraus resultierenden räumlichen Nutzungsmuster haben sich verändert. Monofunktionale Flächen wurden weit ausgedehnt, die Nutzungsvielfalt wurde reduziert und Flächen „wilder" Natur verschwanden nahezu vollständig. Dies führte dazu, dass sich die Menschen mit steigendem Wohlstand wieder auf die „Natur" rückzubesinnen versuchten – übersehend, dass sie nicht die „Natur", sondern die Kulturlandschaft im Sinne hatten. Der Ausweisung von Naturschutzgebieten liegt, so Haber, ein Missverständnis zugrunde, das auch beim Schutz von Kulturlandschaften immer wieder auftritt: Man geht von einem Zustand von Natur oder Landschaft aus, der so bleiben soll und geschützt werden müsse, auch wenn sich Natur und Menschheit ständig wandeln. Kann dies sinnvoll sein? Mit seiner rhetorischen Frage „Natur unter der Glasglocke als Schutzprinzip?" machte Haber klar, dass nur eine behutsame Weiterentwicklung unserer Landschaften, die die Biodiversität fördert und landschaftliche Vielfalt zulässt, einer nachhaltigen Entwicklung insgesamt dienlich sein kann.

Wolfgang Haber

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Geschichte der Raumplanung

Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) führten gemeinsam am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig eine Tagung zur Geschichte der Raumplanung durch. Der Präsident der ARL, Prof. Dr. Heinrich Mäding, eröffnete die Veranstaltung. In seinem einführenden Vortrag hob er hervor, dass eine eingehende kritische Auseinandersetzung mit personellen Kontinuitäten von Raumplanern und Raumwissenschaftlern zwischen dem NS-Regime und der jungen Bundesrepublik und ihrer institutionellen Einbindung in die ARL bzw. ihrer Vorgängerinstitution, der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG), bislang nicht stattgefunden hat. Die Dringlichkeit einer grundlegenden Aufarbeitung der Geschichte der Raumplanung und -wissenschaften und ihrer Persönlichkeiten zeige nicht zuletzt die DFG-Ausstellung „Wissenschaft, Planung, Vertreibung – Generalplan Ost“, die auf die ARL und ihre Vorgängerinstitution ausdrücklich Bezug nimmt. Die Ausstellung gab daher auch den Anstoß, sich vertieft mit dem Thema Raumforschung und Raumplanung im NS-Regime zu befassen und dazu eine Tagung durchzuführen. Die Vorträge wurden über einen Call for Papers gesucht. Die ausgewählten Referate beschäftigen sich im Wesentlichen mit personellen Kontinuitäten von Raumplanern und -wissenschaftlern zwischen 1920 und 1970, einschließlich der Entwicklung ihrer Netzwerke, der Beständigkeiten raumplanerischer Ideen und Konzepte und der Entwicklung der Raumwissenschaften und Raumplanung in anderen europäischen Ländern.

Anschließend gab der Vizepräsident des BBR, Prof. Dr. Wendelin Strubelt, einen Einblick in die Geschichte der gemeinsam von ARL und BBR herausgegebenen Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“. Er vermittelte insbesondere seine Ergebnisse bei der Lektüre der ersten Jahrgänge der Zeitschrift (1936 bis 1953). Neben den von den Nationalsozialisten besetzten Themen, z. B. „Blut- und Boden“-Ideologie sowie „Volk und Raum“, wird in den Artikeln der Zeitschrift das Thema „Ländlicher Raum“ schwerpunktmäßig behandelt. Auffallend ist, dass Themen wie „Entballung“ und „Dezentralisation“ in den Beiträgen der Zeitschrift auch nach 1945 zu finden sind.

Karrieren und Biographien von Raumplanern und -wissenschaftlern

Im ersten Vortragsblock widmete sich Philipp Zakrzewski, Universität Stuttgart, der Biographie von Josef Umlauf, der seine Karriere 1938 als Planer beim Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk begonnen hatte. Er war Gründungsmitglied der LAG Baden-Württemberg und von 1966 bis 1968 Vizepräsident der ARL.

Mit einer zweiten Biographie, der von Andreas Predöhl, befasste sich Dr. Christoph Scheuplein, Universität Münster. Predöhl war ab 1934 Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Unter dem nationalsozialistischen Regime gelang ihm die Etablierung als vielbeschäftigter und gut vernetzter Experte; so ließ er sich u. a. bei der Entwicklung seiner Raumwirtschaftstheorie vom Leitbild des autoritären Machtstaats lenken.

In der sich anschließenden Diskussion wurde auf die Situation in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts hingewiesen: der verlorene erste Weltkrieg, in dessen Folge hohe Reparationszahlungen zu bewältigen waren, und eine insgesamt schwierige wirtschaftliche Lage. Ab 1939 und im Zusammenhang mit der NS-Rüstungspolitik ging es den Institutionen und Personen auch darum, sich mit kriegswichtigen wissenschaftlichen Arbeiten zu befassen, um eine Einberufung in den Krieg bzw. eine kriegsbedingte Schließung der Institute zu verhindern.

Experten und ihre Netzwerke

Im zweiten Veranstaltungsblock folgten Vorträge, die sich mit der Entstehung von Expertennetzwerken im NS-Regime beschäftigten. Die Etablierung der Landschaftsanwälte im Nationalsozialismus thematisierte Axel Zutz, TU Berlin. Dabei handelte es sich um eine Gruppe von etwa 30 Planern und Landschaftsgestaltern, die in den 1930er-Jahren hauptsächlich am Bau der Reichsautobahnen beteiligt waren. Sie wurden in die nationalsozialistische Propaganda mit völkisch-rassistischen Natur- und Gesellschaftsbildern unter der Führung von Fritz Todt, dem Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, eingebunden. Die zu dieser Zeit aufkommenden Forderungen nach einer umfassenden Landschaftspflege bildeten den Ausgangspunkt für die Entwicklung der Landschaftsplanung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Rolf Kohlstedt, Leibniz Universität Hannover, beleuchtete personelle und institutionelle Netzwerke in den 1920er- bis 1950er-Jahren, mit besonderem Fokus auf der Wissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e.V. (WIG). Schlüsselfigur in diesem Netzwerk war Kurt Brüning, der von 1927 bis zu seinem Tod 1961 die Position des geschäftsführenden Schriftwarts der WIG innehatte. Über ihn bestand zwischen der WIG und der ARL sowie ihrer Vorgängerinstitution, der RAG, eine enge personelle und institutionelle Zusammenarbeit. Kurt Brüning war ab 1944 Leiter der RAG, von 1946 bis 1959 Präsident der ARL.

Prof. Dr. Theodor Dams, Freiburg, untersuchte Kontinuitäten und Brüche in der Besetzung von Führungspositionen in wissenschaftlichen Einrichtungen, insbesondere solcher, die im Bereich der ländlichen Entwicklung forschten. Als zentrale Figur im Bereich des Agrar- und Siedlungswesen benannte Dams Max Sering, der 1921 das Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen gegründet und dessen Leitung übernommen hatte. Das Institut wurde im Dritten Reich insbesondere auf Initiative von Konrad Meyer geschlossen.

Die anschließende Diskussion hinterfragte u. a. die Rahmenbedingungen für eine starke Planung und warum sie im NS-Regime so stark etabliert war. Gehören Planung und eine zentralistische Verwaltung notwendigerweise zusammen? Es wurde deutlich, dass solche Zusammenhänge zwischen dem Nationalsozialismus und der Planung vertieft analysiert werden sollten. Dabei ist auch eine planungstheoretische und ideengeschichtliche Aufarbeitung der Raumplanung wichtig.

Nationalsozialistische Raumplanung im internationalen Vergleich

Dr. Petra Svatek, Universität Wien, illustrierte die Institutionalisierung der Raumforschung in Österreich ab 1938, die eng mit der Person Hugo Hassinger verbunden ist. Obwohl es vor der Machtergreifung in Österreich noch keine raumforschungsorientierten Studien gab, nahmen einzelne Projekte auch schon vor 1938 auf Fragen der Raumplanung Bezug.

Prof. Dr. Andreas Faludi, Delft, betrachtete die niederländische Nationalplanung unter deutscher Besatzung. Planung gibt es in den Niederlanden seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Die deutsche Besatzung war daher eher Geburtshelfer denn Initiator des Aufbaus einer Planungshierarchie.

In der Diskussion wurde deutlich, dass der internationale Vergleich der Raumplanung noch ausgeweitet werden sollte. So stellt sich die Frage, welche Idee, welche Ziele der Planung in anderen Ländern zugrunde lagen.

Kontinuitäten theoretischer Grundlagen und Konzepte der Raumplanung

Im letzten Vortragsblock ging es um raumplanerische Ideen und Konzepte. Karl R. Kegler, Aachen, nahm sich das Zentrale-Orte-Konzept vor. Hier ist nach seiner Ansicht eine Nähe zu zeitgenössischen Überlegungen im NS-Regime zu finden: Es beschreibt ein zentralörtliches System im Südwesten mit dem Mittelpunkt Straßburg, das Baden, Elsass und Teile Lothringens umfasst, und kann daher als Stellungnahme gegen die Grenzziehungen des Versailler Vertrages aufgefasst werden.

Die Ursprünge des Leitbildes der „gleichwertigen Lebensverhältnisse" untersuchte Ariane Leendertz, München. Diese Ursprünge liegen ihrer Ansicht nach in einem Harmonie- und Ausgleichsdenken, das sich seit 1920 immer mehr verfestigt hat. Leendertz verdeutlichte die kontinuierliche Entwicklung des Ausgleichsgedankens, sein Entstehen in der Weimarer Zeit, seine Ausprägungen im NS-Regime sowie die aktuelle Diskussion um das Leitbild der gleichwertigen Lebensverhältnisse. In der Diskussion wurde der Ausgleichsgedanke auch in den Kontext moderner Sozialstaatlichkeit gesetzt.

Die Vorträge deckten ein breites inhaltliches Spektrum ab, sie werden als Arbeitsmaterial der ARL veröffentlicht. Die engagiert geführten Diskussionen zeigten ein großes Interesse der Beteiligten an einer sorgfältigen Aufarbeitung der Thematik.

Jana Kenzler, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 43
E-Mail: Kenzler@ARL-net.de

Expertenworkshop „Wasser und Raumplanung"

Zwischen Wasserhaushalt, dem übrigen Naturhaushalt und den Raumnutzungen bestehen ausgeprägte Wirkungszusammenhänge, die zur Sicherung und Entwicklung der natürlichen Ressourcen bzw. für den Schutz vor Hochwasser ein konzertiertes Vorgehen der gewässerrelevanten Institutionen sowie integrative Planungsansätze erfordern. Der Arbeitskreis „Wasser und Raumordnung" (Leitung: Prof. Dr. Christina von Haaren, Hannover) der ARL beschäftigt sich mit den Möglichkeiten eines integrativen Umgangs mit der Ressource Wasser, die Regelungsgegenstand unterschiedlicher Rechtskreise und Fachplanungen wie Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz sowie der die unterschiedlichen Belange integrierenden räumlichen Gesamtplanung (Raumordnung und Bauleitplanung) ist. Eine wichtige Frage hierbei ist, inwieweit die räumliche Gesamtplanung zu einem Instrument der Verwirklichung eines integrativen Ansatzes werden kann.

Foto: Overbeck

Erste Ergebnisse und Empfehlungen aus den Untersuchungen des Arbeitskreises wurden am 21. Mai 2008 in Hannover einem Kreis von Experten aus Raumplanung und Wasserwirtschaft zur Diskussion vorgestellt. Dabei beschäftigten sich die 22 Teilnehmer in drei Blöcken mit den Themenkomplexen „Flussgebietsmanagement nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)", „Hochwasserrisikomanagement nach Hochwasserrichtlinie (HWRL)" und mit übergreifenden Empfehlungen, die auch Fragen der Wasserver- und -entsorgung beinhalteten.

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Hinsichtlich des Zusammenspiels von Raumordnung und Wasserwirtschaft bei der Umsetzung der WRRL wurde – bei durchaus auch unterschiedlichen Sichtweisen im Detail – deutlich, dass Gesamt- und Fachplanung unterschiedliche Rollen einnehmen und auch einnehmen müssen, dass sie jedoch bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie bzw. bei der Erfüllung der jeweiligen Aufgaben letztlich aufeinander angewiesen sind. Die Umsetzung der WRRL verlangt die Vernetzung der räumlichen Planungen und wird somit zur Aufgabe für alle Bereiche. Wichtig ist eine frühzeitige Prüfung, welche Ziele durch welche Planungsinstanz am erfolgreichsten erreicht werden können. Hierbei ist sicherlich von Bedeutung, dass die Raumplanung bei den Bemühungen zur Erreichung des guten ökologischen Zustands der Gewässer im Gegensatz zur Wasserwirtschaft nicht maßnahmenbezogen agiert, sondern auf die Sicherung von Flächen abzielt und die Aufgabe hat, die unterschiedlichen Flächennutzungen zu koordinieren – auf der Basis einer Gesamtbetrachtung der Raumentwicklung.

Hochwasserrisikomanagement

Auch für den Bereich des Hochwasserrisikomanagements wurde die wichtige Rolle der Raumordnung bei der vorsorgenden Sicherung von Flächen und bei der Koordinierung der Flächennutzungen betont. Generell ist eine stärkere Orientierung an der Vulnerabilität wichtig – unterschiedliche Vulnerabilitäten können dann sehr unterschiedliche Maßnahmen erfordern. Hier ist bei der Raumplanung – wie auch bei anderen beteiligten Planungsinstanzen – durchaus „mehr Mut" und größere Flexibilität gefragt, aus einem breiten Instrumenten- und Maßnahmenportfolio kreative Lösungen zu entwickeln. Das derzeit gängige recht pauschale Ausrichten des Hochwasserschutzes an hundertjährlichen Hochwassern wurde – gerade auch in Hinblick auf sich ändernde Vulnerabilitäten und steigende Unsicherheit – überwiegend eher kritisch bewertet. Allerdings wurde auch deutlich, dass die Diskussion der Auswirkungen gerade von Extremereignissen in Öffentlichkeit und Politik sehr schwierig ist. Die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten in potenziell von Extremereignissen betroffenen Gebieten – vielfach bereits so umgesetzt – wurde in der Diskussion überwiegend als sinnvoll erachtet, gerade auch angesichts des Ziels, Kommunen und Fachplanungen zu verdeutlichen, dass es sich um gefährdete Bereiche handelt.

Herausgestellt wurde in der Diskussion, dass die durch WRRL und HWRL gestellten Aufgaben nicht voneinander getrennt werden können, sondern vielmehr Synergieeffekte genutzt werden sollten. Sowohl bei der Gewässerentwicklung als auch beim Hochwasserrisikomanagement ist darüber hinaus die frühe Einbeziehung der Bürger notwendig, was zum einen die entsprechende Entwicklung von Kompetenzen, zum anderen auch die Wahl der richtigen Beteiligungsebene erfordert.

Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich Professor von Haaren, die den Workshop geleitet hatte, bei allen eingeladenen Experten für ihre Bereitschaft zur Teilnahme an der Veranstaltung und für die konstruktive und gewinnbringende Diskussion. Die Ergebnisse des Expertenworkshops werden in die weitere Tätigkeit des Arbeitskreises einfließen.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Overbeck@ARL-net.de

ARL und Royal Town Planning Institute planen britisch-deutsche Zusammenarbeit

„What it is and how it works" – das herauszufinden ist nicht nur Ziel eines jeden Forschungsprozesses, sondern es steht auch beim erstmaligen intensiven Austausch mit einer anderen Institution und deren Arbeitsweise im Mittelpunkt des Interesses.

Dazu hatte die ARL am 24. Juli 2008 die Gelegenheit, als Vertreter des *Royal Town Planning Institute (RTPI)* im Sekretariat der ARL begrüßt wurden. Aus London waren Robert Upton, Secretary General, und Judith Eversly, International Affairs Officer, angereist, um das RTPI vorzustellen, die ARL kennenzulernen und über Möglichkeiten der Kooperation zu beraten.

Zu Beginn stellte ARL-Präsident Prof. Dr. Heinrich Mäding die Organisationsstruktur, die Arbeitsweise und die Einbindung der ARL in die raumwissenschaftliche Forschungslandschaft in Deutschland vor. Das Interesse der RTPI-Vertreter zeigte sich in zahlreichen Nachfragen, beispielsweise zur Finanzierung, Organisation und Interaktion mit der Politik.

„Zu Akteuren der Politik, die mit raumplanungsrelevanten Fragestellungen betraut sind, sucht das RTPI einen engen Kontakt", erklärte Robert Upton in der anschließenden Präsentation über das RTPI. Die möglichst unmittelbare Nähe zu allen sich im weiten Feld des „Planning" bewegenden Akteuren ist Teil der *New Vision Of Planning* des RTPI, einem

Strategiekonzept, das im Jahr 2001 vor dem Hintergrund des rapiden gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels mit dem Ziel, ebendiesem gerecht zu werden, geschaffen wurde.

Wie diese Zielvorstellungen umgesetzt werden, erläuterte Robert Upton anhand zweier beispielhafter Instrumente, die beim RTPI angewendet werden. So wurde zur besseren Einbindung von Politikern in Planungsprozesse ein Netzwerk (*Politicians in Planning Association*) geschaffen, das seinen 232 aus unterschiedlichen politischen Gremien kommenden Mitgliedern die Möglichkeit gibt, sich im Umgang mit planungsbezogenen Fragestellungen zu professionalisieren und auszutauschen.

Ein zweites Instrument, das die Dienstleistungsorientierung des Instituts zum Ausdruck bringt, stellt die *Planning Aid* dar. Dabei handelt es sich um eine kostenlose Beratungsdienstleistung, die beispielsweise von Gemeinden, die marktübliche Beratungskosten nicht finanzieren können, beantragt werden kann. Die Beratung wird, größtenteils von Mitgliedern des RTPI, auf freiwilliger Basis durchgeführt. Die RTPI-Berater profitieren davon in vielfacher Hinsicht, beispielsweise durch die Weiterentwicklung ihrer fachlichen Expertise.

Über die internationale Vernetzung des RTPI mit mehreren renommierten Fachverbänden, wie beispielsweise dem *Global Planners Network* oder der *Association of European Schools of Planning*, und über die Bedeutung dieser Verbindungen berichtete Judith Eversly. Damit war man thematisch auch bei der Frage einer möglichen britisch-deutschen Zusammenarbeit.

Beide Seiten streben an, die Verbindungen zwischen der ARL und dem RTPI zu intensivieren. Erste Ideen dafür wurden bereits entwickelt und werden nun schrittweise in die Tat umgesetzt.

Christoph Sommer

Raumentwicklung und Immobilienwirtschaft

Bei der neuerlichen Zusammenkunft schweizerischer und deutscher Planer und Raumwissenschaftler wurde am 27. Juni des Jahres in Hannover das Wechselverhältnis zwischen Raumentwicklung und Immobilienwirtschaft behandelt.

Selbstverständlich konnten angesichts einer eintägigen Sitzung nur einige Facetten des Mit-, Gegen- oder auch Nebeneinanders beider Bereiche betrachtet werden. Konkurrenz und Partnerschaft (Jürgen Aring), Sozialverträgliche Stadtentwicklung (Theo Kötter) und Mietpreisunterschiede (Dominik Weiß) waren Stichworte, die von deutscher Seite die Diskussion bereicherten. Die schweizerischen Kollegen warteten auf mit Stichworten wie Kooperative Planung (Richard Heim), Baulandverflüssigung (Lukas Bühlmann) und Finanzaspekte der Siedlungsentwicklung (Alain Thierstein). Wie schon zu vorhergehenden Treffen können Interessierte auf unserer Website die Vortragsunterlagen einsehen.

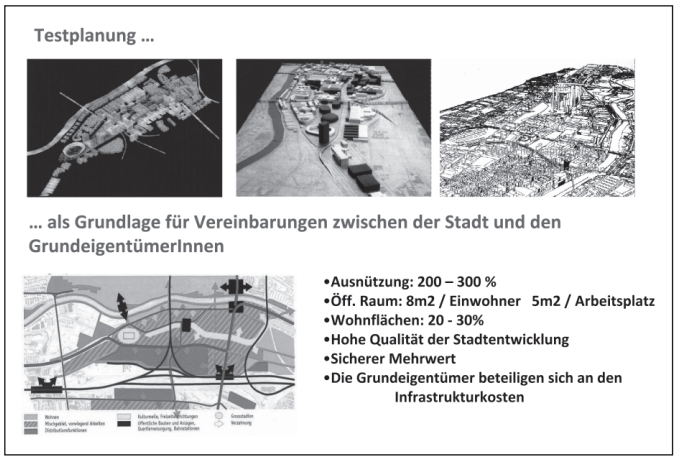
Angeregt durch die sechs Beiträge diskutierten die Beteiligten über die raschen Zyklen von Bau, Ankauf und Verkauf von Immobilien, die zumeist dem Vorrang der Eigenkapitalverzinsung und der Verkürzung gewerblicher Nutzungszyklen geschuldet sind. Dies setzt seitens der für räumliche Planung zuständigen Stellen eine hohe Flexibilität und die Bereitschaft zu einer partnerschaftlich statt hoheitlich organisierten Aufgabenwahrnehmung voraus. In Zürich hat man gute Erfolge mit Testplanungen gemacht, mittels derer Werte und Einstellungen festgestellt und Verpflichtungen einzelner Beteiligter – auch privater – erarbeitet werden konnten. Verschiedene Planungsteams haben im Rahmen von Planungsworkshops unterschiedliche Entwürfe präsentiert, die eine Fülle von Optionen und Chancen für bestimmte Raumausschnitte bereithielten. Erst durch die Sichtweisen unterschiedlicher Akteure wurde es möglich, die ganze Vielfalt eines Ortes zu entdecken. So wurden städtebauliche Prinzipien gemeinsam von Privaten und der Öffentlichen Hand entwickelt, womit die Hoffnung auf leichtere Umsetzbarkeit wuchs.

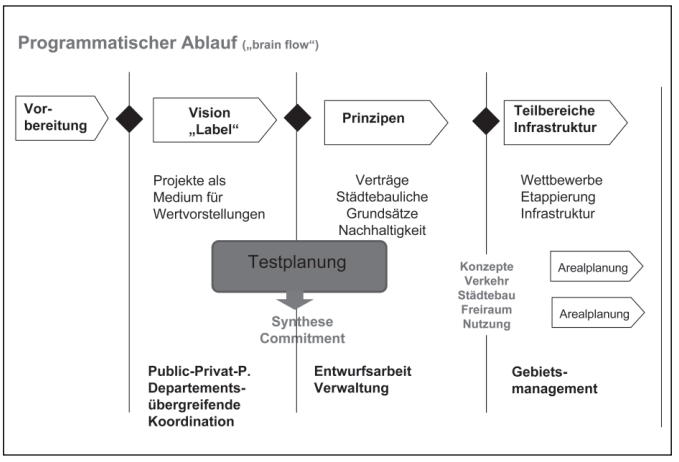
Öffentliches Interesse – Referenzwert für planerische Überlegungen

Was aber ist das öffentliche Interesse? Wie erfasst man es und bringt es in Planungsprozesse ein? Wie problematisch die Beantwortung dieser Fragen ist, machten im Rahmen der Diskussion die Beispiele der schwedischen „Idee vom guten Leben“ und der US-amerikanischen „Idee vom freien Leben“ deutlich. Bei beiden gesellschaftlichen Modellen traten in der Vergangenheit Mängel auf, die zu einer teilweisen Abkehr respektive zum Wandel der Modelle führte. So diskutierten Planer und Raumwissenschaftler auch nicht zum ersten Mal darüber, dass in Deutschland der Begriff des Gemeinwohls neu definiert werden muss. Maßstäbe, die diesen Begriff beschreiben, bedürfen der Neufestlegung. Dies ist nur gesamtgesellschaftlich und politisch zu leisten, Planer können hierzu nur einen Teil beisteuern. In jedem Fall müssen sie das Nachdenken darüber aber einfordern, da sie im öffentlichen Auftrag handeln und dem Gemeinwohl verpflichtet sind.

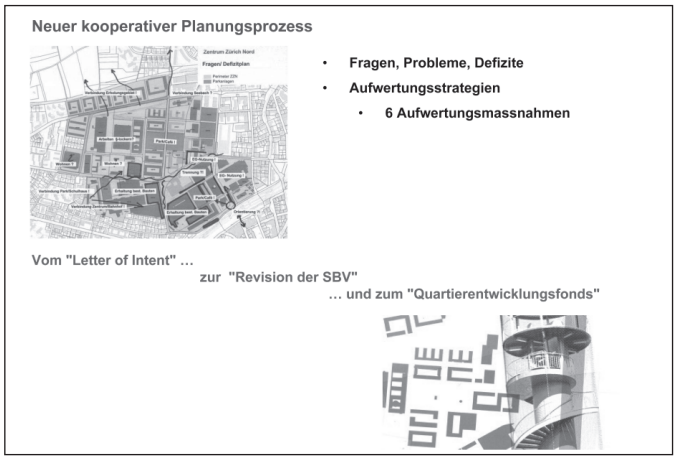
Ideologiefreies Experimentieren war das Stichwort der sich anschließenden Diskussion, die sich mit den Wohnungsmärkten befasste. Zwar wurden durchaus positive Effekte, die aus der Veräußerung kommunalen Wohneigentums hervorgehen (Schuldenfreiheit von Kommunalhaushalten, Aufwertung von Wohnbeständen), gewürdigt, die Nennung negativer Effekte ließ allerdings nicht auf sich warten. Neben der Überhitzung der Märkte wurden vor allem solche Aspekte angesprochen, die wieder im Zusammenhang mit

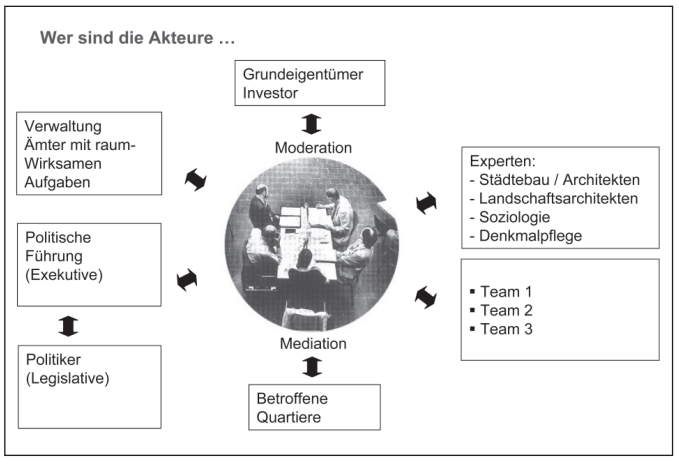
Kooperative Planung in der Stadt Zürich

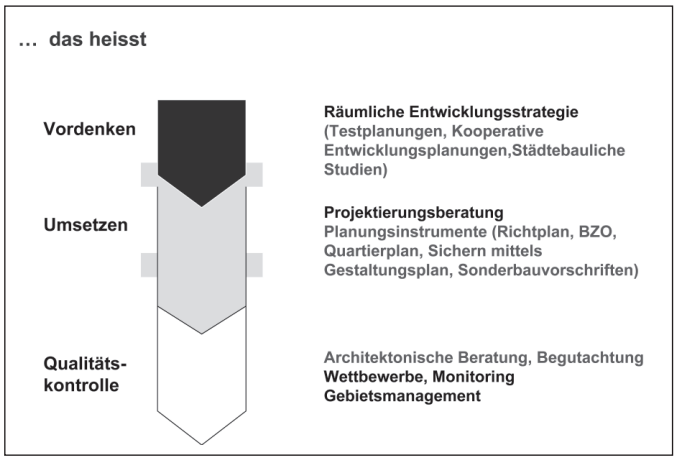




Quelle: Afs/R.Heim/27.06.08







Gemeinwohlfragen stehen: Soziale Verdrängungsprozesse sind zu beobachten und nicht verwertbare Restbestände an Wohneinheiten verbleiben doch in kommunaler Hand. Dennoch müsse jeweils geprüft werden, ob anstehende Aufgaben besser von Öffentlichen oder Privaten bewältigt werden können. Ein Leistungsauftrag müsse in jedem Fall für Private mit der Übernahme bisher öffentlicher Aufgaben verknüpft werden.

Abschließend befassten sich die Diskutanten mit Finanzaspekten der Siedlungsentwicklung, darunter auch solchen der Mietpreisgestaltung, die gerade für die Öffentliche Hand in zweierlei Hinsicht von Bedeutung ist. Einerseits sollen die kommunalen Wohnungsbestände Geld in den Haushalt einbringen, also möglichst über die Kostendeckung hinaus Renditen erwirtschaften. Andererseits stehen die Kommunen vor der Verpflichtung, sozial verträglichen Wohnraum anbieten zu müssen. In der Diskussion zeigte sich, dass die Entkoppelung der Mieten vom Marktpreis zur Unterstützung Bedürftiger eher zu Fehlbelegungen führt. Insofern könne nicht empfohlen werden, kommunale Wohnungsbestände unter Preis zu vermieten. Bedürftige Personen müssten auf andere Weise Unterstützung erfahren. Die oftmals seitens der Kommunen kaum leistbare Aufwertung von Wohnraum wird darüber hinaus auch von Privaten nicht immer geleistet, hier müssen sich die Bewohner vielfach mit minderer Qualität zufrieden geben und die Strategien der neuen Eigentümer (z. B. Pensionsfonds) werden häufig nicht offengelegt.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Energiewende und Klimawandel als zukünftiger Rahmen nachhaltiger Stadtentwicklung

Die beiden großen Herausforderungen „Energiewende und Klimawandel“ standen im Mittelpunkt eines wissenschaftlichen Kolloquiums der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) in Kooperation mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und der Technischen Universität Darmstadt (TUD). Die Veranstaltung fand am 29. und 30. Mai 2008 im Wissenschafts- und Kongresszentrum in Darmstadt mit etwa 100 Teilnehmern statt.

Am ersten Tag konnten die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Energiefragen und Klimawandel sowie über zentrale Auswirkungen auf die räumliche Entwicklung nachvollzogen werden. Die grundlegenden Einführungsvorträge dazu hielten Prof. Dr. Wolfgang Seiler, ehemaliger Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimafolgenforschung, Prof. Dr. Carlo Jäger vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und Dr. Jörn Birkmann von der United Nations University aus Bonn. In unterschiedlichen Facetten machten die Referenten deutlich, dass es einen globalen und regionalen Klimawandel mit erheblichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen gibt.

Im Anschluss wurden die Anforderungen für die Stadtentwicklung anhand von drei Schlüsselthemen diskutiert: Prof. Dr. Wilfried Endlicher, Humboldt-Universität Berlin, befasste sich mit der Stadt- und Siedlungsentwicklung, das Thema Energie und Stadt behandelte Timon Wehnert, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin, und Prof. Dr. Christian Holz-Rau von der TU Dortmund analysierte den Verkehrsbereich. Die drei Experten zeigten, dass die Stadtentwicklung viele Möglichkeiten hat, um auf die veränderten Rahmenbedingungen zu reagieren. Wichtig dabei sei die Erarbeitung von gesamtkonzeptionellen Ansätzen, in die sich einzelne Maßnahmen einarbeiten lassen: Dazu gehören etwa die Steigerung der Energieeffizienz von Neubau und Bestand oder die Vermeidung von Verkehr durch Realisierung entsprechender baulicher Strukturen.

Am zweiten Veranstaltungstag standen zunächst Praxisbeispiele aus dem Ausland auf dem Programm: Vom Bureau Klimaat voor Ruimte aus Amsterdam stellte Florrie de Pater die besondere Betroffenheit der Niederlande bei einem – durch den Klimawandel verursachten – Anstieg der Wasserstände dar. Prof. Dietmar Wiegand, TU Wien, blickte anhand des geplanten Projektes „Masdar City“ in Abu Dhabi in die Zukunft: Bau einer Stadt, die mit 100 % erneuerbaren Energien betrieben wird, 80 % des Wasserverbrauchs recycelt und weder Abfall noch Kohlendioxid produziert. Aus deutscher Perspektive und auf der Ebene von innerstädtischen Quartieren erläuterten Prof. Dr. Matthias Koziol, BTU Cottbus, und Prof. Manfred Hegger, TU Darmstadt, die Möglichkeiten zur energetischen Stadterneuerung und die Realisierungsschritte des Ansatzes „Haus als Kraftwerk“. Aus gesamtstädtischer Perspektive erklärte Peter Lindlahr von der Stadtentwicklungsbehörde die klimapolitische Strategie Hamburgs, und Stephan Reiß-Schmidt vom Münchener Planungsreferat demonstrierte verschiedene Ansatzpunkte zur Integration von Klima- und Energiefragen in die Stadtentwicklung.

Blick ins Plenum

Im Hinblick auf die regionale Einbettung befasste sich Prof. Dr. Dirk Vallée, RWTH Aachen, mit nachhaltigen Raumentwicklungsstrategien und Mobilitätskonzepten in der Region Stuttgart. Dabei betonte er die Notwendigkeit der Schaffung überörtlicher Konzepte für die Bereiche Siedlung, Infrastruktur und Verkehrslenkung. Roland Wernig von der Planungsgemeinschaft der Region Trier berichtete über seine Erfahrungen bei der Umsetzung eines regionalen Energiekonzeptes. Dabei seien die Konzepterarbeitung im regionalen Diskurs und die Nutzung von informellen Instrumenten (z. B. Dialogverfahren) wichtige Erfolgsfaktoren. Aus der Sicht des Bundes erläuterte Ministerialdirektor Dr. Peter Runkel vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die vielfältigen Aktivitäten beispielsweise im Bereich Energieeinsparung bei Wohngebäuden.

Beim abschließenden Podiumsgespräch wurde noch einmal deutlich, dass Energiewende und Klimawandel zentrale und aktuelle Herausforderungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind und es jetzt vor allem auf das schnelle Handeln ankommt: Auf möglichst vielen räumlichen Ebenen müssen das vorhandene Wissen und die technischen Möglichkeiten konsequent umgesetzt werden.

Die gesamte Veranstaltung ist auf DVD dokumentiert und kann kostengünstig bei der DASL (E-Mail: info@dasl.de) erworben werden. Neben allen Referaten im digitalen MP3-Format sind die Präsentationen, rund 100 Bilder zur Veranstaltung, der Flyer und ein Pressetext enthalten.

Matthias Schönert, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Schoenert@ARL-net.de

Kooperationsworkshop

Hochwasserrisikomanagement in der Regionalplanung

Hochwasservorsorge ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Arbeitsbereich in Regional- und Bauleitplanung geworden – und auch Thema der ARL im Rahmen der Aktivitäten zu Wasser und Raumplanung sowie Risikomanagement. Um den Ergebnistransfer aus den Projekten der BMBF-Förderaktivität RIMAX (s. Kasten) in die Raumplanungspraxis zu fördern, veranstalteten die ARL und das GeoForschungsZentrum Potsdam (RIMAX-Koordination) mit Unterstützung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) am 20. Mai 2008 in Hannover den Workshop „Hochwasserrisikomanagement in der Regionalplanung". Die vom ARL-Arbeitskreis „Risikomanagement als Handlungsfeld in der Raumplanung" konzipierte Veranstaltung konnte rund 75 Teilnehmer, überwiegend aus der Regionalplanung, zählen. Die einzelnen Vorträge stehen unter **www.ARL-net.de** zum Download bereit.

Podiumsrunde

Risikomanagement als raumordnerische Aufgabe

Martin Spangenberg, BBR, Bonn, hob in seinem einleitenden Vortrag die Potenziale der Raumordnung zur Vermeidung oder zumindest Reduktion von Risiken hervor. Zurzeit rücken v. a. „kritische Infrastrukturen" ins Zentrum der Debatte, so auch in der aktuellen ROG-Novelle; das Konzept der Verwundbarkeit als Ansatzpunkt für die Raumordnung nimmt an Bedeutung zu. Spangenberg gab einen Überblick über unterschiedliche Dimensionen von Risiken und nannte Beispiele für Daten, die alle bereits Hinweise auf Risiken oder Verwundbarkeit geben, wie z. B. kartografische Darstellungen der Erdbebengefährdung, von Bevölkerungspotenzialen oder Raffineriestandorten.

Aufgabe der Regionalplanung beim Hochwasserrisikomanagement ist, so Peter Seifert, RPV Oberes Elbtal/Osterzgebirge, Dresden, Räume für den größtmöglichen Hochwasserrückhalt einerseits, für eine möglichst schadlose Hochwasserausbreitung andererseits zu sichern. Seifert stellte das Vorgehen in seinem Regionalverband vor, wo im aktuellen Planentwurf des Regionalplans neben Vorranggebieten auch Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz ausgewiesen werden.

Verzeichnet werden ebenso Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhalts als „Potenzielle Hochwasserentstehungsgebiete", in denen das Rückhaltevermögen verbessert werden und angepasste Landnutzungen erfolgen sollen. Aufgrund der im Vergleich zu Vorranggebieten geringeren rechtlichen Wirkung von Vorbehaltsgebieten werden diese jedoch nicht überall als sinnvoll erachtet, wie z. B. in der RPG Altmark, so deren Geschäftsführer Steffen Kunert, Stendal. Kunert stellte die regionale Entwicklungsstrategie seiner Region vor, die auch Ansätze für das Flussgebietsmanagement umfasst.

Ergänzt wurden die Vorträge zum Hochwasserschutz in der Regionalplanung durch die kommunale Perspektive: Stadtbaurat Klaus Krantz, Stadt Goch, verdeutlichte am Beispiel der Niers, dass gerade die Bauleitplanung eine wichtige Rolle bei der Hochwasservorsorge einnimmt, die Hochwasserproblematik andererseits häufig immer noch sehr punktuell behandelt wird. Dr. Walter Seher, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung der Universität

Förderaktivität RIMAX

Die Förderaktivität „Risikomanagement extremer Hochwasserereignisse" (RIMAX) wurde vom Bundesministerium für Forschung und Bildung ins Leben gerufen, um wissenschaftlich fundierte Methoden und Werkzeuge für ein modernes Hochwasserrisikomanagement in Deutschland zu entwickeln und umzusetzen. In den Jahren 2005 bis 2008 werden im Rahmen der Förderaktivität über 30 Projekte in den Themenbereichen „Analysieren, Vorhersagen, Warnen", „Informieren und Kommunizieren" und „Sichern und Steuern" gefördert. Die Koordinierung liegt beim GeoForschungsZentrum (GFZ) Potsdam und dem Center for Disaster Management and Risk Reduction Technologies (CEDIM).

Ausführliche Informationen zur Förderaktivität RIMAX sind erhältlich bei: Dr. Ruth Bittner, GFZ Potsdam, Sektion 5.4 Ingenieurhydrologie, Telegrafenberg, 14473 Potsdam, Tel. (+49-331) 288 1541, E-Mail: bittner@gfz-potsdam.de oder auf der RIMAX-Homepage http://www.rimax-hochwasser.de. Unter http://www.rimax-hochwasser.de/419.html steht eine Broschüre zur Verfügung, die über alle Projekte informiert.

Plenum

für Bodenkultur Wien, gab im letzten Vortrag des Vormittags einen Überblick über Forschungsaktivitäten im Nachbarland Österreich, wo rund 9 % des Gebäudebestandes als potenziell stark hochwassergefährdet gelten. In Österreich sind Festlegungen zur Hochwasserrisikovorsorge in der überörtlichen Raumplanung nicht ausgeschlossen, zählen aber nicht zu den Kerninhalten der Regionalplanung. Seher betonte die Notwendigkeit einer verstärkten fächerübergreifenden Abstimmung bei hochwasserrelevanten Planungsfragen und hob die Bedeutung einer beratenden, unterstützenden und moderierenden Funktion der Raumplanung hervor.

Hochwasserrisikomanagement im Spiegel aktueller RIMAX-Projekte

Über das RIMAX-Projekt „URBAS – Vorhersage und Management von Sturzfluten in urbanen Gebieten" berichteten Prof. Dr. Dietmar Castro, FH Aachen, und Stefan Frerichs, BKR Aachen. Schutzstrategien gegen Flusshochwasser sind nicht ohne Weiteres auf Sturzfluten in Städten – in kurzer Zeit aufgrund von Starkregenereignissen hereinbrechende Überflutungen – anwendbar. Notwendig ist die Mobilisierung der großen Handlungsspielräume im Bereich freiwilliger Maßnahmen zur Vorsorge vor Starkregenereignissen, Sturzfluten und ihren Folgen. Die frühzeitige Berücksichtigung von Sturzflutrisiken im Planungsprozess, insbesondere bei Neubauprojekten, bietet Chancen für kreative und überzeugende Lösungen.

Dr. Thomas Sommer, Grundwasserforschungszentrum Dresden, präsentierte in seinem Vortrag zur Berücksichtigung des Grundwassers als Teil des Hochwasserrisikomanagements eine Gefährdungsklassifikation von Grundhochwassern, deren Umsetzung dann Bauverbote, Einschränkungen beim Bau, generellen oder temporären Schutz zur Folge hat. Aufgrund der geringen Handlungsmöglichkeiten zur Reduktion der Gefahr sei die Rolle der Planung umso wichtiger, insbesondere in Hinblick auf die Beschränkung von Tiefbauten in gefährdeten Bereichen.

Ziele des RIMAX-Projekts „Retentionsfähigkeit von Gewässernetzen", das von Dr.-Ing. Klaus Röttcher, Röttcher Ingenieurconsult, Kassel, vorgestellt wurde, sind die Methodenentwicklung zur Bestimmung des Retentionsvermögens von Gewässern auf der Basis vorhandener Daten, die Ermittlung des aktivierbaren Retentionspotenzials sowie die Bestimmung der für das Hochwasserrisikomanagement wesentlichen Scheitelabflussreduzierung. Für die Raumplanung ermöglicht das von Röttcher vorgestellte Verfahren die großräumige Identifizierung von Flächen mit hohem Rückhaltevermögen und guten Entwicklungsmöglichkeiten.

Hochwasserangepasste Infrastrukturen

Dr. Jochen Schanze, IÖR, Dresden, betonte in seinem Vortrag zum RIMAX-Projekt VERIS-ELBE, dass die Analyse dynamischer Hochwasserrisikosysteme eine gesamträumliche und disziplinübergreifende Aufgabe ist und eine enge Abstimmung zwischen Wasserwirtschaft und Raumplanung erfordert. Schanze wies darauf hin, dass gerade bei der Bewertung von langfristigen investiven Maßnahmen in hochwassergefährdeten Gebieten deren Robustheit und Flexibilität unter alternativen Zukünften bestimmt werden sollte.

Prof. Dr.-Ing. Erik Pasche, TU Hamburg-Harburg, zeigte in seinem Vortrag „Die wassergeprägte Stadt als städtebauliche Entwicklungsperspektive in Zeiten des Klimawandels" anschaulich auf, dass die bislang übliche Praxis, sich auf Schutzvorkehrungen wie Deiche zu verlassen, vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zunehmenden Unsicherheiten in Bezug auf die Hochwasserentwicklung nicht mehr tragfähig ist. Am Beispiel von Planungen für die Hamburger Elbinsel Wilhelmsburg stellte er die „Cascading flood compartment method" vor, bei der ein System von im Schadensfall nacheinander überfluteten Flächen das Gesamtrisiko reduziert und die Resilienz erhöht.

EG-Hochwasserrichtlinie: Schlüssel zum zukunftsfähigen Hochwasserrisikomanagement

In der abschließenden Podiumsrunde unter Moderation von Prof. Dr. Jürgen Pohl, Bonn, Leiter des ARL-AK Risikomanagement (auf dem Podium: Prof. Dr.-Ing. Erik Pasche; Dr.-Ing. Klaus Röttcher; Dr.-Ing. Karl Rother, DKKV, Mainz; Roland Wernig, Planungsgemeinschaft Trier), wurde vor allem auf die Bedeutung der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wasserwirtschaft und Raumplanung hingewiesen. Aufgabe der Raumplanung müsse insbesondere die vorbeugende Sicherung von Flächen sein, was mehr Mut bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung beispielsweise von Regionalplänen erfordere. Der Ansatz der im Herbst 2007 in Kraft getretenen EG-Hochwasserrichtlinie, die von den Mitgliedsstaaten eine flussgebietsbezogene Bewertung des Hochwasserrisikos, die Anfertigung von Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten sowie die Aufstellung von Hochwasserrisikomanagementplänen fordert, wurde allgemein begrüßt. Sie sei der „Schlüssel" zu einem entsprechenden Management, das eben in Zusammenarbeit aller betroffenen Institutionen und unter Einbeziehung der Bürger bereits bei der Zielfindung ablaufen müsse.

Gerhard Overbeck, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-mail: Overbeck@ARL-net.de

CALL FOR PAPERS

Bessere Planung durch Koordination – Zum Verhältnis zwischen räumlicher Gesamtplanung und raumbedeutsamen Fachplanungen

Wissenschaftliche Plenarsitzung am 18. und 19. Juni 2009 in Mainz

Die Ansprüche an den Raum nehmen stetig zu, überlagern sich und konkurrieren miteinander. Sie ändern sich im Laufe der Zeit angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen – die demographischen Veränderungen und der Klimawandel sind zwei Beispiele. Die Raumplanung versucht, die unterschiedlichen Nutzungsinteressen und Schutzgüter zu koordinieren und soweit wie möglich miteinander in Einklang zu bringen. Der Raumordnung hat der Gesetzgeber die Kompetenz zur zusammenfassenden überfachlichen Planung verliehen und dies mit einem Auftrag zur Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen verbunden (§ 1 ROG). Demgegenüber besitzen die Fachplanungsträger zur Erfüllung ihrer Aufgaben eigene Befugnisse, welche mit dem überfachlichen Koordinationsanspruch der Raumordnung häufig in einem Spannungsverhältnis stehen. Dieses Spannungsfeld, das sich bezüglich der einzelnen raumbedeutsamen Fachplanungen durchaus unterschiedlich darstellt, wird im Mittelpunkt der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2009 der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) stehen.

Von Interesse ist insbesondere, inwieweit die Raumplanung ihren Koordinierungsauftrag in der Praxis erfüllt und welche Handlungsmöglichkeiten und Hindernisse dabei mit Blick auf die wichtigsten raumbedeutsamen Fachplanungen bestehen. Zu diskutieren sind die Argumente, die für eine wirksame Koordination sprechen, ebenso wie die Argumente der Fachplanungen für eine weitgehende Autonomie ihrer Planungsbefugnis.

In Anbetracht dessen, dass der Koordinationsanspruch heute nicht mehr mit der Vorstellung einer hierarchisch übergeordneten Gesamtplanung verbunden wird, stellt sich die Frage nach einer zeitgemäßen und sachgerechten Umsetzung des Koordinationsauftrags. Dabei geht es nicht nur um rechtliche Abgrenzungen der Befugnisse (vgl. hierzu das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Flughafen Schönefeld vom 16.03.2006), sondern vor allem auch um Fragen der sachlichen Zweckmäßigkeit und politischen Akzeptanz. Ergeben sich aus den neuen Herausforderungen wie demographischer Wandel und anthropogene Klimaveränderungen möglicherweise neue Erfordernisse für die raumplanerische Koordination? Wie sollte und könnte Koordination aussehen, damit sie von den einzelnen Fachplanungen nicht als Bevormundung, sondern als Kooperation und Unterstützung ihrer Aufgaben aufgefasst wird? Wie können die Koordinationserfordernisse und Koordinationsleistungen in der Öffentlichkeit besser vermittelt werden, sodass sie sowohl bei der Politik als auch bei der Bevölkerung auf eine größere Akzeptanz stoßen?

Diesen Fragen soll im Verhältnis zwischen der Raumplanung und ausgewählten raumbedeutsamen Fachplanungen nachgegangen werden:

- Verkehr (einschl. Verkehrswege, Logistik, öffentlicher Verkehr)
- Umwelt (einschl. Natur und Landschaft)
- Infrastruktur (einschl. Bildungswesen, Gesundheitswesen, Ver- und Entsorgung)

Behandelt werden sollen Probleme an den Schnittstellen zwischen den genannten Fachplanungen und der räumlichen Gesamtplanung. Dabei sollen auch die unterschiedlichen Hierarchieebenen berücksichtigt werden. Es wird also auch darum gehen, wie die EU-Fachpolitiken auf die Raumplanung einwirken bzw. welche spezifischen Herausforderungen für die Koordination auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bestehen.

Für die Wissenschaftliche Plenarsitzung suchen wir über diesen *Call for Papers* Vorträge, die sich an den genannten Fragen orientieren. Der *Call* richtet sich sowohl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch an Personen, die sich in ihrer beruflichen Praxis mit diesen Themen beschäftigen. Der *Call* ist offen für alle relevanten Disziplinen. Es sind sowohl wissenschaftlich ausgerichtete Vorträge als auch Praxisberichte bzw. Fallbeispiele willkommen.

Wie werden die Papiere eingereicht?

Das Einreichen der Papiere erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Zunächst ist eine Kurzfassung des geplanten Beitrags einzureichen. Dieser Text soll höchstens zwei Seiten (ca. 5.000 Zeichen ohne Leerzeichen) umfassen. Darin sind die Fragestellungen des Beitrags, Materialbasis, zentrale Thesen und Schlussfolgerungen zum Ausdruck zu bringen. Falls der Beitrag auf einer Untersuchung basiert, deren Ergebnisse

CALL FOR PAPERS

bereits veröffentlicht wurden, ist die entsprechende Veröffentlichung anzugeben. Dem Text ist zudem ein etwa einseitiger Lebenslauf beizufügen, aus dem der wissenschaftliche bzw. berufliche Werdegang hervorgeht. Beide Dokumente sind per E-Mail (bevorzugt als pdf-Datei) zu senden an Jana Kenzler (Kenzler@ARL-net.de). Einsendeschluss ist der **15. November 2008**.

In einem zweiten Schritt wird eine Auswahlkommission unter dem Vorsitz von ARL-Vizepräsident Prof. Dr. Hans Heinrich Blotevogel die eingegangenen Kurzfassungen begutachten und diejenigen Referentinnen und Referenten auswählen, die zu einem Vortrag eingeladen werden. Darüber werden wir Sie bis zum **15. Januar 2009** informieren. Die Eingeladenen werden gebeten, auf der Basis der Kurzfassung ein Konferenzpapier zu erarbeiten. Dieses soll nicht mehr als 50.000 Zeichen (ohne Leerzeichen) umfassen. Es ist bis zum **30. April 2009** per E-Mail (bevorzugt als pdf-Datei) ebenfalls zu senden an Jana Kenzler (Kenzler@ARL-net.de).

Die Referentinnen und Referenten werden ihre Konferenzpapiere auf der Wissenschaftlichen Plenarsitzung am 18. und 19. Juni 2009 in Mainz vorstellen. Sie erhalten für ihre Vorträge sowie für die Erarbeitung der Konferenzpapiere eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 400 Euro. Zudem erstattet die ARL die Reise- und Übernachtungskosten gemäß Bundesreisekostengesetz.

Eine Veröffentlichung der Beiträge der Plenarsitzung in einem Sammelband ist nicht vorgesehen. Für geeignete Beiträge bietet die ARL die Möglichkeit zur Publikation in ihrer Reihe „E-Paper“ oder zur Einreichung bei ihrer Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“.

Weitere Informationen

Inhaltliche und organisatorische Fragen zum *Call for Papers* und zur WP 2009 der ARL richten Sie bitte an Jana Kenzler (Kenzler@ARL-net.de).

Ankündigung

14. Konferenz für Planerinnen und Planer NRW

Entwicklungen in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens

Die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen unterliegen einem tiefgreifenden Struktur- und Funktionswandel. Dieser erhält seine Impulse nicht nur durch die Veränderungen im Agrarsektor selbst, sondern auch durch vielfältige sozio-ökonomische Entwicklungsprozesse, die z. B. durch den demographischen Wandel, sich wandelnde Lebensstile und Werthaltungen der Gesellschaft sowie die wirtschaftliche Dynamik ausgelöst werden. Die Entwicklungen in den ländlichen Räumen vollziehen sich je nach ihrer Lage im Netz der Entwicklungsachsen und großen Zentren, je nach Infrastrukturausstattung und nach standörtlichen Voraussetzungen unterschiedlich. Sie finden ihren Niederschlag in der Veränderung von Flächen- und Landnutzungen.

Dies hat zu Ausdifferenzierungen in verschiedene ländliche Raumtypen geführt. Ländliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen schließt wirtschaftlich prosperierende und bevölkerungsmäßig wachsende Regionen außerhalb stadtregionaler Verflechtungsbereiche, Regionen mit nach wie vor tragfähigem Landwirtschaftssektor und auch periphere Regionen ein. Bedingt durch die Raumstruktur des Landes mit seinem vergleichsweise hohen Anteil an Verdichtungsgebieten ist die Entwicklung der ländlichen Räume durch intensive Verflechtungen mit urbanen Räumen gekennzeichnet. Aktuell vollzieht sich ländliche Entwicklung unter den Einflüssen der Bildung von Metropolregionen, neuen Funktionszuweisungen an die ländlichen Räume, einem anhaltenden Struktur- und Funktionswandel im Agrarsektor vor dem Hintergrund des europäischen Leitbildes einer multifunktionalen Landwirtschaft sowie regional unterschiedlicher wirtschaftlicher Dynamik.

Die angedeuteten Chancen und Probleme der Entwicklung der ländlichen Räume stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Konferenz für Planerinnen und Planer in NRW, die gemeinsam von der Landesarbeitsgemeinschaft der ARL, dem ILS-Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung GmbH sowie der Landesgruppe der DASL durchgeführt wird. Ausgangspunkt ist die Einschätzung, dass die ländlichen Regionen in den aktuellen Diskursen um die zukünftige Raumentwicklung in Nordrhein-Westfalen bisher zu wenig berücksichtigt werden. In einführenden Grundsatzreferaten wird zunächst ein Überblick über die grundlegenden Trends der Entwicklung in den ländlichen Räumen und die daraus resultierenden raumentwicklungspolitischen Handlungsanforderungen gegeben. Hieran schließt sich eine Diskussionsrunde an, die auf einführenden Statements aufbaut und vor allem handlungsorientierte Aspekte aufgreift. Danach behandeln dann – wiederum auf der Grundlage von Impulsstatements – vier Arbeitsgruppen folgende Themen (z. T. noch Arbeitstitel):

- Wirtschaftliche Entwicklung unter veränderten Rahmenbedingungen
- Soziale Potenziale / Daseinsvorsorge
- Steuerung der Flächennutzung / Stellenwert energetischer Rohstoffe
- Baukultur und Kulturlandschaft

Die Veranstaltung findet am **23. Oktober 2008** in Münster statt.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Deutsch-Schweizerisches Handbuch der Planungsbegriffe

2., neu bearbeitete Auflage

Grundlagenwerk
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2008, 262 S.
ISBN: 978-3-88838-539-1

Mit dem vorliegenden Band erscheint das Deutsch-Schweizerische Handbuch der Planungsbegriffe in zweiter, völlig neu bearbeiteter Auflage. Wie alle Einzeltitel der von der ARL herausgegebenen und mit zahlreichen Partnern in den beteiligten Ländern erarbeiteten Reihe „Planungsbegriffe in Europa" soll auch dieses Handbuch zum gegenseitigen Verständnis über die politischen, rechtlichen, soziokulturellen und ökonomischen Verhältnisse des jeweils anderen Partners beitragen. Für die Raumplanung, die in den einzelnen Staaten rechtlich, organisatorisch und terminologisch unterschiedlich ausgestaltet ist, ist dies besonders wichtig. Die Bedeutung grenzüberschreitender raumplanerischer Zusammenarbeit nimmt heute auf allen Ebenen zu.

Dem Glossar mit Erläuterungen zu den wichtigsten Planungsbegriffen wurden einführende Kapitel über den Staats- und Verwaltungsaufbau sowie die Planungssysteme in Deutschland und der Schweiz vorangestellt. Verzeichnisse von gesetzlichen Regelungen, relevanten Institutionen und Internetquellen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit runden den Band ab.

Vorwort

Einführung

1 Hintergrund des Handbuchs
2 Ziele und Aufbau des Handbuchs
3 Hinweise für die Benutzung des Handbuchs

TEIL I BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1 Staats- und Verwaltungsaufbau in der Bundesrepublik Deutschland
1.1 Grundlagen der Staatsordnung
1.2 Oberste Bundesorgane und Bundesbehörden
1.2.1 Bundestag
1.2.2 Bundesrat
1.2.3 Bundespräsident
1.2.4 Bundesregierung
1.2.5 Bundesgerichte
1.2.6 Bundesverwaltung
1.3 Länder
1.3.1 Landtag
1.3.2 Landesregierung
1.3.3 Landesverwaltung
1.3.4 Landesgerichte
1.4 Kommunale Selbstverwaltung
1.4.1 Gemeinden
1.4.2 Kreise
1.5 Finanzordnung

2 Planungssystem in der Bundesrepublik Deutschland
2.1 Bundesraumordnung
2.2 Landesplanung
2.2.1 Planungsfunktion
2.2.2 Koordinations- und Sicherungsfunktionen
2.3 Regionalplanung
2.4 Bauleitplanung
2.5 Fachplanungen

3 Zentrale Planungsbegriffe von A – Z

TEIL II SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

1 Staats- und Verwaltungsaufbau in der Schweizerischen Eidgenossenschaft
1.1 Grundlagen der Staatsordnung
1.2 Oberste Organe der Schweizerischen Eidgenossenschaft
1.2.1 Gesamtheit der Stimmberechtigten
1.2.2 Bundesversammlung
1.2.3 Bundesrat und Bundesverwaltung
1.2.3.1 Bundesrat
1.2.3.2 Bundesverwaltung
1.2.4 Bundesgericht
1.3 Kantone
1.4 Gemeinden
1.5 Finanzordnung

2 Raumplanung in der Schweizerischen Eidgenossenschaft
2.1 Ausgangslage
2.2 Umfassende Planungs- und Koordinationspflicht für alle Behörden
2.3 Die Raumplanungsaufgaben des Bundes
2.3.1 Grundsatzgesetzgebung
2.3.2 Förderung und Koordination der kantonalen Raumplanung
2.3.3 Berücksichtigung der Raumplanung bei der Erfüllung der Bundesaufgaben
2.4 Die Raumplanungsaufgabe der Kantone
2.4.1 Raumplanungs- und Baugesetz der Kantone
2.4.2 Kantonaler Richtplan
2.4.3 Nutzungsplanung

2.4.4 Baubewilligungen
2.4.5 Die innerkantonale Kompetenzverteilung
2.4.5.1 Gemeinden
2.4.5.2 Überkommunale Zusammenarbeit
2.5 Die materiellen Planungsziele und -grundsätze des Bundesgesetzes über die Raumplanung
2.5.1 Haushälterische Bodennutzung
2.5.2 Abstimmungsgebot
2.5.3 Ausrichtung auf die anzustrebende räumliche Entwicklung
2.5.4 Planungsgrundsätze als Entscheidhilfen
2.5.5 Umfassende Interessenabwägung
2.6 Raumplanungsrecht als Recht des Lebensraumes
3 Zentrale Planungsbegriffe von A – Z

TEIL III REGISTER DER ORIGINALBEGRIFFE

TEIL IV GESETZLICHE REGELUNGEN UND INSTITUTIONEN

Bundesrepublik Deutschland (Auswahl)
1 Gesetze und sonstige Regelungen mit Bezug zur Raumordnung
2 Institutionen der Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland (Auswahl)
3 Fachstellen
4 Grenzüberschreitende Regelungen zwischen Deutschland und der Schweiz
5 Raumwissenschaftliche Einrichtungen (Auswahl)

Schweizerische Eidgenossenschaft (Auswahl)
1 Verzeichnis der wichtigsten Erlasse des funktionalen Raumplanungsrechts des Bundes
2 Verzeichnis der Bau- und Planungserlasse der an Deutschland angrenzenden Kantone
3 Institutionen der Raumplanung in der Schweiz (Auswahl)
3.1 Fachstellen des Bundes
3.2 Kantonale Raumplanungsfachstellen der an Baden-Württemberg angrenzenden Kantone
3.3 Verbände
3.4 Schulen

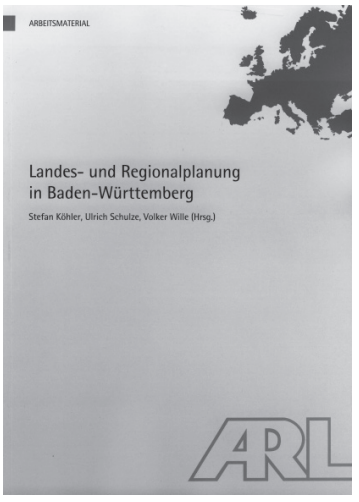
TEIL V WEBSITES VON GRENZÜBERSCHREITENDEN ORGANISATIONEN ODER PROJEKTEN MIT BEZUG ZUR RAUMENTWICKLUNG (AUSWAHL)

TEIL VI ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Landes- und Regionalplanung in Baden-Württemberg

Stefan Köhler, Ulrich Schulze, Volker Wille (Hrsg.)

Arbeitsmaterial
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2008, Nr. 342, 112 S.
ISBN: 978-3-88838-342-7



Im Jahr 2008 beging die Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg der Akademie für Raumforschung und Landesplanung ihre 100. Sitzung. Der vorliegende Band, herausgegeben aus Anlass dieses Jubiläums, zieht eine Zwischenbilanz zur Entwicklung von Landes- und Regionalplanung in Baden-Württemberg und stellt Arbeit, Entwicklung und wesentliche Charakteristika der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg vor.

Heinrich Mäding Grußwort
Stefan Köhler Vorwort

Landes- und Regionalplanung in Baden-Württemberg – Eine Zwischenbilanz

Elmar Münzer Der Beitrag der Raumordnung zur baden-württembergischen Verwaltungsreform (1967–1983) – Ein Erlebnisbericht

Dirk Vallée Landesplanung als Politikgestaltung – Die Umsetzung in der Region Stuttgart in den Neunzigerjahren

Gottfried Schmitz Aktuelle und künftige Anforderungen an die Regionalplanung

Die LAG Baden-Württemberg – Persönliche Rückblicke

Theodor J. Dams Die Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg aus der Sicht eines Gründungsmitglieds

Volker Wille Die Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg aus der Sicht eines langjährigen ARL-Referenten

Typisch LAG Baden-Württemberg

AG Grenzüberschreitende Fragen der Raumentwicklung D-CH	LAG-Arbeit über die Grenze hinweg: Der deutsch-schweizerische Grenzraum als Chancenraum
Ekkehard Hein	Personelles Netzwerk der Raumforschung und -ordnung in Baden-Württemberg – Alt und Jung gemeinschaftlich
Steffi Rosentreter, Dirk Engelke	Ein Blick junger Planerinnen und Planer auf unsere Profession

Die LAG-Leiter und ihre Zeit – Die letzten zwei Jahrzehnte

Dieter Gust	Die LAG-Leiter und ihre Zeit – Die Jahre 1991 bis 1994
Dieter Eberle	Die LAG-Leiter und ihre Zeit – Die Jahre 1995 bis 1997
Ekkehard Hein	Die LAG-Leiter und ihre Zeit – Die Jahre 1997 bis 2000
Bernd Scholl	Die LAG-Leiter und ihre Zeit – Die Jahre 2001 bis 2004
Stefan Köhler	Die LAG-Leiter und ihre Zeit – Die Jahre 2005 bis 2008

Ein wenig Statistik

Anhang

Kurzfassungen/Abstracts

❐

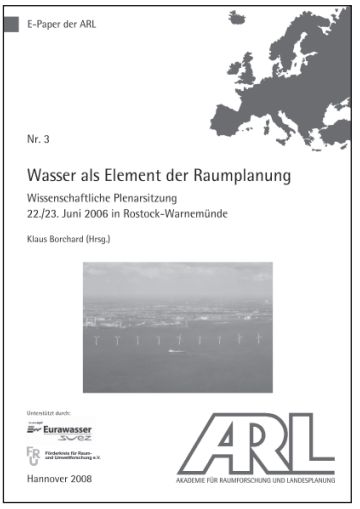
Wasser als Element der Raumplanung

Wissenschaftliche Plenarsitzung 22./23. Juni 2006 in Rostock-Warnemünde

E-Paper
der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2008, Nr. 3, 90 S., m. farb. Abb.

Das E-Paper kann als pdf-Datei kostenpflichtig von der Website der ARL (www.ARL-net.de, Rubrik „Publikationen") heruntergeladen werden.

Die ARL befasst sich seit ihrer Gründung vor mehr als 60 Jahren regelmäßig, wenn auch im Hinblick auf unterschiedliche Schwerpunkte, mit dem Themenfeld Wasser. Zweifellos ist Wasser die Grundlage des Lebens, es ist elementar wie kein anderer Stoff. Es ist in jeglicher Hinsicht raumbeeinflussend und damit immer wieder auch ein Thema der Raumplanung und wissenschaftlichen Forschung. Mit der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2006 wurde ein weiter Bogen geschlagen vom Schutz der Ressource Wasser bis hin zur (Meeres-)Wasserfläche und zum Management der vielfältigen Meeres- und Küstenzonennutzungen.



Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft und der Planungspraxis kommen in diesem E-Paper ebenso zu Wort wie diejenigen aus der Wasserwirtschaft und den Wasserwirtschaftsunternehmen. Die Inhalte konzentrieren sich einerseits auf den Schwerpunkt Schutz, Nutzung und Management von Wasser, Wasserflächen und -körpern sowie andererseits auf das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM). Die einführenden Beiträge, jeweils ergänzt durch Werkstatt- und Diskussionsberichte, liegen in diesem Band vor.

Klaus Borchard	Begrüßung und Eröffnung
Thomas-Jörg Leuchert	Grußwort
Helmut Holter	Begrüßung
Helge Wendenburg	Integrierte Wasserpolitik – Koordination zwischen EU, Bund und Ländern
Block I:	**Raumplanung und Wasserwirtschaft als Verantwortungsgemeinschaft**
Timothy Moss	Zwischen Ökologisierung des Gewässerschutzes und Kommerzialisierung der Wasserwirtschaft: Neue Handlungsanforderungen an Raumplanung und Regionalpolitik *(dieser Beitrag wird voraussichtlich in Raumforschung und Raumordnung erscheinen, daher nicht in dieser Veröffentlichung)*
Werkstattberichte:	
Peter Fuhrmann/ Joachim Bley	Bewirtschaftungsplanung – Kernstück der EU-Wasserrahmenrichtlinie
Matthias Neff	Schadensbeseitigung und Hochwasserschutz in Gößnitz an der Pleiße
Rudolf Hurck	Gewässerschutz im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie aus Sicht eines Flussgebietsbewirtschafters
Pierre Bütz	Raumplanung – Wirkung auf Wasserbeschaffenheit und Trinkwasseraufbereitung

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

3/2008

Wissenschaftliche Beiträge

- Dietrich Fürst
  Metropolregionen, Wissensregion und Governance
- Manfred Kühn
  Strategische Stadt- und Regionalplanung
- Mirko Titze
  Beseitigung struktureller Defizite mit der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Ein Vergleich der Strategien in den neuen Bundesländern
- Tobias Chilla / Tobias Morhardt / Boris Braun
  Jenseits der Speckgürtel: Wanderungsabsichten von Schulabsolventen und der demographische Wandel im ländlichen Raum. Das Beispiel des Landkreises Haßberge in Unterfranken

Berichte aus Forschung und Praxis

- Klaus Zehner
  Vom maroden Hafen zur glitzernden Nebencity: die London Docklands. Eine Bilanz nach drei Jahrzehnten Strukturwandel
- Björn Alecke / Martin Gornig / Wolfgang Jaedicke / Matthias Koziol / Gerhard Untiedt / Jörg Walther
  Städtebaulicher Investitions- und Förderbedarf 2007 bis 2013 in Deutschland

ISSN 0034-0111

Bestellungen an: Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (0221) 943730, Fax: (0221) 94373901
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
www.heymanns.com

Block II: **Integriertes Küstenzonenmanagement als Aufgabe und Chance der Raumplanung**

Wilfried Erbguth Planerische Steuerung im Bereich der Küsten und Meere

Werkstattberichte:

Bernhard Heinrichs Erfahrungen mit der Raumplanung im Küstenmeer Mecklenburg-Vorpommerns

Hildegard Zeck Windenergienutzung – raumplanerische Koordination von Vorhaben zwischen Meer und Land

Ulrich Bauermeister Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die ökonomische Entwicklung der Ostseeregion unter Berücksichtigung einer festen Fehmarn-Belt-Querung

Jana Kenzler/ Gerhard Overbeck Diskussionsbericht

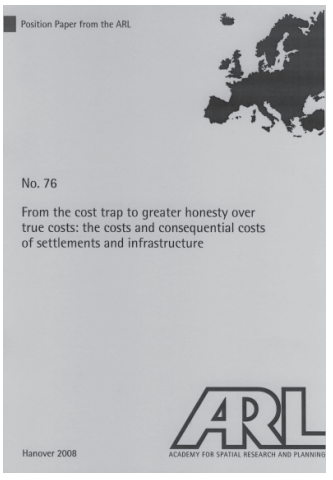
Klaus Borchard Schlusswort

Neue Positionspapiere aus der ARL

Nr. 76

Aus der Kostenfalle hin zu mehr Kostenwahrheit: Kosten und Folgekosten von Siedlungen und Infrastrukturen – From the cost trap to greater honesty over true costs: the costs and consequential costs of settlements and infrastructure

Deutsche und englische Ausgabe. Positionspapier aus dem Informations- und Initiativkreis „Regionalplanung" der ARL. In diesem Heft, s. „Zur Diskussion".



Englische Ausgabe

Nr. 77

Politik für periphere, ländliche Räume: Für eine eigenständige und selbstverantwortliche Regionalentwicklung

Positionspapier aus dem Arbeitskreis „Periphere, strukturschwache ländliche Räume" der ARL. Kurzfassung wird erscheinen in: Nachrichten der ARL, Nr. 4/2008.

Die Positionspapiere aus der ARL können als pdf-Datei von der Website der ARL (www.ARL-net.de) heruntergeladen werden oder sind über das Sekretariat der ARL (E-Mail: Berswordt@ARL-net.de, Tel. 0511–34842–13) zu beziehen.

WGL-Senat empfiehlt Weiterförderung der ARL

Seit ihrer Gründung 1946 ist die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) mit Sitz in Hannover mehrfach evaluiert worden. Alle Evaluierungen endeten für die ARL mit einem ausgesprochen positiven Ergebnis. Gute Noten hat die ARL zwischenzeitlich immer auch bei den Audits ihres Wissenschaftlichen Beirats erhalten. 2007/2008 ist die ARL erneut evaluiert worden. Auf diese Prüfung haben sich die Verantwortlichen der Akademie wieder mit größter Sorgfalt vorbereitet.

Es war zunächst ein umfangreicher Fragenkatalog des Senatsausschusses Evaluierung (SAE) der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) zu beantworten. Anschließend kam eine Bewertungsgruppe nach Hannover, um sich vor Ort ein Bild von der Akademie zu machen und Gespräche mit der Leitung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats zu führen.

In ihrem Bericht legt die Bewertungsgruppe unter anderem dar, dass sich die Arbeit des Netzwerkes ARL vor allem durch ein besonderes und einzigartiges Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis auszeichnet. Für die interdisziplinäre und institutionenübergreifende Forschung im Bereich der Raumwissenschaften sei die ARL unverzichtbar. Sie biete ein Diskursforum für die interdisziplinäre wissenschaftliche Auseinandersetzung mit raumbezogenen und planungsorientierten Forschungsfragestellungen, für die es ansonsten keinen institutionalisierten Rahmen im deutschen Wissenschaftssystem gäbe. Für die Politik sei die ARL wichtiger Gesprächspartner. Nach Ansicht der Bewertungsgruppe gibt es keine andere Institution in Deutschland, die geeigneter wäre als die ARL, in den Forschungsfeldern, in denen die Akademie tätig ist, richtungweisende Beiträge zu leisten.

Die Aufgaben der ARL als Netzwerk der raumbezogenen Wissenschaften würden weder durch eine einzelne Hochschule noch durch ein unkoordiniertes, rein auf persönlichen Beziehungen beruhendes Personennetzwerk adäquat erfüllt werden können. Die in den vier Arbeitsschwerpunkten erbrachten Leistungen seien insgesamt von wissenschaftlich hoher Qualität.

Neben diesen anerkennenden Bewertungen werden im Bericht Empfehlungen für Weiterentwicklungen und Änderungen, vor allem bezüglich der organisatorischen Strukturen der ARL, ausgesprochen. Beispielsweise sollte die Zusammensetzung des Kuratoriums modifiziert werden. Daneben müsse die Zusammenarbeit mit der Universität Hannover verbessert werden, indem ein Konzept entwickelt werde, das neben der Frage der gemeinsamen Berufung des Generalsekretärs auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Doktorandenausbildung beinhalten könnte.

In inhaltlicher Hinsicht wird der ARL empfohlen, ihre Forschungstätigkeit zu Fragen der Ökologie und des Klimaschutzes zu verstärken, auf die örtliche Planungs- und Entwicklungsebene zu erweitern und auch die raumbezogene Stadtforschung stärker als bisher in ihre Arbeit einzubeziehen.

In seiner Sitzung am 9. Juli 2008 hat nun der Senat der Leibniz-Gemeinschaft auf Grundlage der umfassenden, positiven Evaluierung dem Bund und den Ländern empfohlen, die ARL in den nächsten sieben Jahren weiter zu fördern. Der ARL werden eine überregionale Bedeutung und ein gesamtstaatliches wissenschaftspolitisches Interesse durch Bund und Länder bescheinigt.

Nach Auffassung des Senats ist die ARL das zentrale Netzwerk der zu Raumordnungsthemen im weitesten Sinne arbeitenden Disziplinen im deutschen Sprachraum. Sie komme ihren wissenschaftlichen und politikberatenden Serviceaufgaben überzeugend nach. In den raumwissenschaftlichen Disziplinen genießen die ARL insgesamt und ihre Forschungsergebnisse ein hohes Renommee.

In der ARL ist die Nachricht des Senats mit großer Freude aufgenommen worden. Die Verantwortlichen sehen im erneut positiven Evaluierungsergebnis eine Anerkennung der wissenschaftlichen Leistungen und der Servicefunktion in den letzten Jahren. Die ARL nimmt die Evaluierung zum Anlass, neue inhaltliche Impulse zu setzen und notwendige strukturelle Veränderungen vorzunehmen, um das Qualitätsniveau weiter zu steigern.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

Neue Korrespondierende Mitglieder

Das Präsidium berief folgende Persönlichkeiten in Würdigung ihrer Mitwirkung in der ARL zu Korrespondierenden Mitgliedern:

- Prof. Dr.-Ing. **Helga Kanning**, Leibniz Universität Hannover, Institut für Umweltplanung
- Prof. Dr.-Ing. **Theo Kötter**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Städtebau, Bodenordnung und Kulturtechnik
- Dr.-Ing. **Ilke Marschall**, Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Landschaftsarchitektur und Gartenbau
- Dr. **Guido Nischwitz**, Universität Bremen, Institut Arbeit und Wirtschaft
- Prof. Dr. **Irene Peters**, HafenCity Universität Hamburg, Department Stadtplanung
- Dipl.-Geogr. **Roland Wernig**, Leitender Planer bei der Planungsgemeinschaft Region Trier

Versammlung der Ordentlichen Mitglieder

Es ist guter Brauch in der ARL, die erste Versammlung der Ordentlichen Mitglieder jedes Jahres mit der Wissenschaftlichen Plenarsitzung zu verbinden. So auch in 2008. Die Versammlung fand am 6. und 7. Juni in Berlin statt, nachdem zahlreiche Ordentliche Mitglieder die Gelegenheit wahrgenommen hatten, die Plenarsitzung im Hause des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie zu besuchen (s. Bericht in diesem Heft). Dort traf man sich am Nachmittag des 6. Juni, um über die Evaluierung und zahlreiche Fachfragen zu diskutieren.

Bericht des Präsidenten

Ebenfalls guter Brauch ist die Berichterstattung durch den amtierenden Präsidenten über die Arbeit des Präsidiums seit der letzten Zusammenkunft. Aufgrund des Streiks bei der Deutschen Bahn im November 2007 musste die damals vorgesehene Versammlung ausfallen, sodass sich der Berichtszeitraum auf ein gutes Jahr erstreckte. ARL-Präsident Prof. Dr. Heinrich Mäding stellte die mittlerweile abgeschlossene Evaluierung durch den Senatsausschuss Evaluierung (SAE) der Leibniz-Gemeinschaft in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Er erläuterte das Verfahren der Begutachtung, die bereits 2007 erfolgte sogenannte Begehung in Hannover sowie alle weiteren Schritte und Maßnahmen, die sich seither ergeben haben. Im Ergebnis hat der SAE – wie auch anschließend der Senat – die weitere Förderung durch Bund und Länder empfohlen, wenngleich der ARL einige „Hausaufgaben" auf den Weg gegeben wurden (siehe auch gesonderten Bericht in dieser Rubrik). Mäding dankte in diesem Zusammenhang allen an der Vorbereitung, an der Begehung und an der Nachbereitung Beteiligten für ihr großes Engagement. Auch die Ordentlichen Mitglieder sprachen mit langem Beifall dem Präsidium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sekretariat ihren Dank für die geleistete Arbeit aus.

Foto: Klee

Raumplanung und raumbedeutsame Fachplanungen

Die Wissenschaftliche Plenarsitzung 2009 ist dem Thema „Raumplanung und raumbedeutsame Fachplanungen" (Arbeitstitel) gewidmet. Unter der Leitung von Vizepräsident Prof. Dr. Hans H. Blotevogel wurde eine Vorbereitungsgruppe eingerichtet. Mitglieder dieser Gruppe stellten ausgewählte inhaltliche Teilaspekte vor.

OM Dr. Ulrich Höhnberg, München, stellte das Verhältnis zwischen Raumplanung als zusammenfassender und integrierender Planung und Fachplanung als sektoraler Planung aus planungsjuristischer Sicht dar. Er betonte insbesondere, dass die Verwirklichung der Raumplanung in der Praxis auch durch die Fachplanung erfolgt. Die Einflussnahme der Raumplanung auf die Fachplanung stellt jedoch ein Spannungsverhältnis dar, da viele Fachplanungen sich diesem Einfluss zu entziehen versuchen. Hinsichtlich der Behandlung der Thematik im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung sollte zum einen die Abgrenzung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen der Raumplanung und den Fachplanungen thematisiert werden. Zum anderen sollten die Bindungswirkungen der Raumplanung gegenüber den Fachplanungen berücksichtigt werden.

OM VerbDir. Karl-Heinz Hoffmann-Bohner, Waldshut-Tiengen, erläuterte die Sicht der Regionalplanung. Beispielhaft ging er auf die potenziellen Konfliktfelder Eisenbahnplanung (Zulauf zur Neuen Alpentransversale in der Schweiz) und Windkraftanlagen ein. Nach seiner Ansicht wird eine fachübergreifende Steuerung von Entscheidungsprozessen als Grundlage für Entwicklungsprozesse immer wichtiger. Regionalplanerinnen und Regionalplaner sollten dazu eine fachplanerische Grundkompetenz besitzen, um Argumentationsprozesse mitzugestalten. Je stärker sektorale Strukturen im Verwaltungssystem sind, umso größer ist der Bedarf nach Koordination und Strategiefähigkeit auf regionaler Ebene durch die Regionalplanung.

OM Prof. Dr. Catrin Schmidt, TU Dresden, thematisierte das Verhältnis zwischen Landschaftsplanung und Raumplanung. Sie betonte, dass beide Planungen aufeinander angewiesen sind. Begriffe wie Primär- und Sekundärintegration

taugen nach ihrer Meinung nicht mehr. Entscheidender seien Trägermodelle und die Frage, wie kooperations- und innovationsfreundlichere Organisationsstrukturen zwischen Landschafts- und Regionalplanung geschaffen werden können. Sie plädierte für eine Bündelung der umweltbezogenen Instrumente. Der größte gemeinsame Handlungsbedarf bestehe inhaltlich – nämlich in der Landschafts- und Umweltentwicklung, für die es Visionen, Ideen und Konzepte braucht.

OM Prof. Dr. Heinrich Kill, FH Erfurt, befasste sich mit dem Verhältnis zwischen Verkehrsplanung und Raumplanung. Er ging den Fragen nach, wie effektiv Verkehrsplanung in Hinsicht auf die Raumplanung ist und wo es Schnittstellen und Koordinierungsbedarf gibt. Kill stellte mehrere Konfliktbereiche zwischen Raum- und Verkehrsplanung heraus, beispielsweise bei Verbesserungen der Erreichbarkeit von Orten oder bei widersprüchlichen Perspektiven von Raum- und Verkehrsplanung (ausgleichsorientiert vorausschauend – marktorientiert nachsteuernd). Darüber hinaus benannte er raumbedeutsame Konfliktbereiche in der Verkehrsplanung. So kann künftig nicht mehr generell von einer Verkehrszunahme gesprochen werden. Es treten vielmehr Rückgangs-, Stagnations- und Wachstumspfade ungleich verteilt auf Raum und Zeit auf. Zudem muss immer häufiger die Frage gestellt werden, welche Infrastruktur wir uns überhaupt noch leisten können und welche künftig benötigt wird.

Die Ordentlichen Mitglieder begrüßten die Erörterung des Themas „Raumplanung und raumbedeutsame Fachplanungen“ im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2009. Sie gaben der Vorbereitungsgruppe zahlreiche wertvolle Hinweise und Empfehlungen.

Künftige Forschungsthemen der ARL

Nach der Wahl der Mitglieder des Zuwahlausschusses sowie der Vertrauensperson, die nach dem Qualitätssicherungskonzept der ARL benötigt wird, um gute wissenschaftliche Praxis in der ARL zu sichern, stand ein Bericht von OM Prof. Dr. Bernd Scholl, ETH Zürich, über die Arbeit der Grundsatzkommission auf der Tagesordnung. Er stellte die thematischen Vorschläge für die Akademie zur Diskussion, die auch mit dem Präsidium, dem Kuratorium und dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert wurden:

- EU-Entwicklungen von herausgehobener Bedeutung für die Raumplanung
- Nachhaltige Raumentwicklung
- Überlegungen zur Neuordnung der Vielzahl existierender Instrumente im Planungs- und Umweltrecht
- Immobilienwirtschaft und Raumentwicklung
- Migration, Integration und Interkulturalität – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsentwicklung
- Räumliche Auswirkungen veränderter Lebensformen, multilokaler Haushaltsführung und neuer Haushaltstypen
- Höhere akademische Ausbildung in Raumplanung und Raumentwicklung
- Ideen zur Internationalisierung der ARL

Die Mitgliederversammlung klang am Vormittag des 7. Juni bei einer Schifffahrt auf der Spree aus. OM Ltd. BauDir. Michael Stoll, Berlin, übernahm die Führung und erläuterte die zahlreichen in den letzten Jahren realisierten Bauvorhaben, ging auf aktuelle Planungsmaßnahmen sowie auf Zukunftsperspektiven für die Berliner Mitte ein. Seine äußerst kompetenten und unterhaltsamen Ausführungen stießen auf großes Interesse der Ordentlichen Mitglieder an Bord. Eines wurde allen klar: Gerade auch dann, wenn man sich für aktuelle Fragen der Stadtentwicklung der Hauptstadt interessiert, ist Berlin immer wieder eine Reise wert. Aber auch der Ort der nächsten Mitgliederversammlung, zu der Präsident Mäding alle herzlich einlud, verspricht interessante Tage. Die Zusammenkunft wird am 4./5. Dezember 2008 in München stattfinden.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Chinesische Delegation zu Gast im Sekretariat

Am 18. Juni 2008 besuchten 19 Gäste aus China, darunter zwei deutsche Delegationsmitglieder von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, das Sekretariat der ARL in Hannover. Die Delegation wurde geleitet von Liu Ming, Generaldirektor des Fachbereichs Arbeit und Soziale Sicherheit der nordöstlichen chinesischen Provinz Liaoning. Weitere Kolleginnen und Kollegen gehörten ebenfalls diesem Fachbereich an; andere vertraten das Entwicklungs- und Reformkomitee der Provinz, den Fachbereich für Außenhandel und Wirtschaftskooperation, das Qualifizierungszentrum für Arbeitnehmer, das Provinzbüro für kleine und mittlere Unternehmen, das Servicebüro für Arbeitnehmer sowie die Universität Liaoning, Fachbereich Stadtentwicklung und Umwelt.

Die Reise der chinesischen Delegation führte von Berlin (Besuch des BMVBS) über Hannover nach Bonn (BBR), Essen (RVR), Dortmund (TU), Bottrop (Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung) und Düsseldorf (Dezernat für Planen und Bauen) sowie schließlich für eine weitere Woche zu verschiedenen Stationen in England und Wales.

Organisationsweise und Aufgaben der ARL sowie die Ergebnisse ausgewählter Gremien wurden den Gästen vorgestellt. Ergänzend berichtete ein Kollege des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung über ein Forschungsvorhaben zur Arbeitnehmerqualifizierung. Erstaunen rief bei der Delegation vor allem das Problem hervor, dass räumliche Planung sich angesichts negativer Bevölkerungssalden mit Rückbaufragen befassen muss. Über die Notwendigkeit und die Art und Weise von Qualifizierungsstrategien von Arbeitnehmern wurde kontrovers diskutiert. Großes Interesse brachte die chinesische Delegation der Netzwerkstruktur und dem ehrenamtlichen Engagement der zahlreichen Expertinnen und Experten der ARL sowie ihrer Verbindung zu anderen raumrelevanten Institutionen Deutschlands und Europas entgegen.

Personalien

Zum 31.07.2008 ist Ministerialdirigent Dr. **Bernhard Heinrichs**, Ordentliches Mitglied der ARL, pensioniert worden. Er ist damit nach fast 17 Jahren aus seiner Funktion als Abteilungsleiter Raumordnung und Landesplanung in Mecklenburg-Vorpommern ausgeschieden.

❒

Prof. Dr. **Osamu Soda**, Korrespondierendes Mitglied der ARL, Präsident der Fukui Prefectural University, Fukui-ken/Japan, wurde für seine grundlegenden Arbeiten zur Entstehung einer Philosophie der Landwirtschaftslehre der Preis des Japanischen Landwirtschaftsinstituts verliehen. Der Preis ist die höchste Auszeichnung im agrarwissenschaftlichen Bereich in Japan. Für seine Arbeiten hat Soda, der sich Ende der 1970er Jahre zu Studienzwecken über einen längeren Zeitraum im Sekretariat der ARL aufhielt, speziell auch raumwissenschaftliche Erkenntnisse hinzugezogen.

Prof. Dr. **Paul Gans**, Korrespondierendes Mitglied der ARL, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Universität Mannheim, ist von Bundesminister Dr. Schäuble in das Kuratorium des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung berufen worden.

❒

Dietrich Schmidt, Korrespondierendes Mitglied der ARL, von 1974 bis 2001 Verbandsdirektor des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein und von 1980 bis 1996 Mitglied der LAG Baden-Württemberg, wurde von Bundespräsident Horst Köhler mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Geehrt wurde er insbesondere für sein Engagement für die grenzüberschreitende Verständigung am Oberrhein.

†

Viktor Freiherr von Malchus

Am 31. Juli 2008 verstarb Dr. Viktor Freiherr von Malchus, Unna. In Menzlin, Kreis Greifswald, am 21. Mai 1929 geboren, studierte er nach achtjähriger Gefangenschaft von 1955 bis 1958 Rechts- und Sozialwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten in Göttingen, Münster und Freiburg, wo er 1965 die Promotion zum Dr. rer. pol. erfolgreich abschloss. Nach Lehrstuhl- und Forschungsassistenzen sowie einer Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter leitete Viktor Freiherr von Malchus von 1965 bis 1971 die Planungsstelle und führte die Geschäfte der Planungsgemeinschaft Breisgau in Freiburg. Zwischen 1971 und 1994 stand er als Direktor dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) vor.

Der Verstorbene war eng mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) verbunden. Er hat sich mehr als vier Jahrzehnte in die verschiedensten Vorhaben der ARL eingebracht. Zwischen 1981 und 1996 war er zwölf Jahre Mitglied des damaligen Wissenschaftlichen Rates; die beiden letzten Jahre hat er diesem Gremium vorgestanden. Er leitete den Redaktionsausschuss „Daten zur Raumplanung“ zwischen 1976 und 1989 und mehrere Arbeitkreise, an anderen war er als Mitglied beteiligt, ebenso in den damaligen Sektionen II und III sowie über viele Jahre hinweg in der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Nordrhein-Westfalen. Zudem wirkte Viktor Freiherr von Malchus an diversen Veranstaltungen der ARL mit. Sein besonderes Interesse aber galt dem Zusammenwachsen Europas und der europäischen Raumentwicklung, gerade auch mit Blick auf die Grenzräume. So war es nur folgerichtig, dass er von 1991 bis 1996 die Deutsch-Polnische Arbeitsgemeinschaft leitete und sich auch in der nachfolgenden Europäischen Arbeitsgemeinschaft für den Ostseeraum und in der Deutsch-Französischen Arbeitsgemeinschaft engagierte. Dieses vielschichtige Schaffen fand seinen Niederschlag in einer ganzen Reihe von Beiträgen in ARL-Publikationen.

Für sein vielfältiges Engagement ist ihm hohe Wertschätzung nicht nur in der Akademie entgegengebracht worden ist. Durch seine große berufliche Erfahrung und sein Forscherinteresse hat der Verstorbene ganz maßgeblich zum Erfolg der Akademiearbeit beigetragen. Bereits im Jahr 1969 ist Viktor Freiherr von Malchus zum Korrespondierenden Mitglied berufen und 1972 zum Ordentlichen Mitglied der Akademie gewählt worden.

Ausdruck des besonderen Vertrauens, das dem Ordentlichen Mitglied Viktor Freiherr von Malchus entgegengebracht wurde, war seine Wahl in das Präsidium der ARL, zunächst als Vizepräsident 1993 bis 1994, dann als Präsident in den Jahren 1995 bis 1996.

Viktor Freiherr von Malchus hinterlässt in der Akademie eine große Lücke. Die ARL verliert mit ihm einen engagierten Mitstreiter für eine verantwortungsvolle, in die Zukunft gerichtete Entwicklung Europas und seiner Teilräume, einen bemerkenswerten und allseits anerkannten Wissenschafter, einen langjährigen Freund und Weggefährten. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Städte und Regionen im Klimawandel

Werner-Ernst-Preis 2008 verliehen

Der Werner-Ernst-Preis des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung (FRU) wurde im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL am 6. Juni 2008 in Berlin verliehen. Anders als in den vergangenen Jahren hatte sich der Wettbewerb 2008 nicht am Thema der Jahrestagung der ARL orientiert. Dies hatte zwei Gründe: Zum einen hat sich der Vorstand des FRU dafür ausgesprochen, das derzeit in der wissenschaftlichen, aber auch in der öffentlichen Diskussion virulente Thema des Klimawandels mit seinen räumlichen Implikationen zum Gegenstand des Wettbewerbs zu machen. Damit sollten wegweisende wissenschaftliche Beiträge gefördert und ihr Weg zur „Anwenderseite", der Planungspraxis, beschleunigt werden. Zum anderen wurden heuer zum ersten Mal Teile der Wissenschaftlichen Plenarsitzung über einen Call for Papers konzipiert. Hier galt es, Überschneidungen zweier Wettbewerbe zum gleichen Thema zu vermeiden.

Die Wahl des Themas „Städte und Regionen im Klimawandel" hat sich als richtig erwiesen. Denn – so viel sei vorweggenommen – es konnten nicht nur drei Preise vergeben werden, sondern auch eine Reihe lobender Anerkennungen. Dies zeugt von der hohen Qualität der eingereichten Beiträge.

Die Folgen des Klimawandels für Städte und Regionen sowie Handlungsmöglichkeiten im Klimawandel sind sehr aktuelle Forschungsthemen. Mit dem Werner-Ernst-Preis sollten einerseits Arbeiten gefördert werden, die neue Erkenntnisse zu raum-zeitlichen Wirkungen des Klimawandels für Städte und Regionen behandeln. Dies konnten Arbeiten zur raum-zeitlichen Verteilung potenzieller Folgen und Risiken des Klimawandels sein oder solche, die sich mit der Vulnerabilität sozialer Gruppen gegenüber dem Klimawandel auch in räumlicher Hinsicht befassen. Da der Klimawandel nicht mehr verhindert, sondern nur verlangsamt und in seinen Ausmaßen gemildert werden kann, sind andererseits Anpassungsstrategien erforderlich, wie z. B. die verstärkte Berücksichtigung energetischer und klimatischer Aspekte bei Siedlungsentwicklung und Stadterneuerung, der klimabewusste Entwurf oder Umbau von Gebäuden, das Freihalten bzw. die Absiedlung von Bereichen, die durch Überflutungen oder Hangrutschungen gefährdet sind. Daher waren auch Arbeiten von Interesse, die sich mit politischen und planerischen Handlungsmöglichkeiten im Klimawandel auf verschiedenen politischen bzw. administrativen Ebenen befassen.

Nach dem Abgabetermin Ende März 2008 wurden die zahlreich eingegangenen Wettbewerbsbeiträge an die Jury zur Prüfung und Bewertung übergeben. Mitglieder der Jury waren Dr. Jörn Birkmann, United Nations University Bonn, der auch den Vorsitz innehatte, Prof. Dr. Sabine Hofmeister, Leuphana-Universität Lüneburg, und Dr. Ernst-Hasso Ritter, Staatssekretär a.D. und ehemaliger Präsident der ARL. Die Jury empfahl dem Vorstand des FRU, je einen ersten, zweiten und dritten Preis zu vergeben. Der Vereinsvorstand folgte dieser Empfehlung. Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling, Vorsitzender des FRU, gab im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung das Wettbewerbsergebnis bekannt und überreichte die Auszeichnungen.

Der dritte Preis, dotiert mit 1.000 Euro, ging an **Matthias Dietz** aus Bremen. Sein Beitrag trägt den Titel **Überraschende Untiefen. Analyse der Klimaschutzpolitik zweier Küstenbundesländer**. Dietz geht in seiner Arbeit vor allem der Frage nach, wie die Bundesländer Hamburg und Niedersachsen Argumente und Belange des Klimaschutzes in ihre konkrete Handlungspolitik einbinden. Er vergleicht somit die Klimaschutzpolitik der beiden Länder. Es wird deutlich, dass bisher vielfach eine selektive Nutzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsargumenten vorzufinden ist. Dietz kommt zu dem Schluss, dass die Nutzung klima- und umweltpolitischer Argumente im Fallbeispiel Niedersachsen besondere Berücksichtigung bei den Themen Wattenmeer und Elbvertiefung erhält, da diese mit wirtschaftlichen Interessen des Landes kaum in Konflikt stehen. Die geringe Aufbereitung des Belanges Klimawandel in der politisch-planerischen Diskussion in Hamburg – bezogen auf die Themen Wattenmeer und Elbvertiefung – zeigt die Dringlichkeit, konkretere Maßnahmen und Kriterien zu entwickeln, die es erlauben, Fragen des Klimaschutzes und Klimawandels in diese Vorhaben einzubinden. Die Arbeit von Matthias Dietz bietet hierzu einen wichtigen Impuls.

1. Preis

Dipl.-Geogr. **Birte Frommer**, Technische Universität Darmstadt, Institut WAR, für ihren Beitrag „Handlungs- und Steuerungsfähigkeit von Städten und Regionen im Klimawandel. Der Beitrag strategischer Planung zur Erarbeitung und Umsetzung regionaler Anpassungsstrategien"

2. Preis

Dipl.-Ing. **Andrea Seidel**, Technische Universität Dresden, Institut für Landschaftsarchitektur, für ihren Beitrag „Prognose der Auswirkungen des Klimawandels am Beispiel des Brambacher Zipfels im Oberen Vogtland. Möglichkeiten und Grenzen für die Entwicklung von Lebensräumen und ausgewählten Arten"

3. Preis

Stud. rer. pol. **Matthias Dietz**, Universität Bremen, für seinen Beitrag „Überraschende Untiefen: Analyse der Klimaschutzpolitik zweier Küstenbundesländer"

Der zweite Preis, dotiert mit 1.500 Euro, ging an **Anja Seidel** aus Dresden. Ihr Beitrag **Prognose der Auswirkungen des Klimawandels am Beispiel des Brambacher Zipfels im Oberen Vogtland** greift das Wettbewerbsthema aus einer landschaftsplanerischen Perspektive kompetent und kritisch auf. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der spezifischen Verwundbarkeit von Lebensräumen und ausgewählten Pflanzenarten gegenüber Klimaänderungen. Entgegen dem leicht irreführenden Titel werden aber nicht nur Prognosen gestellt, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt. Diese münden in ein Handlungskonzept für den betroffenen Raum im Oberen Vogtland in Südwestsachsen, das ohne Weiteres die Grundlage für ein praktisches Maßnahmenprogramm sein könnte. Die Arbeit ist wissenschaftlich solide fundiert, zum Teil durch eigene Untersuchungen angereichert, und zugleich ausgesprochen praxisorientiert. Obwohl der Beitrag als planerisches Referenzgebiet die Fachplanung „Landschaftsplanung" wählt, sind viele Erkenntnisse – etwa zur Vulnerabilität – auch auf andere Planungsarten, einschließlich der räumlichen Gesamtplanung, übertragbar und für die Planungspraxis direkt nützlich.

v. l.: Jörg Knieling, Andrea Seidel, Birte Frommer, Matthias Dietz

Den ersten Preis, dotiert mit 2.000 Euro, erhielt **Birte Frommer** aus Darmstadt. Ihre Arbeit trägt den Titel **Handlungs- und Steuerungsfähigkeit von Städten und Regionen im Klimawandel. Der Beitrag strategischer Planung zur Erarbeitung und Umsetzung regionaler Anpassungsstrategien**. Ausgehend von der These, dass auf regionaler Ebene besonderer Bedarf an Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels besteht, fragt die Autorin nach den Möglichkeiten der räumlichen Planung zur Erstellung, Implementierung und Umsetzung dieser Strategien. Der Beitrag fokussiert dabei auf den Steuerungsansatz der strategischen Planung zur Erhöhung der „Adaptive Capacity" in den Regionen. In der Bewertung dieses Ansatzes kommt Frommer zu dem Schluss, dass der Erfolg von Anpassungsstrategien in hohem Maße davon abhängt, ob und wie Strategien, Programme und Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung negativer Wirkungen des Klimawandels mit nichtklimatischen Veränderungsprozessen, wie z. B. dem sozio-ökonomischen und demographischen Wandel, abgestimmt sind. Aufbauend auf diesen Befund werden die Einflussmöglichkeiten der Raumplanung in Bezug auf die Erhöhung regionaler Anpassungskapazitäten in der Perspektive auf Vorsorgeorientierung und die Potenziale des Risikomanagements erörtert. Dazu bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes. Besonders hervorzuheben ist, dass Frommer ein „konzeptionelles Gerüst" für eine regionale Anpassungsstrategie, einen sogenannten Strategiezyklus, entwickelt.

Der Beitrag von Birte Frommer enthält neue Erkenntnisse sowohl in konzeptioneller als auch in methodischer Hinsicht. Im Ansatz des „Strategiezyklus" werden die verschiedenen planungstheoretischen Debatten zu „Capacity Building", „Risk Assessment" und „Risikomanagement" sowie zu kooperativen Planungsverfahren miteinander verbunden und für das Handlungsfeld nutzbar gemacht. Hervorzuheben ist außerdem die differenzierte und kritisch reflektierte Auseinandersetzung mit Möglichkeiten und Grenzen der räumlichen Planung im Handlungsfeld der Adaptionsstrategien an den Klimawandel und seine Folgen.

Neben den drei mit Geldpreisen prämierten Beiträgen hat die Jury vier weitere Beiträge lobend anerkannt. Die Autoren erhielten wertvolle Buchgeschenke. Es handelt sich um folgende vier Wettbewerbsbeiträge:

- Nichtwissen und Vorsorge im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung (Sylvia Kruse, Basel, und Christian Kuhlicke, Leipzig)
- Bewältigung von Klimaschutz und Klimaanpassung durch die Raumplanung in Städten und städtischen Agglomerationen (Michael Lülf, Hannover)
- Instrumentelle Zuordnung der planerischen Aufgaben des Klimaschutzes (Sven Rannow und Roland Finke, Dortmund)
- Die Potenziale der Flussgebietsplanung für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels – Bürgerschaftliches Engagement im Hochwasserschutz (Mareike Schaerffer, Hamburg)

Fast alle prämierten und lobend anerkannten Beiträge sind zur Veröffentlichung in der Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung" bzw. in der Reihe „E-Paper der ARL" vorgesehen.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Werner-Ernst-Preis 2009

18. FRU-Förderpreis-Wettbewerb

Internationale Ausschreibung

Der Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU) schreibt hiermit den Werner-Ernst-Preis 2009 aus. Das Wettbewerbsthema lautet:

Innovative Ansätze für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung

Hintergrund

Angesichts divergierender wirtschaftlicher, sozialer und demographischer Entwicklungen in den Städten und Regionen Deutschlands hat eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung nach wie vor hohe Priorität. Dabei sind unter dem breiten Dach einer sozial gerechten, wirtschaftlich erfolgreichen und umweltverträglichen Entwicklung für die jeweiligen lokalen und regionalen Bedingungen adäquate Konzepte erforderlich. Neuere Strategien und Programme der EU (z. B. Nachhaltigkeitsstrategie 2006, Territoriale Agenda 2007, Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt 2007), aber auch die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie betonen die Relevanz einer nachhaltigen Entwicklung auf allen politischen Ebenen. Städte und Regionen sind für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung von herausragender Bedeutung. Es geht gleichberechtigt einerseits darum, die europäischen und nationalen Strategien auf lokaler und regionaler Ebene zu implementieren, und andererseits lokale und regionale Ansätze in den Kontext der europäischen und nationalen Strategien einzubinden.

Forschung für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung kann sehr verschiedene Fragen bearbeiten, z. B. wie die übergeordneten Konzepte in einzelnen Städten und Regionen umgesetzt werden, inwieweit die realen Entwicklungen Nachhaltigkeitszielen entsprechen oder wie die Städte und Regionen ihre Entwicklungsfortschritte überprüfen, d. h. wie ein Management für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung gestaltet werden kann.

Erwartungen an die Wettbewerbsbeiträge

Der Wettbewerb fordert dazu auf, sich mit innovativen Ansätzen für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung sowie den damit verbundenen Handlungsmöglichkeiten von Städten und Regionen auseinanderzusetzen und Vorschläge zu diskutieren, welche Folgerungen für die raum- und umweltbezogene Planung und Politik im weitesten Sinn gezogen werden sollten. Themen können aus verschiedenen fachlichen Sichtweisen heraus bearbeitet werden, z. B. Raumwissenschaften, Umweltwissenschaften, Stadt- und Regionalplanung, Geographie, Wirtschaftswissenschaften, Rechts-, Politik- und Sozialwissenschaften. Dabei kann das Leitbild der Nachhaltigkeit thematisch in seiner ganzen Breite abgedeckt werden. Es können aber auch spezielle sozio-ökonomische, umweltplanerische oder Governance-Fragen behandelt werden. Erwünscht sind sowohl Beiträge mit eher theoretischem Ansatz, analytische Betrachtungen oder definitorische und methodische Weiterentwicklungen als auch praxisorientierte Erfahrungsberichte mit wissenschaftlicher Fundierung und Auswertung. Bei allem sind persönliche Einschätzungen, eigene Ideen und Vorschläge gefragt.

Interessierte können gern zunächst beim Förderkreis anfragen, ob sich ein vorgesehenes Thema für den Wettbewerb eignet. Neben eigens für den Werner-Ernst-Preis 2009 erstellten Beiträgen können auch solche Arbeiten eingereicht werden, die auf umfassenderen, bereits vorliegenden oder in Arbeit befindlichen Studien-, Projekt- oder Diplomarbeiten sowie Dissertationen beruhen, sofern sie den vorgesehenen Umfang nicht überschreiten und in sich ohne Kenntnis der zu Grunde liegenden Arbeit verständlich sind.

Preise und Preisverleihung

Der Werner-Ernst-Preis 2009 ist mit insgesamt 4.500 EUR dotiert. Vorgesehen ist die Vergabe eines ersten Preises (2.000 EUR), eines zweiten Preises (1.500 EUR) und eines dritten Preises (1.000 EUR). Auf Vorschlag der Jury kann eine Reduzierung der Zahl der Preise und eine andere Aufteilung der Preissumme erfolgen. Als Anerkennung für weitere, nicht mit Geldpreisen ausgezeichnete Wettbewerbsbeiträge stehen wertvolle Buchgeschenke zur Verfügung.

Die Preise werden im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL am 18./19. Juni 2009 in Mainz überreicht. Die Verfasserin bzw. der Verfasser des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Wettbewerbsbeitrages erhält Gelegenheit zur Vorstellung der Arbeit. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die mit Geldpreisen ausgezeichneten Arbeiten zu veröffentlichen.

Teilnahmebedingungen

Teilnehmen können Studierende, Absolventinnen und Absolventen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Lehre, Forschung und Praxis aller relevanten Fachdiszipli-

nen. Das *Höchstalter* beträgt *35 Jahre* (Stichtag: 31. März 2009). Zugelassen sind auch Arbeiten von Teams aus bis zu drei Autorinnen bzw. Autoren.

Die eingereichten Arbeiten sollten *nicht mehr als etwa 20 Seiten DIN A 4* (ca. 50.000 Zeichen ohne Leerzeichen, ohne Deckblatt, Gliederung und Literaturverzeichnis) umfassen. Sie sind in deutscher Sprache abzufassen und dürfen noch nicht an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung angeboten worden sein. Die Arbeiten müssen bis zum 31. März 2009 (Datum des Poststempels) in vierfacher Printversion und in elektronischer Version – bevorzugt auf CD – zusammen mit dem ausgefüllten Bewerbungsbogen (herunterzuladen von der Homepage des FRU unter **www.FRU-online.de**) bei der Geschäftsstelle des Förderkreises eingereicht werden. Die Printversionen und die elektronische Version müssen identisch sein und dürfen keinen Hinweis auf die Verfasser enthalten. Pro Bewerberin/Bewerber kann nur eine Arbeit eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury, deren Mitglieder vom FRU bestimmt werden. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der FRU lädt die Preisträger bzw. Preisträgerinnen zur Teilnahme an der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2009 in Mainz ein. Er sorgt für Unterkunft und erstattet die Fahrtkosten nach dem Bundesreisekostengesetz.

Die Preisträger verpflichten sich zur unentgeltlichen Übertragung des Rechts zur Veröffentlichung ihrer eingereichten Arbeiten oder von Teilen daraus an den FRU bzw. an die ARL, sofern eine Veröffentlichung in deren Schriften erfolgt.

Die Arbeiten sind einzureichen an folgende Adresse:

Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V.
Geschäftsstelle
Jury Werner-Ernst-Preis 2009
Hohenzollernstraße 11
30161 Hannover

Auskünfte erteilt Dr. Andreas Klee von der Geschäftsstelle des FRU, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39, Fax (+49-511) 3 48 42 – 41, E-Mail: FRU@ARL-net.de.

Mitgliederversammlung des FRU in Berlin

Am 6. Juni 2008 fand in Berlin die 11. Mitgliederversammlung des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung (FRU) statt. Ursprünglich war die Versammlung für November 2007 vorgesehen. Sie wurde jedoch aufgrund des Streiks bei der Deutschen Bahn verschoben und zeitlich mit der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL sowie der Versammlung der Ordentlichen Mitglieder der ARL verknüpft. 25 Vereinsmitglieder nahmen an der Versammlung teil und nutzten die Gelegenheit zu einer fruchtbaren inhaltlichen Diskussion mit dem Vorstand.

Werner-Ernst-Preis

Auf der Grundlage des bereits im vergangenen Jahr versandten Berichts des Vorstands sowie weiterer mündlich vorgetragener Informationen durch die Vorstandsmitglieder wurden die Aktivitäten des Vereins in den letzten zwei Jahren erörtert. Der Vorsitzende des Vorstands, Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling, Hafencity Universität Hamburg, hob insbesondere den Werner-Ernst-Preis hervor. Dieser wurde 2008 bereits zum 17. Mal vergeben. In den vergangenen Jahren hat der Wettbewerb zweifellos einen hohen Bekanntheitsgrad und eine beachtliche Wertschätzung in der Fachwelt erworben. Mit dem Förderpreis wird gleichzeitig die Persönlichkeit Werner Ernst geehrt, der sich in der Exekutive, in der Judikative und in der Wissenschaft sowie als Präsident und Ehrenpräsident der ARL hohes Ansehen in Raumplanung und Raumforschung erworben hat und zu den Gründern des Förderkreises zählt.

Der Vorstand des FRU dankte der ARL für die Möglichkeit, die Preisvergabe regelmäßig im Rahmen größerer öffentlicher Veranstaltungen der Akademie durchzuführen. Ein Dank ging auch an diejenigen Vereinsmitglieder und weiteren Expertinnen und Experten, die in den letzten Jahren als Jurymitglieder die eingegangenen Wettbewerbsbeiträge begutachtet und damit dieses wichtige Vereinsvorhaben mit befördert haben. Alle Vereinsmitglieder waren sich einig, dass der Wettbewerb als zentrales Element der Nachwuchsförderung in den Raum- und Umweltwissenschaften auch in Zukunft eine besondere Bedeutung unter den zahlreichen Vereinsaktivitäten behalten soll. Da mittlerweile auch auf eine gewisse Tradition mit der Preisverleihung zurückge-

Foto: P. Müller

blickt werden kann, wurde vonseiten einiger Mitglieder angeregt, zu recherchieren, was aus den Preisträgern der vergangenen Jahre geworden ist, welchen beruflichen Weg sie beschritten haben. Diesen Vorschlag wird der Vorstand aufgreifen und die Informationen bei der nächsten Mitgliederversammlung präsentieren.

Junges Forum der ARL

Zu den weiteren regelmäßigen Vorhaben des Förderkreises zählt die Unterstützung des Jungen Forums der ARL. In den vergangenen Jahren hat der FRU durch die Übernahme von Kosten beispielsweise für Tagungsraummiete oder Exkursionen dazu beigetragen, dass die jährlich stattfindenden Treffen des Jungen Forums auf einem inhaltlich wie organisatorisch hohen Niveau durchgeführt werden konnten. Dies war auch der Fall beim Treffen 2008 in Berlin. Die Ergebnisse der Treffen werden regelmäßig in der Reihe „Arbeitsmaterial der ARL" dokumentiert, sodass auch für die Vereinsmitglieder der fachliche Output der Mitglieder des Jungen Forums sichtbar wird. Die Mitgliederversammlung unterstützte den Vorschlag des Vorstands, auch in den kommenden Jahren die Treffen des Jungen Forums finanziell wie ideell zu unterstützen.

Mentoring-Programm

Breiten Raum in der Diskussion nahm das Ende 2005 installierte Mentoring-Programm für junge Planerinnen und Wissenschaftlerinnen der Raum- und Umweltplanung ein. 2008 ist es in seine dritte Runde gestartet. Es werden fünf junge Frauen ein Jahr lang von jeweils einer erfahrenen Mentorin begleitet und gefördert. Der FRU hat das Programm bislang stets unterstützt, sodass jeweils ein Qualifizierungsseminar mit einer Trainerin angeboten werden konnte. Die Mentorinnen und Mentees sowie die ARL und der Vorstand des FRU haben bislang ein positives Fazit gezogen und plädieren für eine Fortsetzung des Programmes. Die Vereinsmitglieder unterstützten diese Auffassung und gaben noch einige wertvolle Hinweise zur Verbesserung von Programminhalten und -organisation.

Rechnungsprüfung

Knieling ging im Rahmen seiner Berichterstattung auf weitere Vorhaben wie die Unterstützung des Journalistenwettbewerbs, den die ARL in Zusammenhang mit den Wissenschaftlichen Plenarsitzungen veranstaltet, sowie die FRU-Infobörse in den ARL-Nachrichten ein. Er schloss seinen Bericht mit einem Überblick über die Entwicklung der Mitgliederzahlen sowie die finanzielle Situation. Anschließend fand der Bericht der Rechnungsprüfer statt. Da dem Vorstand eine einwandfreie Geschäftsführung bescheinigt wurde und die Tätigkeitsberichte anerkennend gewürdigt wurden, stimmten die Mitglieder für die Entlastung des Vorstands für die Amtsjahre 2005 und 2006. Für 2007 und 2008 wurden Hartmut von Hinüber und Dr. Klaus Becker als Rechnungsprüfer gewählt.

Im Namen des Vorstands bedankte sich Knieling für die konstruktiven Wortbeiträge und für das große Engagement, das die Vereinsmitglieder bei der Unterstützung der Vereinsziele zeigen. Er schloss die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Zusammenkunft, die voraussichtlich im Spätherbst 2009 stattfinden wird.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

4/2008

Wissenschaftliche Beiträge

- Stefan Greiving / Michael Höweler
  Virtueller Gewerbeflächenpool – ein Modell regionalplanerischer Mengensteuerung der Siedlungsflächenentwicklung
- Balz R. Bodenmann / Kay W. Axhausen
  Schweizer Unternehmen – quo vaditis? Firmendemographische Trends am Beispiel des Wirtschaftsraums St. Gallen
- Kim Pollermann
  Möglichkeiten der Evaluierung eines Regionalen Flächennutzungsplans am Beispiel des Ruhrgebiets
- Patrick Küpper
  Metropolen-orientierte Politik und territoriale Kohäsion – Notwendigkeit oder Widerspruch?

Berichte aus Forschung und Praxis

- Christian Müller
  Der Referentenentwurf des Raumordnungsgesetzes 2008. Inhalte und erste Einschätzungen

ISSN 0034-0111

Bestellungen an: Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (0221) 943730, Fax: (0221) 94373901
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
www.heymanns.com

FRU Infobörse

Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf kürzlich abgeschlossene Diplomarbeiten und Dissertationen. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten.

Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten, die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL
Hohenzollernstr. 11
30161 Hannover
Fax: (+49-511) 3 48 42 - 41
E-Mail: FRU@ARL-net.de

Diplomarbeiten, Dissertationen etc.

Kürzlich abgeschlossene Arbeiten

Technische Universität Berlin
Institut für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung

- ***Krühn, Sonja***

Regionales Energiekonzept für den Großraum Braunschweig. Analyse der Potenziale erneuerbarer Energien und Auswirkungen auf Landschafts- und Regionalplanung
(Diplomarbeit, abgeschl. 07/2008)

Technische Universität Dortmund
Fakultät Raumplanung

- ***Alcantara Graeve, Julia***

Partizipation von jungen Erwachsenen. Beteiligungsmöglichkeiten in der Stadtplanung dargestellt am Beispiel der Stadt Herdecke
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Braun, Svetlana***

Entlang der Wiehl – ein städtebauliches Entwicklungskonzept für Bielstein
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Claaßen, Sandy***

Der Grundstücksfonds und Business Improvement Districts als strategische Instrumente der Immobilienprojektentwicklung – Eine Handlungsempfehlung für die Umnutzung der ehemaligen Neptunwerft in Rostock
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

- ***Elberg, Dagmar***

Bebauungspläne der Innenentwicklung – ein geeignetes Instrument zum Freiraumschutz? Die Anwendung des Instruments am Beispiel der Region Bremen
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

- ***Goer, Thorben***

Segregation im suburbanen Raum – am Beispiel von Umlandkommunen des Bergischen Städtedreiecks
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

- ***Günther, Daniel***

Innerstädtische Shopping-Center: Auswirkungen auf bestehende Einzelhandelsstrukturen – Handlungsempfehlungen an die Planung – dargestellt an den Beispielen City-Arkaden/Wuppertal und Kamp Promenade/Osnabrück
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2008)

- ***Henke, Kirsten***

Sackgasse Netzwerk? Eine Untersuchung der Probleme zwischenbetrieblicher Kooperationsnetzwerke am Beispiel des ÖkoNetzwerk Dortmund e.V. – Handlungsempfehlungen für die zukünftige Netzwerkarbeit
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Hofmann, Mario***

Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Wohnnutzung auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Bochum-Weitmar
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Kassel, Julia***

Baukultur in Wohngebieten. Untersuchung von Prozessen und Produkten zur Förderung der Baukultur anhand von Beispielen in Gütersloh und Trier
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Klauke, Annika***

Stadtnahe Wald- und Landwirtschaftsflächen als Bestandteil von Freiraumkonzepten in Verdichtungsräumen
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Klaus, Michaela***

Revitalisierung ehemaliger Hafenstandorte nach dem Konzept der nachhaltigen Stadtentwicklung – Hamburg Hafen City und Helsinki Jätkäsaari
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

- ***Knur, Simon; Kemper, Tobias***

Die Verwundbarkeit des Sauerlandes gegenüber klimabeeinflussten Extremereignissen
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

- ***Kusche, Katharina***

Instrumente und Maßnahmen zur Stärkung und (Re-)Vitalisierung von Stadtteilzentren
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Langguth, Florian***

Privatwirtschaftliche Unternehmen in der integrierten ländlichen Entwicklung – Eine Analyse am Beispiel des Förderprogramms Regionen Aktiv
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Lüke, Juliane***

Chancen und Grenzen von Indikatorensystemen zur Operationalisierung institutionalisierter Katastrophenvorsorge – Betrachtung anhand des Risikokontextes der erdbebengefährdeten Megastadt
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Lutz, Manuel***

Raum der Differenz. Bedingungen der Verräumlichung unkonventioneller und mobiler Wohnformen – Eine Untersuchung von Bauwagenplätzen in der Stadtentwicklung am Beispiel Freiburg im Breisgau
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

- ***Mellinghaus, Kerstin***

Möglichkeiten der Eigentumsbildung von Menschen mit Migrationshintergrund im älteren Einfamilienhausbestand – dargestellt am Beispiel Cuxhaven-Altenwalde
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Metzler, Jasmin***

Anforderungen an die Bioenergieproduktion aus Energiepflanzen für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Regionen in Deutschland – Entwicklung eines Indikatorensystems
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

- ***Meyer zum Alten Borgloh, Lutz***

Demographie als Leitbild? Die Bevölkerungsentwicklung als Grundlage einer strategischen Stadtentwicklungsplanung am Beispiel der Stadt Dülmen
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Oesterreich, Daniela***

Wohnstandortmobilität älterer Menschen
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

- ***Prochnow, Eva***

Regionale Anbindung durch Kultur? – Einfluss der Kulturhauptstadt Europas 2010 auf die regionale Identität der Randbereiche des Ruhrgebiets
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Römelt, Annika***

Zielvereinbarungen als flexibles Instrument in der Raumplanung – diskutiert am Beispiel Hochwasser
(Diplomarbeit, abgeschl. 07/2008)

- ***Rückert, Tilman***

Das Spannungsfeld zwischen Fachplanung, Landesplanung und kommunaler Planungshoheit
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

- ***Schäpers, Anja***

Housing Improvement Districts als Instrument der Stadtentwicklung in Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil – Dargestellt am Fallbeispiel der Dortmunder Nordstadt
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Schulte, Ina***

Die regionalökonomischen Auswirkungen von Biosphärenreservaten. Eine regionale Inzidenzanalyse des Biosphärenreservates Südost-Rügen
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Sinz, Alexandra***

Learning from Finland. Guidance to adult education in building culture
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

- ***Terfrüchte, Thomas***

Auf dem Weg zur Metropolregion? – Regionale Kooperation in Köln/Bonn
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Tökes, Kinga***

Strategische Entwicklung der Gesundheitswirtschaft als regionaler Handlungsansatz – Potenziale des Clustermanagements für die Emscher-Lippe-Region
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Wessels, Stefan***

Umgang mit technischen Risiken in der Bauleitplanung – Umsetzung des Artikels 12 der Seveso-II-Richtlinie in der deutschen Planungspraxis
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

HafenCity Universität Hamburg Department Stadtplanung

- ***Appelhans, Nadine; Senger, David***

„What about the houses, man?" – Neue Strategien für den Low-Income-Siedlungsneubau in Südafrika
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Grabbert, Nathalie***

Zwischen Wasser und Stadt – Brachflächenentwicklung in Rostock zwischen Stadthafen und Zentrum
(Diplomarbeit, abgeschl. 06/2008)

- ***Henning, Henriette***

Gehweg, Fahrweg oder Umweg? Eine Untersuchung der Barrierefreiheit für Gehbehinderte im öffentlichen Freiraum innerhalb der ehemaligen Wallanlagen in Hamburg
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

- ***Ißberner, Imke***

Neues Leben hinter schwedischen Gardinen: Städtebauliche Umnutzung der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel zum erlebbaren (Wohn-)Quartier
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

- ***Kruse, Nadine***

Strategien für Kohfurth: vom Gewerbestandort zum zukunftsfähigen Standort für Arbeiten, Wohnen und Freizeit in Norderstedt
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

- ***Noack, Marion***

Planungsrechtliche Steuerung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien außerhalb bebauter Ortslagen
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

- ***Spiering, Julia***

Immobilien der Wissensgesellschaft. Innovationsstrategien für Themenimmobilien
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

■ *Volke, Jessica*

„Ab in die Mitte" – ein Katalysator für die Entwicklung von innerstädtischen Akteursnetzwerken?
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2008)

■ *Zorn, Nico*

Wohnungseigentümer = Partner in der Stadtentwicklung!? – Perspektiven einer kooperativen Quartiersentwicklung in Niendorf-Nord
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

Ludwig-Maximilians-Universität München Fakultät für Geowissenschaften – Department für Geographie

■ *Axtner, Michaela*

Alltag in Luxus-Seifenblasen? Aktionsräumliches Handeln in einer fragmentierten Metropole eines Entwicklungslandes – untersucht am Beispiel deutscher Expatriates und Kenianern der Oberschicht in Nairobi, Kenia
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

■ *Eisenschmid, Marion*

„I am 100 % German!" Identitätsprozesse von Amerikanern deutscher Herkunft in Fredericksburg, Texas
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

■ *Koska, Sabine*

Zwischenwelten zwischen Kulturen: Lebens- und Anpassungssituationen während eines vorübergehenden Auslandsaufenthalts
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2008)

■ *Müller, Florian Thomas*

Welche Unterschiede sind im Trennverhalten des Hausmülls der Bürger von Agglomerationsräumen zu erkennen? Sind mögliche Unterschiede anhand von Lebensstilen kategorisierbar? Als Beispiel dient eine Stadtteiluntersuchung in München-Moosach
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

■ *Munk, Timo*

Subjektive Bewertung von Verkehrsqualität und Alternativrouten. Ein Feldexperiment auf städtischen Hauptverkehrsstraßen
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2008)

■ *Paprotta, Swantje*

Die Akzeptanz des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer bei den Bewohnern der Hallig Hooge
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2008)

■ *Scheibel, Carolin*

Regionale Bildungsnetzwerke als Instrument zur Förderung einer endogenen Regionalentwicklung – Bewertung des Konzepts „Lernende Regionen" am Beispiel der „Lernenden Region Tölzer Land"
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2008)

■ *Schwingenstein, Claudia*

Metropole und Region – Zur Rolle kleinerer Gemeinden in der Metropolregion München am Beispiel Benediktbeuern und Weßling
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2008)

■ *Soyka, Martin*

Standortlogistiken von Hostels – eine vergleichende Untersuchung standörtlicher Ansiedlungsprozesse und Wahrnehmungsmuster von Hostelbetreibern in Deutschland
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2008)

■ *Winter, Katharina*

Hauptsache Grün – Die kommunale Darstellung innerstädtischer Grünflächen
(Diplomarbeit, abgeschl. 05/2008)

ANZEIGE

Unser Unternehmen gehört zur **Grontmij Gruppe**, die mit rund 8000 Mitarbeitern zu den größten Consultingunternehmen in Europa zählt. Wir sind seit über 45 Jahren überregional tätig in den Arbeitsbereichen Regionalentwicklung und Kommunalberatung, Landmanagement, Landschaft und Ökologie, Städtebau sowie Infrastruktur.

Zur Verstärkung unseres Teams an den Standorten Hannover und Hameln suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt engagierte

Regionalmanager/innen

zur Bearbeitung von Projekten in der nachhaltigen Regional- und Kommunalentwicklung.

Sie haben bereits Erfahrungen in den folgenden Tätigkeitsfeldern

- *Regionale Entwicklungsprozesse nebst Förderprogrammen und Richtlinien (z.B. Leader, Region Aktiv, ILEK,…)*
- *Projektmanagement mit Fördermittelberatung und Projektsteuerung*
- *Prozess- und Veranstaltungsmanagement, Moderation und Beteiligungsverfahren*

Wir erwarten von Ihnen ausgeprägte Teamfähigkeit, sicheres Auftreten sowie eine selbstständige, engagierte und zielgerichtete Arbeitsweise.

Wir bieten Ihnen interessante Aufgaben, ein gutes Betriebsklima sowie Raum für Eigeninitiative und Kreativität in einem modernen Unternehmen.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen mit Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins und Ihrer Gehaltsvorstellung senden Sie bitte bis zum 21. Oktober 2008 an:

GfL Planungs- und Ingenieurgesellschaft GmbH
z.H. Horst Heinicke
Friedrich-Mißler-Straße 42
D-28211 Bremen

Für weitere Informationen :
www.grontmij.de

Grontmij | GfL

gemeinsam die zukunft gestalten

ISSN 1612-3891 (Printausgabe)
ISSN 1612-3905 (Internetausgabe)
www.ARL-net.de